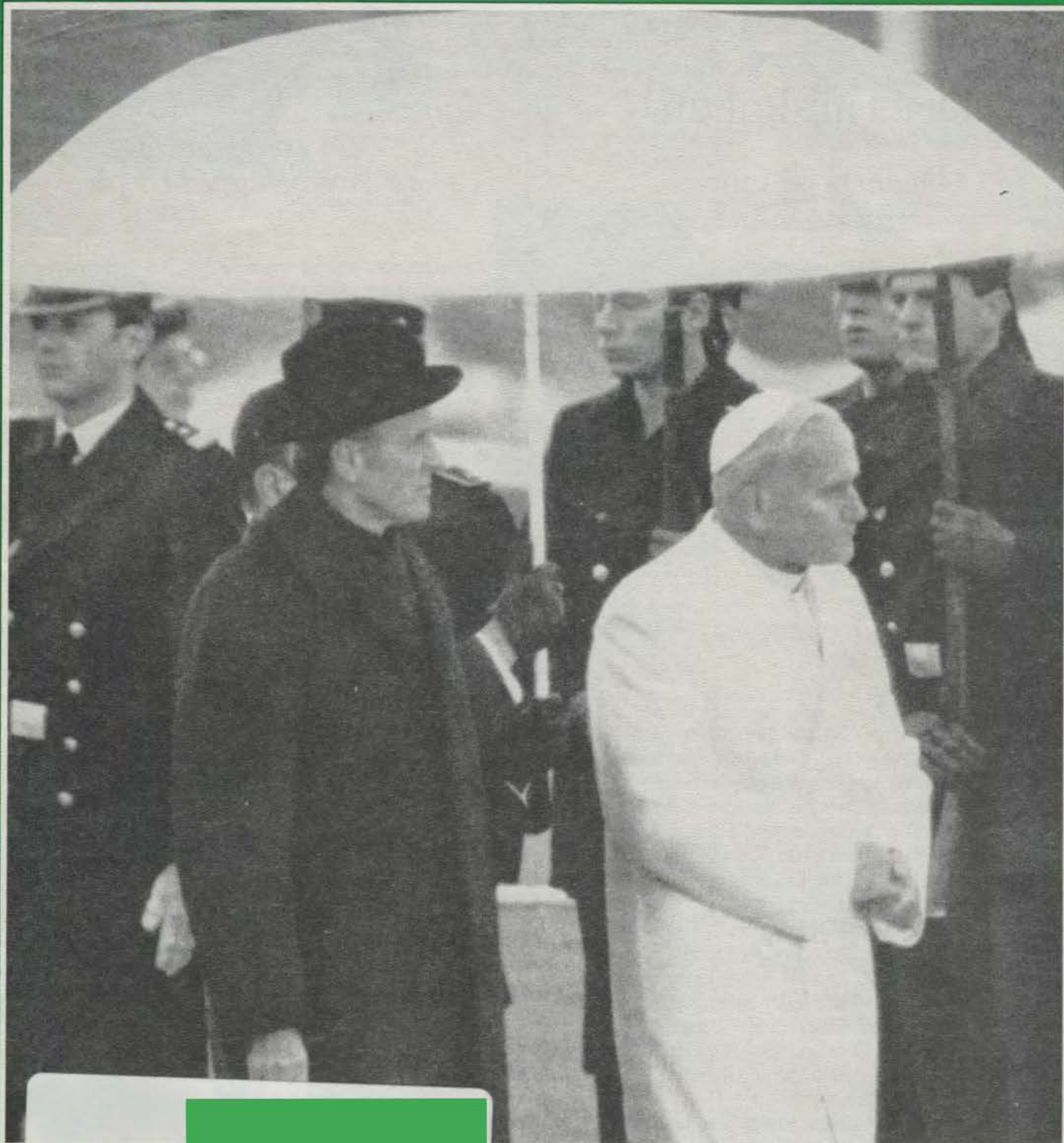


liberale drucksachen

Zeitschrift für freisinnige Politik



**Wir wollen niemals
auseinandergehen**

Theodor Wieser · Frederic Spotts



Der Fall Italien

Dauerkrise einer
schwierigen Demokratie

Wörner

Theodor Wieser/Frederic Spotts

Der Fall Italien

Dauerkrise einer schwierigen Demokratie
1983. 238 Seiten, Leinen DM 28,-
ISBN 3-88782-010-X

Italien ist ein europäischer Nachbar mit vielen Gesichtern und vielen Widersprüchen. Trotz Regierungskrisen und Skandalen, Streiks und dem Bleigewicht der Bürokratie gehört es in die vorderste Reihe der modernen Industriestaaten, bewahrt es demokratische Stabilität, versteht es mit Geschick zu überleben. Kein Wunder, daß auch unser Verhältnis zu Italien zwischen Faszination und kritischer Distanzierung schwankt.

„Der Fall Italien“ macht das politische Gefüge Italiens in seinen Widersprüchen sichtbar und verständlich. Der Schweizer Theodor Wieser und der Amerikaner Frederic Spotts, langjährige Beobachter der italienischen Szene, verbergen ihre Sympathie für Italien und die Italiener nicht. Sie analysieren im Detail das Parteiensystem, die Institutionen und die sozialen Kräfte und ihr schwieriges Zusammenspiel.

Wer mit der komplexen Realität Italiens bereits vertraut ist, dem liefert das Buch wertvolle neue Erkenntnisse; für jeden Italienreisenden aber, dem das Land mehr als Strände und Sehenswürdigkeiten bedeutet, steht hier eine fesselnde Einführung in den politischen und sozialen Alltag Italiens bereit.

Klaus H. Börner

Auf der Suche nach dem irdischen Paradies



Zur Ikonographie
der geographischen Utopie

Wörner

Klaus H. Börner

Auf der Suche nach dem irdischen Paradies

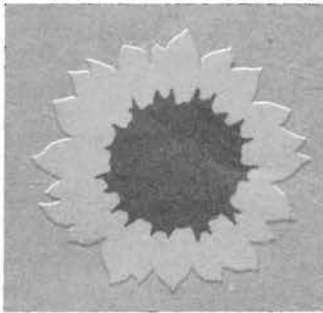
Zur Ikonographie der geographischen Utopie
1983. 480 Seiten, Leinen DM 48,-
ISBN 3-88782-009-6

Der Traum vom irdischen Paradies und die Suche danach – diesem alten und ewig jungen Thema der Kulturgeschichte folgt Klaus H. Börner von den frühen Kulturen des Weststromlandes bis in die europäische Gegenwart des 19. Jahrhunderts. Die literarischen und künstlerischen Zeugnisse dieses Traumes, der Suche nach der geographischen Utopie, zeigen Beharrendes in der Ikonographie und Wandel in den Vorstellungen unterschiedlicher Zeiten und Kulturen. Immer jedoch sind sie Ausdruck einer anthropologischen Konstante: des Prinzips Hoffnung. Diese Hoffnung hält trotz existentieller Zweifel mit unverwüster Vitalität an der handgreiflichen Wirklichkeit eines geographischen Wunschortes fest, der in tradierten Bildern vom irdischen Paradies alle Sündenfälle immer wieder überlebt.

Auch in dem Dilemma von Hoffnung und Skepsis unseres „aufgeklärten“ Bewußtseins wird diese Hoffnung immer wieder gegen die Verzweiflung aufgeboren. Rückblicke in Ikonographisches und Einzelanalysen historisch sich wandelnder Hoffnungsentwürfe sind gerade in der Mannigfaltigkeit des Materials aufschlußreich für die Kontinuität der anthropologischen Konstante Hoffnung.

Ohne die eigene Faszination für das Thema zu leugnen, folgt Klaus H. Börner den Menschen Auf der Suche nach dem irdischen Paradies.

Ökologie & Liberalismus



Seit einigen Monaten macht eine neue politische Erscheinung von sich reden: der Ökoliberalismus. Dialog und Evolution sind die zentralen Begriffe dieser Gruppe, deren Entstehung, Selbstverständnis und Zielrichtung Christian Walther beschreibt.

Dazu ein Interview mit Wolf-Dieter Hasenclever, prominenter Unterzeichner der Gründungserklärung der ökolibertären Grünen, zu Gegenwart und Zukunft der grünen Idee.

Seiten 3, 22

Heilige Liaison

Kirche und Staat sind in der Bundesrepublik Deutschland getrennt – allerdings nur auf dem Papier. Nach wie vor räumt der Staat – im Widerspruch zum Grundsatz der weltanschaulichen Neutralität – den Großkirchen besondere Vorrechte ein und nimmt im Gegenzug auch Einfluß auf innerkirchliche Verhältnisse. Eine Untersuchung der vielfältigen Verflechtungen auf

Seite 11.

Die rechtliche Sonderstellung der Kirchen wirkt sich besonders auch auf ihre rund 600.000 Beschäftigten aus. Sie haben weit weniger soziale Rechte als ihre Kollegen bei privaten oder staatlichen Arbeitgebern.

Seite 14



Drei Fragen

Nach dem Verzicht auf die Teilnahme bei den Europawahlen stellt sich für die Liberalen Demokraten einmal mehr die Frage nach Bedingungen und Chancen ihrer Weiterarbeit. Welche Illusionen gab es? Werden die LD gebraucht? Was ist eine wählbare liberale Partei? Fragen, zu denen Wolfgang Froese vom a.o. Bundesparteitag der LD in Kassel berichtet.

Seite 16



Späte Ehrung

Der Widerstand Jugendlicher gegen den deutschen Faschismus hat in der Bundesrepublik lange Zeit nicht die notwendige Aufmerksamkeit und Anerkennung gefunden. Auch heute noch weigern sich staatliche Stellen, den damaligen Widerstandskämpfern Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Id-Redakteur Michael Kleff sprach mit Jean Jülich, einem noch lebenden Mitglied der Kölner „Edelweißpiraten“, die kürzlich in Israel eine späte Ehrung erfuhren.

Seite 18

Konsens – Dissens

Die Liberalen Zentren haben mit den Nachwirkungen der Wende zu kämpfen. Die organisatorische Zersplitterung der Sozialliberalen hemmt vielerorts die Arbeit der LZs. Die Wiederherstellung eines allgemein-politischen Konsenses und die Bereitschaft zum partei-politischen Dissens sind notwendig zum Erhalt der LZs als gemeinsame Begegnungsstätte der Sozialliberalen.

Seite 27



Grüne I: Christian Walther stellt das Programm der Ökoliberalen vor Seite 3

Europa: Unerfreuliches aus der Europäischen Gemeinschaft Seite 8

Erblast: Dieter Noth untersucht die Verflechtungen zwischen Kirche und Staat Seite 11

Unsozial: Bei Kirchen Beschäftigte haben weniger Rechte Seite 14

Perspektiven: Wolfgang Froese berichtet vom Bundesparteitag der LD Seite 16

Im Gespräch: Jean Jülich von den Kölner Edelweißpiraten Seite 18

Vergangenheit: Letzter Teil der Geschichte der Linkliberalen 1981 – 1983 Seite 19

Grüne II: Interview mit Wolf-Dieter Hasenclever Seite 22

Parteifrei: Daniel Blum berichtet von der Bundesdelegiertenkonferenz der Jungdemokraten Seite 25

Weiterbildung: Marianne Hochgeschurz analysiert Anspruch und Wirklichkeit der Liberalen Zentren Seite 27

Vorgestellt: Das LZ Moers Seite 28

Rubriken

in eigener Sache	Seite 2
bundestags-drucksachen	Seite 5
nachrichtliches	Seite 6
von Tag zu Tag	Seite 10
Meine Meinung	Seite 15
nach-drucksachen	Seite 24
Deutsch für Inländer	Seite 26
buch-drucksachen	Seite 29
brief-drucksachen	Seite 30
Personen & Parteien	Seite 31
der-die-das letzte	Seite 32

IMPRESSUM

Herausgeber:

liberale drucksachen-Verlagsgesellschaft
mbH, Steinweg 5, 3300 Braunschweig
Herausgeberbeirat:

William Borm, Martin Budich, Ingeborg
Drewitz, Sybille Engel, Leonhard Froese,
Friedrich Hölscher, Ulrich Klug, Hanspe-
ter Knirsch, Egmont Koch, Jürgen Koppe-
lin, Jürgen Kunze, Werner Lutz, Ingrid
Matthäus-Maier, Thomas Schmid, Chri-
stoph Strässer, Theo Schiller, Helga
Schuchardt

Redaktion:

Wolfgang Froese, Michael Kleff, Helmut
W. Lindner, Reinhard Lüttemeyer, Heid-
run Schmitt (verantwortlich), Michael
Staack

Redaktionsanschrift:

Neusser Straße 200, 5000 Köln 60

Bonner Büro:

Reuterstraße 44, 5300 Bonn 1

Tel.: (0228) 210952

Ständige Mitarbeiter:

Thomas Hetzer, Marianne Hochgeschurz,
Harald Jansen, Dieter Noth, Volker Per-
thes, Christian Walther

Anzeigen:

Hans Joachim Wörner

Preis:

Einzelheft DM 5,-, Abonnement über
1/4 Jahr DM 15,-, 1/2 Jahr DM 30,-,
1 Jahr DM 60,-. Für Schüler, Studenten,
Zivil- und Wehrdienstleistende, Arbeits-
lose und Sozialrentner: Abonnement
über 1/4 Jahr DM 10,50, 1/2 Jahr DM
21,-, 1 Jahr DM 42,-. Förderabonne-
ment: 1/2 Jahr DM 45,-, 1 Jahr DM
90,-. Im Preis ist die gesetzliche Mehr-
wertsteuer enthalten.

Herstellung:

Agentur für wissenschaftliche Literatur
Ulf Pedersen GmbH, 3300 Braunschweig
Druck:

Breklumer Druckerei Manfred Siegel

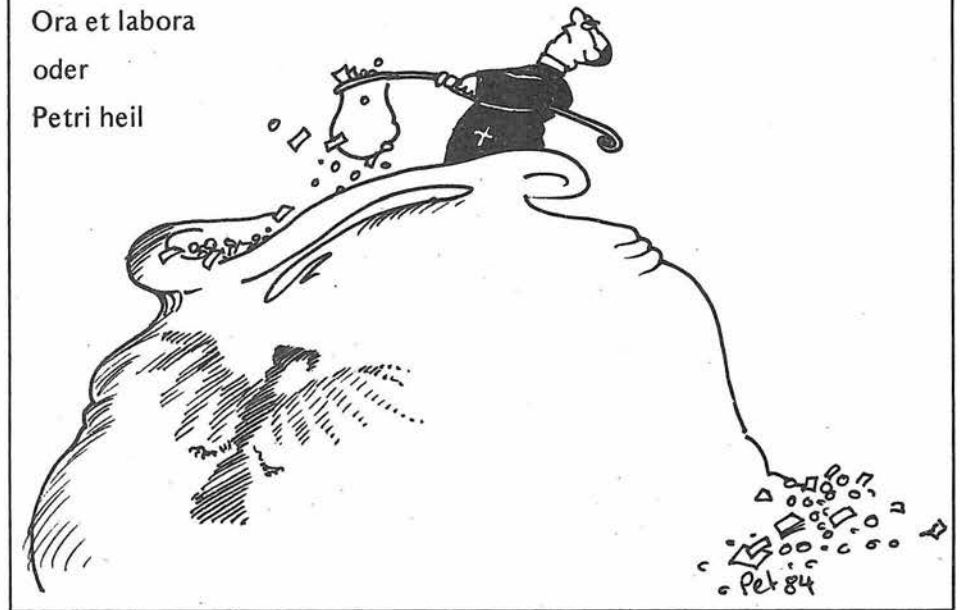
Fotonachweis:

dpa, Gerhard Hense, Michael Kleff, Mar-
tin Ottensmann, Volker Perthes

Ora et labora

oder

Petri heil



Liebe Leserinnen, Lieber Leser

wir sind aus Erfahrung inzwischen vorsichtig geworden, was die Ankündigung von Er-
scheinungsterminen, den Realisierungszeitraum von neuen Konzepten und ähnliches
angeht. So langwierig und nervenaufreibend hatten wir uns die Umstellung der liberalen
drucksachen auf eine „professionelle Basis“ ehrlich gesagt nicht vorgestellt. Immerhin –
einen entscheidenden Schritt sind wir mit dieser Ausgabe wiederum vorangekommen:
Das von Redaktion und Herausgebern gemeinsam erarbeitete redaktionelle Konzept ist
diesmal erstmals umgesetzt worden.

Augenfälliges Ergebnis ist das geänderte Layout mit der Umstellung alter und der
Einführung neuer Rubriken. Die Karikatur auf dieser Seite ist eine dieser neuen Einrich-
tungen, die das Blatt kurzweiliger und abwechslungsreicher gestalten sollen, aber auch
eine inhaltliche Akzentverschiebung bewirken werden: Mehr als früher wird die Politi-
sche Kultur ihren Platz in den liberalen drucksachen finden. Die Diskussion liberaler
Inhalte schließlich wollen wir – wie in den letzten Ausgaben bereits angekündigt – ver-
stärkt führen. Wir setzen dabei auch auf Ihre Mitarbeit und Ihre Beiträge.

In einem ganz anderen Sinne liefern FDP-nahe Spitzenfunktionäre immer wieder
Stoff für drucksachen-Beiträge. Fritz Fliszar etwa, Geschäftsführer der Friedrich-Nau-
mann-Stiftung, ließ nach Erscheinen der Ausgabe 1/84 mit einem Artikel über das neue
FNS-Konzept (vergeblich) Nachforschungen in der Theodor-Heuss-Akademie anstellen,
wer die drucksachen mal wieder mit Informationen versorgt hatte.

Und Peter Menke-Glückert, Vorsitzender des Vereins liberaler Akademiker, ver-
wandte im Rundbrief seines Verbandes gleich zwei Seiten, um sich (wenngleich wenig
fair) mit den liberalen drucksachen und der Verleihung der Karl-Hermann-Flach-Medail-
le auseinanderzusetzen. Mit zwei Nachrichten über ihr schweres Politikerleben zeigen
wir uns in diesem Heft für das große Interesse der beiden an den liberalen drucksachen
erkenntlich.

Weniger heiter, aber notwendig ist die Erhöhung des Abonnementspreises für die
liberalen drucksachen. Uns ist bewußt, daß fünf DM pro Heft ein stolzer Preis sind. Er
ist indes unbedingt notwendig, um den drucksachen das Überleben zu ermöglichen.
Leser (-innen) mit geringem Einkommen wollen wir weiterhin den alten Preis berechnen.
Damit dies auf Dauer machbar ist, sind wir auf Leser (-innen) angewiesen, die ein För-
derabo übernehmen, um damit zumindest einen Teil der Mindereinnahmen auszuglei-
chen.

Die liberalen drucksachen sind in schwieriger Zeit gegründet worden, um Druck zu
machen in Richtung liberaler Fortschritt. Wir versprechen Ihnen, daß wir uns auch in
Zukunft darum bemühen werden.

In der letzten Ausgabe ist uns auf Seite
17 ein sinnentstellender Fehler unterlau-
fen. Die Einleitung des Artikels „wenn's
die Türken trifft, bin ich gerettet“ lautet
richtig wie folgt: „Deutsche Arbeitsplätze
für deutsche Arbeitnehmer. Mit dieser
Parole ging die NPD schon vor Jahren
auf Stimmenfang“.

In diesem Sinne
Ihre drucksachen-macher

Der grüne Traum drängt zu realer Politik

„En vert et contre tous“, „grün gegen alle“ lautet der Slogan, mit dem Frankreichs Ökologen 1981 für ihren Präsidentschaftsbewerber Brice Lalonde warben. Die Kampagne war zwar nicht dazu angetan, den Sieg zu erringen, aber einen Ausbau der Wählerbasis brachte sie schon. Und mithin zeigte sich wachsende Unterstützung für ein Programm, das uns in jüngster Zeit als neueste Stimmung im Westen erscheinen mag: der Ökoliberalismus.

Brice Lalonde war es auch, der gemeinsam mit Claus Leggewie in der Dezember-Ausgabe der undogmatisch-sozialistischen Monatszeitschrift „links“ einen Aufsatz publizierte, der den – wie sich zeigte – provozierenden Titel trug: „Es lebe der Ökoliberalismus“. Die folgenden Ausgaben der Zeitschrift brachten eine ungewöhnliche Zahl von Repliken, und die Auseinandersetzung griff auf andere Blätter über. Die „Modernen Zeiten“, eine Art Zentralorgan des ökologisch sensibilisierten Traditionsozialismus à la GAL Hamburg, und die „Tageszeitung“ griffen das Thema auf. Dabei wurden sie ermutigt von dem Umstand, daß sich unlängst im Umfeld der Grünen eine „ökolibertäre Strömung“ gegründet hatte, deren Existenz das Wort „ökoliberal“ so etwa im Februar dieses Jahres auch in die Spalten des „Spiegel“ trug. Es scheint sich also um ein real existierendes Phänomen zu handeln, bei diesem „Ökoliberalismus“.

Gleichwohl stellt sich die Frage, welcher Art, welchen Inhalts dieses Phänomen ist. Ist es, wie Theo Schiller in der letzten Ausgabe der liberalen drucksachen, das Phänomen damit quasi liberalismus-protokollarisch anerkennend, schreibt, ein „neues Richtungsfähnchen“, das seit ein paar Monaten aus dem grünen Diskussionsgetümmel herabhängt, oder ist es, wie Elmar Altvater in der Januarlinks formuliert, „ein neuer Anzug für einen alten Bekannten, der sich schon im Kleid der ‚Dualwirtschaft‘, ‚Eigenarbeit‘, ‚Öko-Sozialismus‘ usw. vorgestellt hatte“?

Der Widerspruch zwischen alt und neu wird kaum durch das Urteil eines dritten Politik-Professors aufzulösen sein. Richtiger ist wohl das Eingeständnis, daß beide recht haben, wenn auch nicht hundertprozentig. Daß sich in den programmatischen Einlassungen der Ökolibertären Positionen nachweisen lassen, die bereits seit längerem bekannt sind, ist gar nicht ernstlich zu bestreiten, auch wenn es in der Gründungserklärung der Strö-

mung heißt: „Das ökologische Projekt ist historisch neu und einmalig“. Doch muß ehrlicherweise hinzugefügt werden, daß die ökolibertären Grünen gar nicht behaupten, dieses „Projekt“ erfunden zu haben – sie beanspruchen vielmehr, die authentischen Sachwalter dieser Politik zu sein.

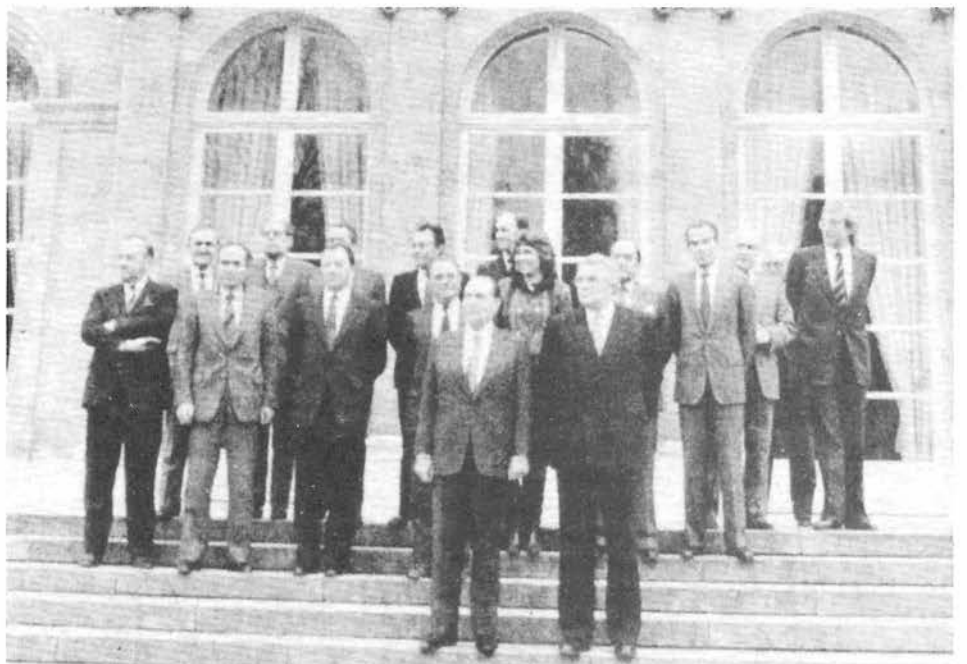
Dem Beobachter, dem kritischen Leser der ökoliberalen Textproduktion, wird die Sache nicht leicht gemacht. Er muß nicht nur die Fragen nach alt oder neu, nach Authentizität oder Plagierung, nach Substanz oder Verpackung beantworten, er muß auch unterscheiden zwischen hier und da: Der Aufsatz Lalonde/Leggewie ist zwar nicht frei von Bezügen zur bundesdeutschen Grünen-Szene, er ist aber zuallererst eine Kritik französischer Zustände, eine Kritik dessen, was die französische Linksregierung seit 1981 an Praxis entfaltet.

Und indem diese Praxis scharfer Kritik unterzogen wird, erfolgt auch eine Begründung ökoliberaler Positionen vor dem Hintergrund der politischen Kultur Frankreichs. Dort macht das Wort vom „radikalierten Mittelstand“ einen ganz anderen Sinn als hierzulande, wo sich hinter diesem Wort geschichtlich die Wahlerfolge der NSDAP verbergen und erst in der jüngsten Vergangenheit „Bürger“-Initiativen. Frankreichs Ökoliberale knüpfen an die antiautoritäre Tradition des Mai 1968 an, eine Tradition, die sich auch

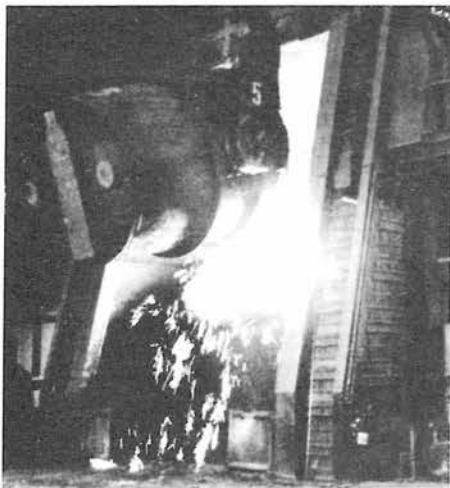
speist aus den Erfahrungen mit dem Kommunismus im Jahre '68, als die KPF sich als Ordnungsmacht in de Gaulles Staat entpuppte und die KPdSU den Prager Frühling platt machte.

Gaullismus und Kommunismus haben sich noch stets in den zentralen Fragen getroffen: im Nationalismus, in der Staatsfixierung und im Wachstumsfetischismus. So ist es auch nur konsequent, daß sich die KPF für das französische Atomenergieprogramm (– und die force de frappe! –) stark macht, eine zentralistische Technik, die ein Höchstmaß an Wachstum und nationaler Autarkie verspricht. Der Etatismus ist keine Besonderheit von Gaullisten und Kommunisten. Die Sozialisten, die in der französischen Nationalversammlung die absolute Mehrheit haben, stehen den Kommunisten hier kaum nach. Die im Wahlkampf gehörten Bekenntnisse zur Überprüfung des Atomenergieprogramms sind längst vergessen, „ein links korporatistisches Kartell“ – so Lalonde/Leggewie – „aus EDF (Electricité de France) -Management, Gewerkschaften und Industriepolitikern sorgt stur für den regelmäßigen Weiterbau von ein bis zwei AKWs pro Jahr“.

Der Bau der Atommeiler ist allerdings nicht der einzige Sündenfall. Die Neigung der Sozialisten, den Staat so lange für gut zu befinden, wie er von Sozialisten gemanagt wird, läßt sie in der Verstaatlichung von Banken und Schlüssel-



Französische Linksregierung Mauroy: Ökoliberalismus ist entspannt als Kritik französischer Zustände



Arbed Saar: Subventionen für Klitsche

industrien ebenso eine sinnvolle Sache sehen wie in der Knebelung freier Schulen und der möglichst durchgängigen Übernahme der Macht in den Medien, namentlich in Funk und Fernsehen, wo nun nicht die Vielfalt freier Radios, sondern die Einfalt der rosa Staatskanäle dominiert.

In der Ausweitung des Staatseinflusses sehen die Ökoliberalen jedenfalls nicht das Heil. Und eine Wirtschaftspolitik, deren oberste Ziele die Schaffung neuer Arbeitsplätze und die Bewahrung bzw. der Ausbau der Massenkauftkraft sind, erscheint ihnen fehlgeleitet. Ohne autoritärer Bedürfnisstrangulierung das Wort zu reden, plädieren Lalonde/Leggewie für eine Produktion, die sich auf nützliche Dinge beschränkt. Die dafür nötige Arbeitszeit soll geteilt werden, wobei nicht der volle Lohnausgleich, sondern der Zugewinn an Autonomie und Lebensqualität im Vordergrund der Debatte zu stehen haben.

Daß die Freizeit nicht bloß für Fußball, TV und Rosenbeetpflege draufgehen soll, daß sie vielmehr verstärkter Eigenarbeit Raum geben kann, erscheint hier selbstverständlich. Das ist keine grundsätzliche Abkehr von der industriellen Massenproduktion, kein Plädoyer für eine pseudo-alternative Müsli-Idylle. Es geht vielmehr um eine „friedliche Interdependenz zwischen einer hochtechnisierten, marktoffenen Industrie, in der Arbeit und Einkommen geteilt sind und weitgehende Wirtschaftsdemokratie herrscht, und einem zweiten, strikt selbstverwalteten autonomen Sektor, in dem Leben und Arbeit wieder erheblich zusammenrücken“ (Lalonde/Leggewie). Moderne Technik, so offenbar die Einsicht der Autoren, muß durchaus nicht zentralisierte Großtechnologie sein. Sie kann auch als dezentrale und sozial angepaßte High-Tech etwa im Bereich von Kommunikation oder Energie entwickelt werden.

In diesem Bereich Wirtschaftsförderung zu betreiben, ist die Forderung der

Ökoliberalen. Doch die französische Realität besteht, auch wenn Mitterrand andeutet, die Zeichen der Zeit begriffen zu haben, darin, daß überholte Wirtschaftsbereiche bis zum Umkippen subventioniert werden, daß „staatliche Banken staatliche Kredite an staatliche Betriebe geben und sonstige (private und gemeinwirtschaftliche) Initiativen abblocken, auch wenn diese ggf. höhere Beschäftigungs- und Dezentralisierungswirkungen zeitigen“ (Lalonde/Leggewie).

Die bundesdeutsche Wirklichkeit anno 1984 sieht da ganz anders aus, jedenfalls hinsichtlich der staatlichen Banken und der staatlichen Betriebe. Gleichwohl sind die Gemeinsamkeiten beträchtlich. Man betrachte nur einmal die Subventionsleistungen für Klitschen wie Arbed Saarstahl oder die Differenz zwischen der Forschungsförderung im Bereich der (zentralistischen) Atomenergie und in dem der (dezentralen) Windenergie.

In der Bundesrepublik schlägt sich der knospende Ökoliberalismus nicht mit dem Versuch einer sozialistischen Regierung, sozialistische Wirtschaftspolitik zu realisieren, rum; hier geht es eher um die Auseinandersetzung mit jenen Strömungen innerhalb der Grünen, die, traditionssozialistisch ausgerichtet, nach Frankreich

tisch denunzierten liberal-Begriff heißt: ökolibertärer — Kritik, als sie für Staatsfixiertheit und Wirtschaftswachstum steht. Und als sozialdemokratische Partei ist sie der führende Repräsentant des paternalistischen Sozialstaats, der Wohlfahrt durch entmündigende Alimentation, durch effiziente Verwaltung sozialer Mißstände, durch Reparatur systembedingter Schäden zu gewährleisten glaubt.

Diese Form des Sozialstaats ist den Ökolibertären zuwider. Sie sagen, „die Zahl der Sozialarbeiter, Sozialgesetze und sozialen Institutionen ist eher ein negativer als ein positiver Indikator wirklicher Wohlfahrt“ (Gründungserklärung). Dem „selbstverständlichen Recht eines jeden auf Versorgtsein, Unversehrtheit und Entfaltungsmöglichkeiten“ (ebd.) möchten sie zuerst durch Hilfe zur Selbsthilfe entsprechen und nur „für die verbleibenden Härten ist das Gemeinwesen verantwortlich“ (ebd.). Dem Manchestertum jedoch, das sich hinter der gleichlautenden Forderung nach mehr Eigenverantwortlichkeit aus konservativer Ecke verbirgt, erteilen die Ökolibertären eine deutliche Absage.

Ökologische Politik zielt nicht auf die Vervollkommenung des Bestehenden, sie zielt auf den Bruch, das Einhalten, die



Sozialhilfeempfänger: „Wohlfahrt durch entmündigende Alimentation“

blicken, wo sie die richtigen Instrumente mit mangelnder Konsequenz eingesetzt glauben.

Die hiesige Mitgliedsorganisation der Sozialistischen Internationale, die SPD, hat in den vergangenen zwölf Jahren hinlänglich unter Beweis gestellt, daß sie den Sozialismus nicht nur nicht schafft, sondern daß sie ihn augenscheinlich nicht einmal schaffen will. Sie ist also nur insoweit Gegenstand ökoliberaler — oder, wie es in Abgrenzung zum freidemokra-

wirkliche Wende, heißt es in der Gründungserklärung der Ökolibertären Grünen, und sie könne all dies nicht erzwingen; sie sei nur als eine Politik des Dialogs und der Übereinkunft vorstellbar. Hier sehen wir wieder eine engere Verschränkung zur „französischen Linie“, zu den antiautoritären Traditionen des Pariser Mai '68, vielleicht aber auch zu den spontaneistischen Zügen in der deutschen Linken. „Objektive Wahrheiten“ zu besitzen und die „objektiven Bedürfnisse“ zu wis-

sen — dies führt noch stets zu eher stalinistischen Politikformen und -inhalten.

„Ökologische Politik ist“ — demgegenüber — „nur als freiheitliche Politik möglich“. Doch bei den Grünen, so nun ein Einwand gegen die landläufige These, die Grünen seien doch wohl die Träger ökologischer Politik in unserer Republik, „west der Geist des sozialistischen Jakobinismus, der sich im Besitz einer Wahrheit wähnt“ und daher „gewollt oder ungewollt . . . stets eine autoritäre, erziehungsdiktatorische Politik in Gang“ gesetzt hat.

Doch die Kritik an den Grünen bezieht sich auch auf deren innere Struktur. Die Kader in Konkurs gegangener kommunistischer Sekten bewegten sich innerhalb der Grünen wie der Fisch im Wasser. Die alternative Szene, soweit sie sich innerhalb der Grünen bewegt, stehe diesem Faktum wehrlos gegenüber. Einerseits fehle ihr die Fähigkeit zu einer politischen Kritik an deren Positionen — zumal sie wie diese von der Arroganz beseelt sei, daß sich in der Szene die „besseren“ Menschen zusammenfinden — zum anderen halte sie nicht wie diese das Parteileben für das Leben selbst.

Schließlich noch ein weiterer Punkt des Mißbehagens: die Grünen prägt noch immer ein gestörtes Verhältnis zum Parlamentarismus, einhergehend mit dem Unwillen, sich selbst als Partei wahrzunehmen. Die Ökolibertären fordern nicht nur Anerkennung der Tatsache, daß die Grünen Partei, nicht aber Bewegung sind, sie befürworten auch den Parlamentarismus, ohne die „eingeschränkte Entscheidungskompetenz der Parlamente“ zu verkennen. Das Bekenntnis zum Parlament ist die Konsequenz aus dem Nein zu Revolution, Bürgerkrieg und putschenden Avantgarden, Wege, die allesamt als undemokratisch erkannt und als deren Folge autoritäre und terroristische Verhältnisse mit minimaler Veränderungsfähigkeit ausgemacht werden.

Es ist offenbar, daß sich die Ökolibertären nicht in Übereinstimmung mit dem grünen mainstream artikulieren. Die Differenz zwischen ihren Positionen und denen des „ideellen Gesamtgrünen“ ist groß genug, um manchen Ökolibertären an der Umsetzung innerhalb dieser Partei zweifeln zu lassen.

Folglich sind die Ökolibertären „Strömung innerhalb und außerhalb der grünen Partei“, die allerdings „um Mehrheiten in der grünen Partei kämpfen“ will. Denn: „Wir haben uns zusammengeslossen, weil wir der Überzeugung sind, daß der grüne Traum kein schlechter war und ist, daß er aus der Realität kommt und zu realer Politik drängt, und daß der Untergang der grünen Partei noch nicht besiegelt ist“.

Christian Walther



Grüner Parteitag: Unwillen, sich selbst als Partei wahrzunehmen

bundestags-drucksachen

Henkel-Männer

Sollte einmal Johannes Mario Simmel der Stoff ausgehen, aus dem seine Bücher sind, er sollte sich die Protokolle des Flick-Untersuchungsausschusses der 10. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages ansehen.

Da treffen sich am 29. Oktober 1982 bei Henkels in Düsseldorf einige Herren und beraten, wie sie denn nun dem Staat eine neue Führung verschaffen und dies argumentativ und materiell dem staunenden (und damals nicht gefragten) Wählervolk beibringen können. Ehrenwerte f(F)reie Demokraten wie Lamsdorff, Genscher und Wurbs verhandeln mit Henkel-Leuten, Robert Merkle von Bosch und anderen auch solche Kleinigkeiten, wer bei politischen Gefälligkeiten zu löhnen habe, wo und bei welcher Adresse der Briefschlitz für die Scheinchen zu finden ist, usw., usw. . .

Nun ist es ja legal, daß man sich mit Freunden trifft und Möglichkeiten ausbalanciert, die Geschäfte möglichst reibungslos voranzubringen (in der deutschen Geschichte hat es so etwas immer schon gegeben, früher allerdings eher im Industrie-Club zu Düsseldorf). Aber als dies alles im Flick-Ausschuß in die Öffentlichkeit getragen war, war's den Herren auch nicht recht. Und so schickten sie einen gewissen Gerhart Baum vor, der nun versuchen sollte, dem Alt-Bundeskanzler Schmidt

durch gezielte Beweisanträge Verbindungen zu Flick und von Brauchitsch anzuhängen. Das aber klappte nicht. Und so muß Herr Henkel wohl größere Mengen seines Verkaufsschlagers „Persil“ unter seine Freunde bringen, um wieder weiße Westen zu zaubern.

Freundschaftsdienste

Manche Verfahren ziehen sich in die Länge. So wie ein seit mindestens 1980 geführtes Verfahren gegen die Düsseldorfer Waffenschmiede Rheinmetall. Ohne die notwendigen Genehmigungen aus dem „liberal“ geführten Bonner Wirtschaftsministerium eingeholt zu haben, soll Rheinmetall an Südafrika eine Munitionsfüllanlage, an Saudi-Arabien Maschinengewehrhalterungen und an die argentinischen Generäle Zwillingsskanonen geliefert haben.

Was zur Aufklärung dieser Vorgänge vier Jahre lang Ermittlungen erfordert, bleibt vielleicht immer das Geheimnis der geheim ermittelnden Düsseldorfer Justitia. Denn sozusagen kurz vor Schluß scheint die Bundesregierung den Rettungsanker werfen zu wollen. Sie bastelt an einer „lex Rheinmetall“ in Form einer Änderung des Strafmaßes im Kriegswaf-

fenkontrollgesetz. Indem die im Paragraphen 16 des KWKG bisher mit einem Jahr angegebene Mindeststrafe halbiert wird, soll — so die Bundesregierung in ihrem Gesetzentwurf gegenüber dem Bundesrat — die Möglichkeit zur Einstellung von Bagatelverfahren geschaffen werden.

Zwar beeilt sich das Wirtschaftsministerium, auf kritische Fragen im Bundestag hin und nach entsprechender Berichterstattung im „Spiegel“, den Gedanken an ein Spezialgesetz für Rheinmetall weit von sich zu weisen — dennoch bleibt der Verdacht bestehen. In Antworten auf ganz andere Fragen nährt die Bundesregierung ihn nach Kräften. So erhielt der Hamburger SPD-Bundestagsabgeordnete Hans-Ulrich Klose die — angesichts der nach Verhängung des UNO-Rüstungsembargos gegen Südafrika erfolgten Exporte in eben dieses Land — recht merkwürdige Auskunft, es bestünde kein Grund zum Mißtrauen gegen die Düsseldorfer Waffenschmiede. Klose hatte gefragt, wie die Bundesregierung die nach dem Kriegswaffenkontrollgesetz „erforderliche Zuverlässigkeit“ bei den Verantwortlichen der Firma Rheinmetall angesichts der laufenden Ermittlungen einschätzt.

Lambsdorffs Staatssekretär Rudolf Sprung beschied dem Fragesteller: „Aus

17. Abgeordneter
Auermann
(CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung nach den bisherigen Erfahrungen mit der „DDR“ über die Senkung der Höchstgrenze der Art. Herkunft und Ursprung der Belangen durch die DDR mit der DDR?

18. Abgeordneter
Auermann
(CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung eine Forderung an die „DDR“ (als einem der Hauptversandspunkte der Einfuhr von Waren) und der damit zusammenhängenden Folgen für die Einfuhrqualität der Waren aus „Nachschuttsländern“ für Material, und wenn nicht, warum nicht?

Offizielle Tüttelchen

Nicht erst seit Peter Böhnisch Propagandist der Bundesregierung ist, weiß man um den Einfluß der Springer-Pressse auf

die offiziellen Verlautbarungen der Bundesregierung. Der Stil von „Welt“ und „Bild“ findet nun auch Einzug in die Bundestagsdrucksachen: Dietrich Austermann, CDU-Bundestagsabgeordneter aus Itzehoe, macht den Vorreiter.

den zur Zeit von der Staatsanwaltschaft Düsseldorf geführten einschlägigen Ermittlungsverfahren liegen der Genehmigungsbehörde bisher keine Erkenntnisse vor, die im Rahmen der personen- und handlungsbezogenen Zuverlässigkeitsprüfung nach dem Kriegswaffenkontrollgesetz Grund zu der Annahme bieten, daß die erforderliche Zuverlässigkeit fehlt.“

Geht man davon aus, daß mit „zuverlässig“ „Gesetzestreue“ gemeint ist, bliebe nur die Schlußfolgerung, daß zumindest dieses Ministerium sich von Rheinmetall nicht betrogen fühlt.

Dies wiederum müßte bedeuten, daß die angeblich illegalen Exporte dort letztlich bekannt und wohl auch irgendwie genehmigt waren.

nachrichtlich

Menschliche „Versuchskaninchen“

Der liberale Unterhausabgeordnete David Alton dürfte einem großen politischen Skandal in Großbritannien auf die Spur gekommen sein. Alton wirft dem britischen Verteidigungsministerium vor, in den fünfziger Jahren rund 15.000 britische und australische Soldaten im Zusammenhang mit britischen Atombombenversuchen im Pazifik als menschliche „Versuchskaninchen“ mißbraucht zu haben. Sie sollen, wie Alton angibt, ohne entsprechende Schutzkleidung teilweise in unmittelbarer Nähe der Explosion postiert worden sein, um Wissenschaftlern die Möglichkeit zu geben, die Folgen radioaktiver Strahlung genau untersuchen zu können. Der Liverpoolscher Parlamentarier stützt seine Anklage auf ein Memorandum des Ministeriums aus dem Jahr 1953, in dem es wörtlich heißt: „Die Armee muß die genauen Auswirkungen der verschiedenen Explosionen auf Ausrüstung, Vorräte und Menschen mit und ohne Strahlenschutz erforschen“.

Eine Dokumentation der BBC über die geheimen Atombombenversuche zwischen 1952 und 1968 im Südpazifik brachte Alton dazu, die Akten der damaligen Zeit einmal genauer zu studieren. Die von einer Ärztin in Birmingham an-

hand von Statistiken ermittelte Feststellung, daß die Zahl der Leukämieopfer unter den Test-Beobachtern zweieinhalbfach über der des Landesdurchschnitts liege, wird von den Regierungen in Großbritannien und Australien als nicht aussagekräftig genug zurückgewiesen.

Keiner der Betroffenen habe jemals nachweisen können, daß seine Erkrankung Folge der radioaktiven Strahlung gewesen sei.

Dennoch wurde Altons Anklage indirekt bestätigt. Zumindest die Regierungen in Australien und Neuseeland haben beschlossen, die Vorwürfe des liberalen Abgeordneten prüfen zu lassen, der sich zum Ziel gesetzt hat, für die Betroffenen und ihre Angehörigen entsprechende finanzielle Entschädigungen auszuhandeln. In Großbritannien wurden demgegenüber bereits 1983 Dutzende von Schadensersatzforderungen zurückgewiesen. Zwar erhielten einige Soldaten wegen „Erkrankung im Dienst“ eine finanzielle Entschädigung. Einen Zusammenhang mit den Atombombentests will das britische Gesundheitsministerium jedoch nicht sehen.

Konstruktiver Dialog-Versuch

Zu einem zweiten bundesweiten Treffen ist der sozialliberale Gesprächskreis — initiiert von der SPD — für Samstag, den 26. Mai 1984, nach Bonn eingeladen worden. „Soziale Krise — Krise des demokratischen Rechtsstaats“ heißt die Thematik dieses zweiten Treffens. Referenten von sozialdemokratischer, unter anderen der Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Arbeit und Sozialordnung, Eugen Glombig, wie von sozialliberaler Seite, unter anderen Prof. Dr. Theo Schiller, werden die inhaltliche Diskussion gestalten.

Peter Glotz und Günter Verheugen beschreiben die Funktion dieses zweiten Treffens in ihrem Einladungsschreiben so: „In seinem Verlauf sollen die sozialpolitischen Vorstellungen von Sozialdemokratie, Gewerkschaften und Sozialen Liberalismus zu einem konstruktiven Dialog zusammengeführt werden“.

Das Programm enthält einen Analyseteil, einen Positionsdarstellungsteil und einen Dialogteil. An dem Dialogteil, dem Round-table-Gespräch, zur Fragestellung sozialliberaler Wege aus der Krise werden sich unter anderen Peter Glotz, Johano Strasser, Theo Schiller und Friedrich Hölscher beteiligen.

Verkungelt

Eine herbe Enttäuschung erlebte Peter Menke-Glückert, Vorsitzender des Vereins Liberaler Akademiker, auf der Mitgliederversammlung der „Vereinigung Liberaler Bildungseinrichtungen“ (VLB). Die Vereinigung mit Sitz im Thomas-Dehler-Haus besteht zu dem alleinigen Zweck, Gelder der Bundeszentrale für Politische Bildung zu verteilen.

Menke-Glückert hatte mit dem bisherigen VLB-Vorsitzenden Reinhard Roehrich gekungelt, um stellvertretender Vorsitzender der Vereinigung zu werden. Auf der Mitgliederversammlung wurde stattdessen der Vertreter der schleswig-holsteinischen FDP-Stiftung, Bernd Hadewig, in diese Position gewählt. Hadewig, ein ehemaliger Jungdemokrat, gilt heute als überzeugter Anhänger der freidemokratischen Wendepolitik.

Neuer Vorsitzender der VLB wurde der Vertreter des Münchner Thomas-Dehler-Institutes, Schaubert.

Realitäten

In der Ausgabe 4/84 der „neuen bonner depesche“ wurden die Aussagen der FDP und ihres Vorsitzenden Genscher zu den permanenten Menschenrechtsverletzungen in Südafrika in ein neues Licht gerückt: Dort durfte die Bonner Botschaft des Apartheidregimes in einer ganzseitigen Anzeige für die „neue Welt“ Südafrika werben, „in der Selbstbestimmung, evolutionärer Wandel, Zusammenleben und Zusammenarbeit schon längst Realität“ seien.

Gemeint war die Realität der verfassungsmäßig und gesetzlich festgeschriebenen Unterdrückung der großen Bevölkerungsmehrheit, die Realität von weißem Wohlstand und schwarzem Elend; eine „Welt“, in der täglich vier schwarze Minenarbeiter wegen unzureichender Sicherheitsvorkehrungen ums Leben kommen und in der (so im Bantustan Ciskei) 50 % der schwarzen Kinder wegen Seuchen und Unterernährung vor Erreichen des 5. Lebensjahres sterben.

Der Wert der Verurteilung dieses menschenverachtenden Systems durch Genscher läßt sich nunmehr klar bestimmen: Er beträgt weniger als der Preis für eine ganzseitige Anzeige im Parteiorgan der FDP.

Querelen

Die Vereinigten Deutschen Studentenschaften (vds), der Dachverband der Studenten, hat nach fast einjährigen erbit-

terten Auseinandersetzungen auf ihrer Mitgliederversammlung in Köln wieder einen Vorstand gewählt.

Der Streit entfachte sich in erster Linie an den Forderungen der Jungsozialisten, die ein zweites Vorstandsmitglied stellen wollten. Die Jusos haben sich, unterstützt von den Jungdemokraten, durchgesetzt.

Zwar besteht der Vorstand formal nach wie vor aus je einem Vertreter von MSB Spartakus, SHB, Jusos und Jungdemokraten und ein fünfter Vorstandssitz ist für die Basisgruppen freigehalten. Doch solange sich die Basisgruppen nicht am Vorstand beteiligen, stellen die Jusos einen Referenten beim Vorstand, der alle Rechte eines Vorstandsmitgliedes hat.

Innerhalb der Jungdemokraten und des Liberalen Hochschulverbandes hatte es über die Frage einer Weiterarbeit innerhalb des vds erhebliche Querelen gegeben. Der LHV beschloß bereits 1982 mehrheitlich, kein Vorstandsmitglied zu benennen. Seitdem weigern sich eine Reihe von Hochschulgruppen, weiter den Namen

LHV zu führen und treten an den Hochschulen nur noch als Jungdemokraten auf.

Die Jungdemokraten-BDK beschloß mit knapper Mehrheit, daß weiterhin ein Liberaler im vds-Vorstand sitzen solle. Ernst Christoph Stolper aus Duisburg vertritt nun die Jungdemokraten im studentischen Dachverband.

Bedenken

Die luxuriöse Ausstattung des neuen FNS-Domizils Margaretenhof ist auf Kritik gestoßen. Die Bedenken, ob Rauchglasscheiben und exklusive Ledersessel sich mit dem Ansehen der Stiftung vertragen, soll FNS-Geschäftsführer Fritz Fliszar — als Mitglied einer Delegation von Unternehmern u.a. kürzlich noch mit Genscher auf Staatskosten in Argentinien — mit den Worten beiseite gewischt haben: „Warum denn, die Wahlen sind vorbei. Sollen sich doch einige aufregen, bis zur nächsten Wahl ist alles vergessen.“

WASSER



Klar!

Ein beliebtes Volksgetränk und seit Jahren das meistgekauftete Waschmittel. Wasser. Wir von den Stadtwerken stellen sicher, daß dieses Qualitätsprodukt so bleibt, wie Sie es gewohnt sind: klar? Klar!



Stadtwerke Bochum

klare Sache

GmbH

3/84

**Subventionsschwindel und
EG-Verbraucherpolitik zeigen:**

Für Europa-Euphorie besteht kein Anlaß

Der kommende Europawahlkampf scheint zu einem „Schönheitswettbewerb der Mustereuropäer“ zu verkommen. Außenminister Genscher geriert sich gar als „EG-Patriot“, wenn er in Zukunft die Sonderabfertigung für EG-Bürger bei Personalkontrollen fordert und sie eine Flasche Rebensaft zusätzlich zollfrei im EG-Binnenverkehr mitnehmen lassen will. Heinz-Hermann Storck mag bei dieser Europaeuphorie nicht mithalten und zeigt – ausnahmsweise nicht an Hand der Agrarmarkunordnung – am Beispiel des Subventionsschwindels und an Hand der EG-Verbraucherpolitik auf, was die EG nicht bleiben sollte:

Die Europäische Gemeinschaft zahlt alljährlich hohe Beträge an Betrüger. Berühmt in EG-Kreisen ist der sogenannte Fall „Como-Butter“. Ein Geschäftsmann aus der Schweiz ließ 7.000 Tonnen Butter über verschiedene Ländergrenzen hinweg „Karussell fahren“, bevor er sie mit Hilfe gefälschter Papiere in Norditalien verkaufte. Die EG-Kasse wurde dabei um lumpige 20 Millionen DM geschädigt. Auch Bauern verstehen sich hin und wieder auf's Geschäft: Nicht selten kassierten sie die Schlachtprämie für dieselbe Kuh mehrmals, es kam nur darauf an, das ein Nachbar sein sowieso zum Verkauf anstehendes Tier für einige Tage beim Subventionsschwinder abstellte und dafür das offiziell gemeldete Viech solange bei sich logieren ließ, bis die notwendigen Begutachtungen durchgeführt worden waren. Immerhin hatte dieses zum Effekt, daß wertvolle Zuchsubstanz bei ausreichender Cleverness nicht unterging.

Anders verhielt und verhält es sich bei kostenlosen Lebensmittellieferungen, die an arme Länder gehen sollten. War bislang hinlänglich bekannt, daß in Dritte-Welt-Ländern nicht immer alles mit rechten Dingen zugging, so spricht man heute in EG-Kreisen auch ungeniert davon, daß auch innerhalb der EG aus diesen kostenlosen Lieferungen einiges in „dunklen Kanälen“ verschwindet. Daß sich mit Tomaten nicht nur werfen, sondern auch schwindeln läßt, dies konnte man als kleine Meldung den Wirtschaftsseiten einiger Regionalzeitungen entnehmen. Immerhin wanderten 52 Unternehmer bei dieser Affäre zeitweilig ins Spritzenhaus. Wer Gelegenheit hatte, sich einmal In-



Zeichnung: Walter Hanel
Copyright: EG-Magazin

vestitionen, gefördert aus dem EG-Strukturfonds, in Süditalien anzusehen und wer dann noch ein wenig Einblick in die dortige politische Kultur nehmen konnte, der wird sich nur noch fragen, wieviel EG-Gelder für Süditalien wohl bei der Mafia landen.

Eine solche „chronique scandaleuse“ ließe sich beliebig fortsetzen. Von Gegenmaßnahmen ist aber nicht die Rede. Wer effektiv dagegen vorgehen will, muß mit dem Subventionswirrwarr und der überdimensionierten Lagerpolitik ebenso aufhören wie bereit sein, Kontrollgruppen zu schaffen, die direkt der EG unterstehen und (ohne jede Vorwarnung!) in den EG-Mitgliedsländern Ermittlungen führen können. Hier wäre die „Euphorie zur Tat“ bei den Bekenntnis-Europäern anzumachen.

Und 1984 könnten sie gleich noch einmal rigoros zur Tat schreiten – gemeint ist die europäische Verbraucherpolitik. Zu Anfang der EWG lagen die Dinge noch sehr einfach: Die Väter der „Römischen Verträge“ hatten den Verbraucher als aktiven Marktpartner überhaupt noch nicht entdeckt. Er kam höchstens als Arbeitnehmer vor, aber nicht als Konsument.

Seither hat es wohltonende Absichtserklärungen zur Verbraucherarbeit gegeben, nämlich das erste und das zweite Verbraucherschutzprogramm. Beide Programme enthielten die Zielsetzung, Gesundheit und Sicherheit der Konsumenten zu verbessern, ihren wirtschaftlichen Schutz zu gewährleisten, ihre rechtliche Stellung zu stärken, die Aufklärung zu intensivieren und sie vor allem bei einschlägigen Entscheidungen zu hören. So lauteten die Programme – aber nicht die reale Politik. Denn wie so oft im politischen Alltagsgeschäft, sitzt auch hier der Teufel im Detail.

Wahr ist, daß tatsächlich nicht wenige Vorschriften der Mitgliedsstaaten durch EG-Richtlinien harmonisiert worden sind. Die Frage ist nur, ob am Ende eine Verbesserung dabei herausgekommen ist. Ähnlich wie bei den Agrarhändlern, nur nicht so spektakulär, wird nämlich jedesmal nach dem kleinsten gemeinsamen Nenner gesucht, anstatt jenes Gesetz zur Grundlage einer Harmonisierung zu machen, das dem Verbraucher den größten Schutz gewährt. So kann es denn durchaus passieren, daß ein gutes, nationales Recht verwässert wird, weil sich die Gemeinschaft auf niedrigstem Niveau einigte.

Aber damit nicht genug. Beide EG-Verbraucherprogramme waren auf den informierten Verbraucher ausgerichtet, dem sachkundigen Entscheiden zu ermöglichen sei. Voraussetzung dafür müßte eine hinreichende Unterrichtung sein. Dazu gehört eine ausreichende Produktinformation, Schutz vor irreführender



„Gewiß, es ist noch nicht ganz komplett, aber stellen Sie sich vor, ich müßte den ganzen Weg ohne Fahrrad machen!“

Werbung, Aufklärung und Schutz vor Folgeschäden, die durch fehlerhafte Produkte ausgelöst werden und – last but not least – weitgehende Etikettierungsvorschriften. Nun, so gut wie nichts davon ist bis heute eingeführt worden.

Um andere Beispiele zu nennen, die den umweltbewußten Verbraucher angehen: Hat man etwa von sich aus auf der Ebene der EG auf bleifreies Benzin hingearbeitet? Gibt es notwendige Entscheidungen für verringerte Abgasbelastungen bei Kraftfahrzeugen oder für den Einbau von Filtern in Kohlekraftwerken zur Verminderung von Schwefeldioxid und Stickoxyden? Es gibt sie nicht. Und das wiegt umso schwerer, weil im EG-internen Wettbewerb der nationalstaatliche Kostenanteil gerade bei umweltpolitisch motivierten Zusatzinvestitionen ein ökologisch wichtiger und ökonomisch durchaus rational wirkender Hemmschuh ist. Umso eher wäre hier die Rationalität überstaatlicher Institutionen, wie der EG, gefordert gewesen. Aber oft wird sogar auch hier der Verbraucher als

Anzeige

pro familia magazin

Wie viele andere Organisationen ist PRO FAMILIA betroffen von der „Wende“ in Bonn, vor allem wegen der wieder aufgeflamten Diskussion über den Paragraphen 218. Der Bundesverband der PRO FAMILIA gibt alle zwei Monate eine Zeitschrift heraus, in der

Alibi genutzt: So etwas sei ihm zu teuer, urteilt man messerscharf.

Wo liegt das Problem? Fairerweise muß man sagen, daß das Europäische Parlament und die Kommission durchaus Schritte in die richtige Richtung getan haben, Vorschläge einbrachten und Zeichen setzten. Die Schwierigkeit ist nur: Die Verträge der Gemeinschaft billigen allein dem Rat das Recht zu, Vorschläge der Kommission in gültiges Rahmenrecht für alle Mitglieder umzugießen. Spezialprobleme innerhalb der Mitgliedsstaaten, Druck der jeweiligen Lobby, gegen die eine „Verbraucherrichtlinie“ durchgesetzt werden müßte, haben offenbar den Ministerrat lahmgelegt. Die wichtigsten Richtlinienvorschläge liegen in seinen Schubladen: So verschleppt z.B. der Rat seit 1977 eine Richtlinie zum Schutz bei Haustürgeschäften. Seit 1978 „ruht“ die Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften über die Haftung für fehlerhafte Produkte. Seit 1979 läßt man die Richtlinie für die Abgleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften über irreführende und unlautere Werbung „links“ liegen. Seit 1981 schlummert die Richtlinie über den raschen Austausch von Informationen über die Gefahren bei der Verwendung von Konsumgütern. Solange der LD-Vorschlag, Beschlüsse des EG-Parlaments seien innerhalb eines halben Jahres bindend, falls bis dahin der Ministerrat keine Alternativbeschlussfassung vorgenommen habe, nicht umgesetzt wird, kann das Parlament nicht mehr tun, als diese Richtlinien anzumachen.

Aber es kommt noch schlimmer; denn die nationalen Regierungen verstecken sich prompt hinter der Brüsseler Entschlußlosigkeit: Im Bundestag wird beispielsweise die Weiterarbeit am entsprechenden Verbraucherschutzrecht immer wieder mit dem Hinweis blockiert, diese oder jene Richtlinie würde sowieso bald angenommen werden. Wozu also auf nationaler Ebene vordreschen?!

So bestimmt das langsamste Schiff den europäischen Geleitzug. Keine Frage: Auch Verbraucherpolitik hat in Europa keinen besonderen Kurswert. Ob sich das im Euro-Wahljahr ändern wird?

regelmäßig auch familienpolitische Themen behandelt werden.

Der Gerd J. Holtzmeyer Verlag, Weizenbleek 77, 3300 Braunschweig, schickt Ihnen gern ein Probeheft. Wenn Sie umfassender informiert werden wollen, schneiden Sie diesen Abschnitt aus, fügen Sie einen Schein/Scheck im Wert von DM 10,- bei, und Sie erhalten postwendend 4 Ausgaben als „Kennenlernpäckchen“ (Absender nicht vergessen).

Von Tag zu Tag

Anmerkungen zum Fortschritt und Rückschritt unserer Republik

Arroganz

Ein „schamloses Geständnis“ nennt die ‚Süddeutsche Zeitung‘ das, was sich Graf Lambsdorff vor dem Flick-Untersuchungsausschuß geleistet hat: ja, so sei es, eine 100.000-Mark-Spende von Flick habe er im Bundesanzeiger nicht veröffentlichen lassen, gab er in ungespielter Arroganz bekannt. Warum? Weil die Spender das so wünschten. Ein klarer Verstoß gegen Recht und Gesetz. Reue und Rücktritt nach dem Geständnis? Nit mööglich.

Europa

Die Grünen machten Benny Härlin zu einem ihrer Spitzenkandidaten für die Europawahl. Der Berliner ‚radikal‘-Herausgeber erfuhr viel Sympathie, vor allem von seiten der Journalisten-Gewerkschaften, nachdem er vom Berliner Kammergericht in einem Presserechts-Verfahren mit einer mehr als dubiosen Begründung verurteilt worden war. Die Grünen mit ihrem ach so kritischen Verhältnis gegenüber Prominenz wollen sich den Märtyrer-Effekt zunutze machen und schaden damit der Demokratie: Wer Parlamente ernstnimmt, kann dem Wähler keinen Kandidaten präsentieren, der mit diesem Parlament nach eigenem Bekunden nichts, aber auch gar nichts im Sinn hat.

Polizeireporter

Empörung unter den Mitarbeitern des Hessischen Rundfunks: seit 1981, also auch während der hitzigen Startbahndemos, wurden „immer mal wieder“ Polizisten zur Ausbildung zusammen mit Aufnahmeteams eingesetzt. Die Redaktion wußte davon nichts – auch TV-Chefredakteur Manfred Buchwald (früher Vorsitzender des Deutschen Journalistenverbandes) war nicht eingeweiht. Er nannte das ganze „abenteuerlich“.

Abrechnung

Wer könnte sich vorstellen, daß er einkaufen geht, daß er die Rechnung aber nie zu sehen bekommt? In einer vergleichbaren Lage aber sind Kassenpatienten: sie konsultieren den Arzt, was der aber der Krankenkasse in Rechnung stellt, erfahren sie – anders als Privatpatienten – nicht. Die Versuchung für Ärzte, dann schon mal ein bißchen mehr zu „liquidieren“ ist nicht

nur hinreichend gerichtsnotorisch, sondern auch systemimmanent. Als Systemveränderer betätigte sich jetzt verbal Bundesarbeitsminister Blüm, aber seine Begründung ist entlarvend komisch. Er traute sich nämlich nicht zu sagen, es müsse möglich werden, den schwarzen Schafen unter den Ärzten das Handwerk zu legen, sondern er brachte es zynisch: in einer „aufgeklärten Gesellschaft“ dürfe es keine Kostengeheimnisse geben. Wenn die Versicherten nicht wüßten, welche Kosten ihre Behandlung verursache, könnten sie auch kein „Kostenbewußtsein“ erlangen. Köstlich!

Lokalverbot

Die Stadt Bad Harzburg hat ehemaligen Angehörige der Waffen-SS ein für Mai geplantes viertägiges „Kameradschaftstreffen“ untersagt. Die HIAG („Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit“) ist rechtsextrem, im Verfassungsschutzbericht aus dem Hause Zimmermann wird sie aber nicht mehr aufgeführt.

„Entartet“

Franz-Josef Strauß hat keine Skrupel, sich des Nazi-Worts „entartet“ zu bedienen: „Was an liberalen Gedanken gut ist, haben wir längst übernommen, was als liberale Gedanken entartet ist, werden wir nie übernehmen“, sagte er bei der Aschermittwochskundgebung. Beispiele nannte er auch: Verhältnis Staat – Kirche, Freigabe des Drogengenußes, Straffreiheit von Homosexualität mit Minderjährigen.

Hitzezelle

Von „Folter in Franken“ spricht ein Nürnberger Rechtsanwalt, und der Fall wird demnächst auch aufgrund einer SPD-Anfrage den Landtag in München beschäftigen. In der JVA in der Nürnberger Mannerstraße soll es eine „Hitzezelle“ geben. In einen unmöblierten, gekachelten Raum würden Gefangene bis zu drei Tagen nackt eingesperrt, damit sie sich nichts antun könnten. Die hohe Temperatur, die schon zu verbrannten Fußsohlen geführt habe, werde über einen verplombten Thermostat geregelt, und besonders viel heiße Luft ströme in die Zelle, wenn immer wieder die Tür oder die Essensklappe geöffnet werde.

Denkmal

Im Sauerland-Städtchen Hemer steht ein Kriegerdenkmal, in das ein Spruch eingemeißelt ist, der da lautet:

„Mögen Jahrtausende vergehen, so wird man nie vom Heldentum reden und sagen dürfen, ohne des deutschen Heeres des Weltkrieges zu gedenken. Dann wird aus dem Schleier der Vergangenheit heraus die eiserne Front des grauen Stahlhelms sichtbar werden, nicht wankend und nicht weichend, ein Mahnmal der Unsterblichkeit.“

Autor: Adolf Hitler, Fundstelle: Mein Kampf, 1. Band, 5. Kapitel.

Die beiden Feuerschalen des Denkmals „ziert“ das Hakenkreuz. Stadtdirektor Voss, so das Jugendmagazin 'ran, will alles beim alten lassen und attackiert seinerseits eine Friedensgruppe. Das sei eben „ein Stück Geschichte“.

Wählerschutz?

Das Kommissariat „Staatsschutz“ der Polizei im bayerischen Ansbach interessierte sich vor den Kommunalwahlen in Bayern für die Kandidaten. Die Polizei beschaffte sich Unterlagen, und die Aktion wurde erst gestoppt, als sich Polizisten beschwerten, die selbst als Kommunal-Kandidaten angetreten waren. Das Innenministerium in München nannte die Aktion der Beamten „übereifrig“.

Kennzeichen

Unveränderliche Kennzeichen sollen im Personalausweis und im Reisepaß nicht mehr festgehalten werden. Das Bundesinnenministerium hat bekanntgegeben, daß dies ab sofort gelten soll – auch nach dem neuen Personalausweisgesetz soll diese Rubrik wegfallen.

Ausgewogen

Die ZDF-Sendung Bonner Runde konnte einen Stargast begrüßen: FJS.

Fragesteller waren: als Leiter der Runde Johannes Gross, Denker und Schreiber für die bekannten Linksblätter FAZ und Kapital, ferner Dr. Thomas Löffelholz von der Stuttgarter Zeitung, gerade mit dem Ludwig-Erhard-Preis ausgezeichnet sowie Diether Stolze, glückloser und schweigsamer Sprecher der ersten Regierung Kohl/Genscher. Von Stolze konnte man lesen, er werde medienpolitischer Berater des bekannten linken Ministerpräsidenten Albrecht. Also wieder mal Linke unter sich. Angesichts dieser unausgewogenen Fragesteller-Runde mußte Strauß ganz schön zittern. Darüber konnte nicht hinwegtäuschen, daß Stolze den Fragenreigen mit einem „Lieber Herr Strauß ...“ eröffnete.

Volker Hummel

Eine unselige Allianz

Übern Tisch gezogen — so bezeichnete man den Zustand desjenigen, der bei Verhandlungen nicht unbedingt erfolgreich abgeschnitten hat. Für die Regierung von Nordrhein-Westfalen, bezogen auf den Abschluß des Kirchenvertrags mit dem Vatikan, scheint dies auch zu gelten.

Johannes Rau, Ministerpräsident und praktizierend-amtierender Christ, hat seinen Namen unter einen Vertrag gesetzt, der der Kirchenleitung wesentlichen Einfluß auf die Personalpolitik der wissenschaftlichen Hochschulen gibt. Freilich und natürlich nur dort, wo es um Christlich-Religiöses an den Hochschulen geht, dort aber dann massiv.

Ganz wohl in seiner Haut scheint sich Rau nicht gefühlt zu haben. In der Presseerklärung zu dem Vertragsabschluß betont er nachdrücklich, daß auch die „Kirchen die grundgesetzlich verankerte Verpflichtung des Staates, die Freiheit von Lehre und Forschung . . . zu garantieren“, anzuerkennen haben. Betroffene sehen aber eben dies gefährdet.

Der Paderborner Theologie-Professor Peter Eiler: „In völlig undemokratischer und geheimniskrämerischer Weise“ sei hier dem Vatikan — mit dem Segen des Landes NRW — die Möglichkeit gegeben, kritische Hochschullehrer zu „disziplinieren“. Eiler im WDR:

„Ich fürchte, daß nach den geltenden Regelungen eine Frau nicht Professorin werden kann an einer theologischen Fakultät oder einer Gesamthochschule. Ich fürchte, daß wir noch mehr, als es jetzt schon

der Fall ist, kirchliche Disziplinierungsmaßnahmen haben werden. Es ist also nicht richtig, was das Land behauptet, es würde nur geltendes Recht zusammengefaßt, sondern es wird neues, und zwar reaktionäres, disziplinierendes Recht geschaffen.“

Was war geschehen? 1977 hatte die NRW-Landesregierung, damals noch unter Heinz Kühn, dem Vatikan mitteilen lassen, man sei an einem neuen Kirchenvertrag interessiert, der das bis dahin geltende preußische Konkordat von 1929 ablösen sollte. Die Verhandlungen begangen 1978, zwei Jahre später segnete das Düsseldorf-Kabinett (übrigens noch mit FDP-Ministern) den Entwurf ab. Die Öffentlichkeit vernahm so gut wie nichts von dererlei Aktivitäten.

Grob gesagt, hat der neue Vertrag die Durchsetzung des vatikanischen Rechts an sämtlichen Hochschulen, an denen katholische Theologie gelehrt wird, zum Inhalt. Der Staat bezahlt, aber ohne die Zustimmung Roms läuft nichts: Die kirchlichen Fakultäten stehen nur den Klerikern und Laien offen, die durch ihre sittliche Lebensführung für die Aufnahme in die Fakultät geeignet sind. Nachzuweisen durch ein Zeugnis! Dies gilt auch für nicht festangestellte Dozenten und Studenten. Diejenigen, die in Fachbereichen unterrichten, in denen es um Sitte und Glaube geht, sind gehalten, diese Aufgabe in voller Gemeinschaft mit dem authentischen Lehramt der Kirche und vor allem des Papstes durchzuführen.

Damit niemand Unbotmäßiges verkündet, muß der Heilige Stuhl der Berufung der Lehrkraft zustimmen. Die Begründung einer Ablehnung ist — im Gegensatz zum preußischen Konkordat — nicht gefordert. Und auch die Bildungsreform in der Bundesrepublik ist dem Vatikan anscheinend ein Dorn im Auge: Habilitationen an Gesamthochschulen werden von der Kirche nicht mehr als gleichwertig anerkannt.

Ein solches Abkommen zwischen der weltlichen und der überirdischen Obrigkeit straft alle diejenigen Lügen, die aus tiefer Seele darlegen, in der Bundesrepublik seien Kirche und Staat getrennt. Es ist wie immer schon: Fürst und Bischof beschließen in trauter Zweisamkeit, was dem Gläubigen nutzt und frommt. Der aber wird nicht gefragt.

Nun ist es nicht nur so, daß die Kirche letztendlich entscheidet, wer für „ihre Wissenschaft“ lehren und künden darf. Der Staat selber hat ein zumindest

ebenso großes Interesse, wer als Oberhirte wo tätig wird. Denn nicht nur die regionale Gliederung, auch die Personalorganisation der Kirchen unterliegt staatlichem Einfluß. Der wohl bekannteste und auch politisch sensibelste Fall war der bischöfliche Treueeid gegenüber der Regierung (geregelt im Reichskonkordat). Es finden sich aber auch in fast allen Konkordaten und Kirchenverträgen sogenannte „politische Klauseln“, wonach gegen Würdenträger der betreffenden Religionsgesellschaft keine allgemeinen politischen Bedenken seitens der Regierung vorliegen dürfen. Der Senat von Berlin hat z.B. noch 1970 ausdrücklich auf seinen Mitspracherechten bei der Besetzung kirchlicher Ämter bestanden.

Diese Art von „Personal-Übereinkünften“ ist aber nur eine Besonderheit, die das bemerkenswerte Verhältnis zwischen Kirche und Staat in der Bundesrepublik auszeichnet.

Nach dem Grundgesetz, bzw. in den übernommenen Artikeln der Weimarer Reichsverfassung, die das Verhältnis von Kirche und Staat regeln, sind Staat und Kirche zweierlei. Mehr noch: das Bundesverfassungsgericht legte in einem Urteil von 1965 dem Staat die Verpflichtung zu „weltanschaulich-religiöser Neutralität“ auf. Doch so arg religiös neutral soll es dann doch nicht sein; schon in der Präambel des Grundgesetzes beruft sich der Parlamentarische Rat auf seine „Verantwortung vor Gott“. Christliches Abendland hat eben seine Tradition.

Im Grundgesetz selbst wird dann in Artikel 7 bestimmt, daß Religionsunterricht in öffentlichen Schulen ordentliches Lehrfach ist. Ein einmaliger Vorgang: Religionsunterricht wird durch eben diese Hervorhebung zum „außerordentlichen“ Fach, denn damit garantiert der Staat, daß eine bestimmte Religion in öffentlichen Schulen gelehrt werden darf. Welche Religion dies ist, ist unschwer erkennbar.

Laut Verfassung von Bayern (Art. 131) ist die „Ehrfurcht vor Gott“ ein oberstes Bildungsziel. Ebenso nennt die Verfassung von Nordrhein-Westfalen in Art. 7 die „Ehrfurcht vor Gott . . . vornehmstes Ziel der Erziehung“. In den anderen Länderverfassungen sind ähnliche Wendungen und Formulierungen enthalten.

Die verfassungsgebende Versammlung eines demokratischen Staates leitet ihre Legitimation vom Willen des Volkes ab, das sich aus seiner Souveränität heraus



Regierungschef Johannes Rau: „Übern Tisch gezogen“

eine Verfassung gibt. Die verfassungsgebende Versammlung ist dabei dem Volke verantwortlich. Ein Staat, der ausdrücklich eine Staatskirche nicht kennt und sich als weltanschaulich-religiös neutral versteht, kann deshalb in seiner Verfassung eigentlich keinen Bezug auf religiöse Dinge nehmen.

Es erstaunt deshalb um so mehr, daß in den Bereichen der Verfassungen, die sich mit der Erziehung der Jugend und dem Schulwesen beschäftigen, auf Normen und Werte von Religionsgesellschaften Bezug genommen wird.

Doch warum soll in Schulen päpstlicher als beim Papst gehandelt werden, wenn z.B. in der Justiz und in der Politik die Eidesformel mit der Anrufung eines höheren Wesens endet (die Auslassung der Wendung „So wahr mir Gott helfe“ ist deutlich als Ausnahme gekennzeichnet!).

Ein Staat, der so eng mit Religion verknüpft ist, kommt nicht umhin, auch mit den Agenturen der Religion ein besonderes Verhältnis zu pflegen. Fast einhalb Dutzend Verträge sind seit 1945 zwischen Staat und Kirchen abgeschlossen worden. Alles wurde geregelt:

- Sicherung der Religionsfreiheit (in Wiederholung der verfassungsrechtlichen Bestimmungen), Schutz des kirchlichen Eigentums und der Selbständigkeit der kirchlichen Organisation, Recht auf freie Seelsorge;
- staatliche Gewährung gewisser Vorrechte (öffentlich-rechtlicher Körperschaftsstatus, Besteuerungsrecht), Zusage staatlichen Schutzes der Kirchen, Befreiung der Geistlichen vom Wehrdienst und vom Zeugniszwang;
- staatlicher Einfluß auf die regionale Gliederung der Kirchen und die Besetzung kirchlicher Ämter (politische Klausel), Garantie der theologischen Fakultäten;
- Staatsleistungen;
- Angelegenheiten betreffend Schule und Erziehung, Ehe- und Familienrecht, Festschreibung des Öffentlichkeitsanspruchs der Kirche (in der Praxis: Sendezeiten in Medien, Vertretung in Gremien). usw.

Einer der auffälligsten Bausteine in der Beziehung der Obrigkeiten ist die Rechtsform, die den Kirchen zugestanden wird. Religionsgesellschaften werden, wenn sie bestimmte Bedingungen erfüllen bzw. wenn sie es immer schon waren, als Körperschaften des öffentlichen Rechts anerkannt. Die Körperschaft ist laut juristischer Definition ein mitgliederschaftlich organisierter rechtsfähiger Verband öffentlichen Rechts, welcher staatliche Aufgaben mit hoheitlichen Mitteln unter staatlicher Aufsicht wahrnimmt.

Körperschaften dieser Art sind z.B. Gemeinden und Landkreise, Universitäten, Landschaftsverbände, aber auch be-

rufsständische Vereinigungen, kommunale Zweckverbände, Sparkassenverbände, Kreishandwerkerkammern usw. Die Palette dessen, was eine Körperschaft des öffentlichen Rechts sein kann, ist nahezu unüberschaubar. Dabei ist weder der öffentliche Zweck (Gewerkschaften, Parteien, Wirtschafts- und Sozialverbände erfüllen öffentliche Aufgaben, ohne diesen Rechtsstatus zu besitzen), noch die unmittelbare Einflußnahme des Staates (z.B. sind Rundfunkanstalten und Universitäten als Anstalten des öffentlichen Rechts der staatlichen Organisation ausgliedert, um ihre Aufgaben besser erfüllen zu können) zwingendes Merkmal, einen Verband dem öffentlich-rechtlichen Bereich zuzuordnen.

Den Religionsgesellschaften allerdings fehlt nun (und muß ihnen auch wegen der entsprechenden Grundgesetzbestimmungen fehlen) jedes Merkmal, welches verwaltungsrechtlich die Öffentlich-rechtlichkeit ausmacht bzw. begründet: die Religionsgesellschaften haben weder staatliche Aufgaben noch verfügen sie über hoheitliche Mittel noch stehen sie unter staatlicher Aufsicht.

Die Verfassung garantiert ihnen das Steuererhebungsrecht, obwohl das Grundgesetz die Steuerhoheit den staatlichen Gebietskörperschaften vorbehält. Neben diesem herausragenden Privileg führt der öffentlich-rechtliche Status zu weiteren Bevorzugungen wie zu Steuer- und Gebührenbefreiungen, zu staatlichen Rechtshilfepflichten usw., ohne allerdings staatliche Aufsichts-, Einspruchs- und Mitwirkungsrechte zu begründen.

Die Diskussion um die Legitimation des Status der Kirchen als Körperschaften des öffentlichen Rechts wird auch innerkirchlich geführt. So wird schon einmal die Meinung vertreten, der öffentlich-rechtliche Status sei „nur als eine summarische Bezeichnung der Vorrechte und Begünstigungen“ (Mikat) zu verstehen, oder sogar, daß „sich der Meinungsstreit gar nicht mehr auf Sachfragen eines rechtlichen Status bezieht, sondern auf ein Statussymbol“ und weiter, daß „in allem letzten Endes doch nur pecunia als nervus rerum zum Vorschein kommt und die Korporationsqualität zu einem geldwerten Anspruchstitel denaturiert wird“ (Hollerbach).

Pecunia als nervus rerum. In der Tat, wo anders träfe diese Einschätzung, daß das Geld der Kern der Dinge sei, mehr zu als auf die Praxis, die Beiträge der Kirchenmitgliedschaft als Steuer zu erheben und mit Hilfe staatlicher Behörden einzutreiben. Eine ganze Maschinerie staatlicher Verwaltungsapparate wird dazu in Gang gesetzt. Das Einwohnermeldeamt fragt nach der Religion, um die Lohnsteuerkarte ausfüllen zu können, der Arbeitgeber muß die Kirchensteuer mit eintreiben, die Finanzämter verteilen sie dann

an die bezugsberechtigten Kirchen. Diese wiederum zeigen sich nicht zimperlich, wenn es ans Kassieren geht: Wer seine Kirchensteuerpflicht beenden möchte und deshalb aus der steuerberechtigten Körperschaft austritt, verliert gleichzeitig seine Zugehörigkeit zur Glaubensgemeinschaft. „Der Kirchenaustritt ist nicht auf den staatlichen Bereich und die bürgerlichen Rechtswirkungen beschränkt, sondern zeitigt auch innerkirchliche Wirkungen.“ Der Kirchenaustritt bedeutet „eine schwere Verfehlung gegenüber der kirchlichen Gemeinschaft. Ein Katholik kann daher am sakramentalen Leben erst wieder teilnehmen, wenn er bereit ist, seine Austrittserklärung rückgängig zu machen und seinen Pflichten auch im Bezug auf die Kirchensteuer wieder nachzukommen.“ So ein katholischer Religionsgelehrter.

Im anderen Falle aber, wenn also der Gläubige sich in den Augen seiner Oberhirten unbotmäßig verhalten hat und aus der Gemeinschaft der Gläubigen ausgeschlossen worden ist, erlischt für den dieserart Exkommunizierten (zumindest, was katholische Praxis ist) mitnichten die Steuerpflicht. Dazu muß sich der von den Sakramenten Verstoßene selbst ins Amtsgericht bemühen und dort seine Kirchenmitgliedschaft — vor einer staatlichen Behörde — beenden.

Über das „Kirchengeld“ kann auch derjenige zur Kirchenfinanzierung herangezogen werden, der keiner Kirche angehört, wohl aber sein — nicht verdienender — Ehepartner. Und die Blüte aller Beispiele ist der nicht-kirchegebundene Bürger, der eine türkische — mithin zu meist mohammedanische — Putzfrau beschäftigt und dieser geringen Lohn zahlt. Denn bis zu einer bestimmten Einkommenshöhe wird die Lohnsteuer pauschaliert vom Arbeitgeber bezahlt, und davon wiederum pauschaliert Kirchensteuer an die — christlichen — Kirchen abgeführt. Auch dann, wenn weder der Arbeitgeber noch der Arbeitnehmer einer steuerberechtigten Religionsgesellschaft angehören.

Anders als mit der Begründung der Zusammenarbeit in Sachen Finanzen ist auch das enge Zusammenwirken von Staat und Kirche in Fragen der Mitgliedschaft nicht zu verstehen: der Staat erkennt eine innerkirchliche Handlung, die Taufe, als Begründung für diverse rechtliche Pflichten, auch staatlichen Stellen gegenüber, an — siehe Kirchensteuer. Als Ausgleich sozusagen ist der Austritt aus einer Kirche dem Staat gegenüber zu erklären. Geteilte Verantwortlichkeit?

Der Staat, der sich laut Verfassungsurteil weltanschaulich-religiös neutral zu verhalten hat, greift aber auch sonst der Kirche gern unter die Arme, damit diese „ihre“ Aufgaben erfüllen können: Kindergärten und Krankenhäuser in kirchlicher



Kardinal Volk, Ministerpräsidenten Vogel und Börner: „Besonderes Verhältnis zu den Agenturen der Religion“

Trägerschaft, Schulen und Religionsunterricht, weitere Tätigkeiten im sozialen Bereich. Kirchen haben gerade hier einen guten Ruf, wo es um die Sorge für den Mitmenschen geht. Das Kapitel Finanzierung dieser Tätigkeiten wird dagegen nicht gerne öffentlich erörtert.

Soziale Wohltaten werden zwar im Namen der Kirchen vollbracht, vom Staat jedoch aus allgemeinen Haushaltsmitteln subventioniert. Diese „Verzahnung“ kann zu erheblichen Problemen für diejenigen führen, die solche Einrichtungen in Anspruch nehmen wollen oder müssen. Die Nutzung nämlich (von dem Problem der Beschäftigung in solchen Einrichtungen sind Problemfälle hinlänglich bekannt) kann vom individuellen religiösen Bekenntnis des einzelnen oder von religiös motivierten sittlichen Normen abhängig gemacht werden. Daß es hier nicht lediglich um theoretische Fragen geht, sondern daß andere, handfeste Probleme auftreten können, zeigte sich nach der Reform des § 218: bestimmte, konfessionell getragene Krankenhäuser weigerten sich, legale Schwangerschaftsunterbrechungen vornehmen zu lassen.

Aber auch dort, wo es weniger um soziales Engagement geht, zeigt sich der Staat gerne bereit, kirchliches Tun mit Steuergeldern zu finanzieren. In der Bundesrepublik ist Seelsorge beim Militär, bei der Polizei und beim Bundesgrenzschutz und auch in den Haftanstalten aufs zufriedenstellendste für die Kirchen geregelt: es kostet sie nämlich nichts. Der Staat finanziert. Er macht damit durch die Einrichtung und Finanzierung der seelsorgerischen Betreuung eine innerkirchliche Aufgabe zu seiner eigenen.

Der staatliche Einfluß auf die Organisation der seelsorgerischen Betreuung der Soldaten ist vielfältig. Neben der Fi-

nanzierung (bis ins Detail: der Staat finanziert auch Abendmahl- und Meßweine, Kerzen usw.) beeinflusst der Staat wesentlich auch die Ämterbesetzung: der Militärbischof wird z.B. auf evangelischer Seite vom Rat der EKD in Verbindung mit der Regierung ernannt, Militärgeistliche sind Beamte, die Dienstaufsicht teilen sich das Bundesverteidigungsministerium und der Militärbischof. Neben der organisatorischen und administrativen Verknüpfung von kirchlichem Engagement und staatlicher Unterstützung und Beteiligung ist besonders kritikwürdig, daß die Militärgeistlichkeit für Zwecke des Staates eingesetzt werden, und zwar durch die Abhaltung des lebenskundlichen Unterrichts. In diesem Unterricht werden sittliche Fragen behandelt, die „für die Lebensführung des Menschen wesentlich sind“. Er wird „auf der Grundlage christlichen Glaubens“ von Militärgeistlichen erteilt und in der zentralen Dienstvorschrift 66/2 geregelt. Der lebenskundliche Unterricht ist Bestandteil der Ausbildung und steht auf dem Dienstplan. Die Beteiligung ist zwar freiwillig, doch muß die Abmeldung beim Vorgesetzten erfolgen, wenn ein Soldat diesem Unterricht nicht folgen will.

Lebenskundlicher Unterricht hat mit Militärseelsorge im eigentlichen Sinne nichts zu tun, er ist allgemeiner Dienst. Damit sind Militärgeistliche über ihre seelsorgerischen Aktivitäten hinaus in die Bundeswehr integriert.

Als Militärgeistliche – nicht als Rekruten, denn der Dienst des gemeinen Mannes bleibt denen erspart, die „ordinierte Geistliche evangelischen Bekenntnisses, Geistliche römisch-katholischen Bekenntnisses, die die Subdiakonatsweihe empfangen haben, hauptamtlich tätige Geistliche anderer Bekenntnisse (deren

Amt dem der o.a. Geistlichen entspricht)“ sind; sie sind vom Wehrdienst befreit. Ebenso werden Wehrpflichtige, die sich „auf das geistliche Amt vorbereiten, auf Antrag zurückgestellt“.

Bei den zahlreichen Vorschriften, die das Strafgesetzbuch für religiöse Belange enthält, ist auch bestimmt, daß derjenige bestraft werden kann, der unbefugt Amtskleidung und Amtsabzeichen der Kirchen und anderer Religionsgesellschaften des öffentlichen Rechts benutzt; hier wird strafrechtlich die klerikale Amtstracht den Uniformen der Soldaten gleichgestellt.

Als weiteres Beispiel, wie der Staat religiöse Belange zu seinen eigenen macht, wo es um Schuld und Sühne geht, sei Bayern genannt: Im bayerischen Konkordat ist bestimmt, daß „der bayerische Staat in seinen Straf-, Pflege-, Erziehungs- und Krankenanstalten, sei es durch Anstellung eigener Geistlicher oder auf andere zweckmäßige Weise, auf seine Kosten eine entsprechende Seelsorge einrichtet“.

Es ist schon ein christliches Land – diese Bundesrepublik Deutschland. Wer den rechten Glauben hat, hat es im täglichen Leben schon einfacher. Die türkischen Gastarbeiter könnten vieles darüber berichten.

Und der nordrhein-westfälische Landtagsabgeordnete Dietmar Katzy ist sich großen Beifalls sicher, wenn er in einer Kleinen Anfrage an die Landesregierung in Düsseldorf bitterlich beklagt, daß an berufsbildenden Schulen in NRW mehr als die Hälfte der Unterrichtsstunden ausfallen und fragt, wie die Landesregierung diesen Mangel zu beheben denkt. Es handelt sich um das Fach „katholische Religion“.

Dieter Noth

Kündigung auf kirchlich

Seit Mai vergangenen Jahres ist die Krefelder Kindergärtnerin Ursula Wefers arbeitslos. Im katholischen Kindergarten von St. Margareta war sie allseits beliebt – doch auf Betreiben des Pfarrers schickte ihr der Kirchenvorstand die Kündigung. Der Grund: Ursula Wefers wollte ein eheliches Kind von einem geschiedenen Mann. Sie wollte ihren ebenfalls katholischen Freund heiraten, der sich allerdings schon einmal vor zwölf Jahren nach einer ersten Ehe hatte scheiden lassen. Eine Trennung, die die katholische Lehre nicht anerkennt. Eine neue Ehe dieses Mannes ist für die Amtskirche schlicht Bigamie.

Als Ursula Wefers den verantwortlichen Pfarrer für ihren Kindergarten, Pastor Loyer, aufsuchte, um ihm ihren Entschluß mitzuteilen, erbat der sich zunächst zwei Tage Bedenkzeit. Danach gab er ihr den priesterlichen Rat, das Kind doch lieber unehelich zur Welt zu bringen: „Eine solche Sünde kann vergeben werden, die Ehe mit einem geschiedenen Mann aber, die ist eine Todsünde“. So erhielt sie die Kündigung, als sie bei ihrer Eheabsicht blieb. Das 66 von 71 Eltern, die ihre Kinder in den Kindergarten von St. Margareta bringen, energisch in aller Öffentlichkeit protestierten, half ihr nichts.

Das örtliche Arbeitsgericht noch war zwar auf ihrer Seite, doch in zweiter Instanz schon vor dem Düsseldorfer Landesarbeitsgericht blieb im vergangenen November nur noch die Zustimmung zu einem Vergleich, der noch eine karge Lohnnachzahlung einbrachte. Die Landesarbeitsrichter verwiesen auf die eindeutige und festgelegte Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichtes, aus dessen Richtersprüchen der Mannheimer Anwalt Stephan Baier schlicht „das Rascheln der Soutanen“ hört.

Doch die Kirchen haben vor allem die „Väter des Grundgesetzes“ hinter sich. Die übernahmen eben jenen Artikel 137 der Weimarer Reichsverfassung in das Grundgesetz, der den Kirchen die Regelung ihrer Angelegenheiten selbständig und in eigener Verantwortung ermöglicht.

Und da der Staat viele Sozialbereiche fast völlig kirchlichen Trägern überlassen hat, beschäftigen die Kirchen als zweitgrößter Arbeitgeber in der Bundesrepublik nach Bund, Ländern und Gemeinden fast 600.000 Arbeitnehmer. Die meisten davon durchaus zur Erfüllung äußerst

irdischer Tätigkeiten. Doch die Grundlagen ihrer Arbeitsbedingungen ergeben sich weder aus dem Betriebsverfassungsgesetz noch aus dem Personalvertretungsgesetz oder gar aus tarifvertraglichen Vereinbarungen mit gleichberechtigten Gewerkschaften als Partnern. Die Rechte der Beschäftigten in katholischen Krankenhäusern oder evangelischen Kindergärten, in kirchlichen Jugend- oder Alteinrichtungen regeln sich vielmehr unmittelbar aus dem jeweiligen Kirchenrecht, verkündet von katholischen Bischöfen oder evangelischen Synoden. Während sich in



Krankenschwester: Die Kirchen beschäftigen fast 600.000 Arbeitnehmer

der evangelischen Kirche allerdings langsam etwas bewegt in Richtung auf tarifvertragliche Vereinbarungen, beharrt die katholische Kirche weiter auf ihrem Verständnis einer „Dienstgemeinschaft“: die Arbeitnehmer werden da gehalten wie „Dienstboten mit Jenseitsdressur“ (Rechtsanwalt Baier). Seitdem das Bundesarbeitsgericht 1956 der katholischen Amtskirche „Recht“ gab, die einem Anstreicher nach 20 Beschäftigungsjahren an einem katholischen Krankenhaus kündigte, weil der, geschieden – was das Krankenhaus großzügig noch verzieh –, dann doch erneut eine Frau, evangelisch dazu, zu heiraten wagte, seitdem besteht höchstrichterliche Rückendeckung: Die Kirche verlangt von allen Mitarbeitern volle Loyalität zum amtlichen Sittenkodex.

So ist auch der Fall „Ursula Wefers“ keineswegs ein Einzelfall. Allein in Nordrhein-Westfalen wurden in den letzten Jahren folgende anderen Kündigungen bekannt:

- für eine Kindergärtnerin in Leverkusen, als sich herausstellte, daß sie evangelisch war;
- in Essen für die Leiterin eines Kindergartens, weil sie als Geschiedene erneut eine Ehe schloß;
- im rheinischen Brühl flog ein Physiotherapeut aus dem katholischen Krankenhaus, als ein Pater erfuhr, daß der verheiratete Mann noch eine Freundin hatte;
- am gleichen Krankenhaus erwischte es außerdem plötzlich eine Ärztin: sie war zwei Jahre zuvor aus der Kirche ausgetreten;
- im Ruhrgebietsort Herne feuerte die Kirche eine Kindergartenleiterin, die ein Kind von einem ehemaligen Kapuzinermonch erwartete: unehelich, weil die Amtskirche die beiden nicht trauen wollte. Der Grund: Über einen in Rom liegenden Laiisierungsantrag war noch nicht entschieden worden;
- in Köln kündigte man der Mitarbeiterin einer katholischen Familienbildungsstätte; sie hatte einen geschiedenen Mann geheiratet.

Derartige Fälle lassen sich fortsetzen.

Dabei arbeiteten diese Beschäftigten zu meist in kirchlichen Einrichtungen, deren Personal- und Unterhaltungskosten ganz überwiegend aus öffentlichen Steuergeldern getragen werden. Denn, egal ob die katholische Kirche einen Kindergarten, ein Jugendheim, ein Krankenhaus oder gar eine eigene Schule unterhält: Nie muß sie dafür aus ihrem – mit staatlicher Einzugsbeihilfe zumal prall gefüllten – Kirchensteuersäckel mehr als rund 40 % der anfallenden Kosten tragen, oft liegen die Eigenanteile noch erheblich niedriger. Der Staat zahlt – doch er besitzt nicht die geringsten Einwirkungsrechte auf die arbeitsrechtlichen Bestimmungen in diesen Einrichtungen. Seit Jahren schon verlangt die ÖTV hier Veränderungen, doch konkrete Hoffnungen macht man sich keineswegs.

1976 einmal, mitten im Wahlkampf, da war das Thema dem sozialdemokratischen NRW-Gesundheits- und Sozialminister Friedhelm Farthmann, dessen Etat sehr viele dieser Einrichtungen subventioniert, sogar ein paar kämpferische Worte wert. Damals überlegte er laut, ob nicht bei „solch mittelalterlichen Zuständen“ die Vergabe von öffentlichen Mitteln „mit bestimmten Bedingungen“ verknüpft werden könnte. Inzwischen jedoch äußert er sich schon lange nicht mehr öffentlich zu diesem Thema. Lapidare Feststellung: man könne da „ja doch nichts machen“.

Richard Finger

Die Durchsetzung von mehr Freiheitsrechten steht in der Bundesrepublik 1984 nicht auf der Tagesordnung. Die konservativ-reaktionären Kräfte befinden sich in der Offensive. Die erhebliche Umverteilung von unten nach oben und die Einschränkung von Freiheitsrechten sind Ausdruck der gesellschaftlichen Restauration. Die Konservativen schaffen es dabei erfolgreich, das offenkundige Versagen der herrschenden Ökonomie einer öffentlichen Diskussion zu entziehen. Die perfekte Tabuisierung der eigentlichen Verfügungsgewalt über Produktionsmittel und das gleichzeitige Thematisieren des gesellschaftlichen und staatlichen Einflusses von ökonomischen Rahmenbedingungen auf wirtschaftliche Prozesse erklärt den Erfolg dieser Offensive.

Zur Erinnerung: Die Konservativen hatten in der Bundesrepublik ihren schwersten Stand und die Reformkräfte in der sozialliberalen Koalition waren am deutlichsten in der Offensive, als Fragen der Verteilung von und die Verfügungsgewalt über Produktionsmittel offen diskutiert wurden. Die Freiburger Thesen der Liberalen waren sichtbarer Ausdruck dieser offenen Diskussion. Die Stichworte lauteten damals Vermögensumverteilung, Mitbestimmung, Erbschaftssteuer und Umweltschutz.

Die Ungerechtigkeit und die undemokratische Struktur wirtschaftlicher Prozesse zu thematisieren, heißt, sich des entscheidenden Hebels zu bedienen, um die Konservativen in die Defensive zu drängen. Die gesellschaftliche Entwicklung der nächsten Jahre entscheidet sich daran, inwieweit es den Konservativen weiterhin gelingt, für die nicht zu rechtfertigenden ökonomischen Tatsachen (Umweltvernichtung, Arbeits- und Stellenlosigkeit) Rahmenbedingungen verantwortlich zu machen. Die gesellschaftliche Diskussion wird damit so gesteuert, daß die Rahmenbedingungen (z.B. Bildungs-, Familien- oder Medienpolitik) „den Anforderungen der Wirtschaft“ genügen müssen.

Aufgabe der Liberalen muß es sein, diese Fragestellung in der öffentlichen Diskussion umzukehren, die „Rahmen“-Diskussion zu sprengen. Die herrschenden Wirtschaftsideologen müssen mit der Frage bedrängt werden, wie die Wirtschaft mit ihrer unsozialen und undemokratischen Struktur in der Lage ist, den Bedürfnissen der Menschen etwa nach sozialer Gerechtigkeit, Bildung als Selbstverwirklichung oder nach intakter Umwelt zu dienen.

Die zentrale aktuelle Auseinandersetzung unserer Gesellschaft (Restauration oder Reform) ist demnach die klassische Auseinandersetzung zwischen Wirtschaftsliberalismus und Sozialliberalen. Auf eine Formel gebracht: Muß der Mensch der Wirtschaft dienen, oder hat die Wirtschaft

Meine Meinung

dem Menschen zu dienen? Diese Auseinandersetzung wird nicht in Wahlkämpfen ausgetragen. Wenn die Liberalen hier ihrer, aus ihrer Tradition abzuleitenden Funktion gerecht werden wollen, müssen sie auf diesem Gebiet ihre Position definieren. Keine andere politische Strömung kann überzeugender die herrschende Wirtschafts-ideologie in Frage stellen.

Eine andere sehr anspruchsvolle und grundsätzliche Aufgabe der Liberalen ist es, die herrschenden Politik-Konzeptionen in Frage zu stellen. Die etablierten Politikstrategen und die gängigen Gegenstrategen umgeben sich mit einem Mythos der Rationalität und Zwangsläufigkeit, der verdeckt (oder uns auch nur beruhigend ablenkt), wie wenig politische Entscheidungen als von Vernunft geleitet



Martin Budich

begründbar sind.

Der Begriff Wahnsinn ist bisher nur im Bereich der Rüstung als treffende Charakterisierung eingeführt. Hier dient er allerdings auch nur dazu, die politischen Entscheidungen als nicht beeinflussbare (eben wahnsinnige) Gesetzmäßigkeit zu vermitteln.

Wie wenig vernunftgeleitet die meisten anderen gesellschaftlichen und politischen Entscheidungen ablaufen, wird dagegen erst gar nicht thematisiert.

Auch die Liberalen haben bisher Politikkonzepte entworfen, die z.B. die Prognosen der Studie „Global 2000“ einfach nicht zur Kenntnis nehmen und so tun, als könnten in aller Ruhe Reformen für das Jahr 2000 entwickelt werden. Die Historiker in einigen Jahrzehnten werden nur mit Begriffen der Psychopathologie erklären können, wie die Verantwortlichen heute darüber entscheiden, wichtige Lebensgrundlagen der Menschheit (Luft,

Wasser, Wälder, Energieträger) zu vernichten. Oder: Wie seelenruhig zugesehen wird, wie Jahr für Jahr Millionen von Menschen verhungern, während viele Europäer gleichzeitig ihr Herz für Haustiere oder gequälte Versuchstiere entdecken.

Neben solchen globalen, jeder Rationalität widersprechenden Entwicklungen läßt sich auch in fast jedem innergesellschaftlichen Bereich nachweisen, wie sehr der Wahnsinn Methode hat:

Vor den Antworten müssen die Fragen gesucht werden

— Zehn Milliarden DM werden für Kalmar und Schmehausen ausgegeben, aber unsere Gesellschaft kann nicht einmal jedem Lehrstellensuchenden einen Ausbildungsplatz garantieren.

— Milliarden werden für Polizei und Strafvollzug eingesetzt, aber Lehrer, Sozialarbeiter und Psychologen, dringend benötigt, werden nicht eingestellt.

Neben dem Infragestellen tradierter Strukturen und Prozesse haben die Liberalen die Aufgabe, konkrete Alternativen zu entwickeln. Ein Beispiel könnte ein Konzept für eine Dezentralisierung von gesellschaftlichen Bereichen sein, bzw. wo dies nicht sinnvoll erscheint, Modelle zu entwickeln, wie zentrale Entscheidungen demokratisiert werden können.

Ein anderes Beispiel stellt die Entwicklung neuer Technologien dar. Aufgabe der Liberalen wäre es, Konzepte zu entwickeln, wie diese technischen Möglichkeiten so gesteuert werden, daß sie dem Menschen dienen, statt ihn zu kontrollieren. Auch dies ist ein Beispiel, an dem Konservative kein Interesse haben, und das Sozialdemokraten und Grüne überfordert.

Der Liberalismus in der Bundesrepublik hat noch eine Chance. Und zwar dann, wenn die Liberalen insgesamt deutlich machen, daß sie sich nicht damit begnügen, Antworten auf die gängigen gesellschaftlichen Fragen zu formulieren, sondern darüber hinaus auch noch in der Lage sind, die Fragen zu erkennen, von deren Beantwortung die Bewältigung der Zukunft abhängt. Dann strahlt die liberale Idee auch nach außen die Faszination aus, die sie bisher nur für „Insider“ des Liberalismus hat.

„Überflüssig sind die Liberalen nicht“

Bericht vom a. o. Bundesparteitag 19/20. 5. 1984 in Kassel

Die Liberalen Demokraten haben auf ihrem Bundesparteitag in Kassel beschlossen, sich auf liberale Kleinarbeit im vorparlamentarischen Raum zu konzentrieren. Für den zurückgetretenen Bundesvorsitzenden Ulrich Krüger wurde Ralf Bartz zum neuen Vorsitzenden der Partei gewählt.

Theo Schiller war die bestimmende Gestalt des Parteitages. Der liberale Vordenker war nach der Wahlniederlage in Bayern und dem heftigen Streit um die Europawahlteilnahme vom LD-Bundesvorstand gebeten worden, über die Perspektiven der Partei zu referieren. Seine Grundsatzrede, von der man sich neue Orientierung und Hoffnung erwartete, stand im Mittelpunkt des ersten Tages des Parteikongresses.

In „10 Punkten zur Arbeit der Liberalen Demokraten“ versuchte Schiller, eine gemeinsame praktikable Motivationsbasis für die weitere Arbeit der LD-Mitglieder aufzuzeigen (siehe auch nachdrucksachen). Ausgangspunkt seiner Überlegungen war das Eingeständnis, daß die LD seit ihrer Gründung gleich mehrere Ziele — gute Wahlergebnisse, überregionale Presseresonanz, Mitgliederzuwachs, kontinuierliche Parteiarbeit — verfehlt habe und es „ernsthafte Aussichten auf überregionale Wahlerfolge“ in überschaubarer Zeit nicht gebe.

Eine weitere Orientierung an Wahlerfolgen, selbst wenn man diese erst in sechs bis acht Jahren erwarte, werde die Partei zerreißen und davon abhalten, die politische Arbeit zu leisten, die jetzt getan werden könne. Als neue realistische Meßlatte für den Erfolg und die Existenzberechtigung der Liberalen Demokraten schlug Schiller den Versuch vor, einen „Beitrag zur liberalen Meinungsbildung in der Öffentlichkeit“ zu leisten.

Der Liberalismus sei trotz seiner Korruption durch führende FDP-Präsidenten immer noch ein Pfund, mit dem man wuchern könne. Volkszählung und Parteispenden-Amnestie hätten gezeigt, daß „Liberalität latent vorhanden“ sei und aktiviert werden könne. Warum sollten den Liberalen Demokraten bei konkreten Einzelthemen nicht gleiche Erfolge wie einer Bürgerinitiative möglich sein, fragte Theo Schiller, wenn die Partei es schaffe, eine „kontinuierliche, motivierende, realistische, auch nach außen attraktive politische Arbeitsweise“ zu entwickeln, die auch Nicht-Parteimitglieder miteinbeziehe und diese zu eigener poli-

tischer Aktivität veranlasse. Wesentlich für die neue Arbeitsweise müsse sein, daß die liberalen Lösungsvorschläge „lebensnah ausgestaltet“ und den betroffenen Bürgern vermittelbar seien. Schiller wörtlich: „Was im Bürgergespräch nicht umgesetzt werden kann, ist wahrscheinlich nicht relevant genug oder nicht gut genug“.

Dabei werde die Partei sich auf exemplarische, aus allen wesentlichen Politikbereichen stammende Themen beschränken müssen. „Breitwandparteiprogramme“ seien weder möglich noch sinnvoll und würden von den liberalen Sympathisanten auch gar nicht erwartet. Viel wichtiger sei, daß die Lösungsvorschläge von ihrer Qualität her überzeugten.

Schiller nannte eine Reihe von Kriterien, die die auszuwählenden Themen erfüllen und mehrere Problemfelder, der sich die Liberalen Demokraten besonders annehmen sollten (siehe nachdrucksachen). Die Umsetzung dieses Konzeptes müsse auf Orts- und Landesebene erfolgen, der Bundesvorstand habe die Aufgabe, zu koordinieren und überregionale Unterstützung zu geben.

Schiller bekannte, daß er sehr mit sich gerungen habe, ob die Arbeit in und bei den Liberalen Demokraten noch sinnvoll sei. Nun habe er dieses Konzept vorgelegt und werde auch einen persönlichen Arbeitsbeitrag dazu leisten. Er könne sich die Mitarbeit in einer anderen Partei nicht vorstellen, er wolle in einer liberalen Partei arbeiten. Es bleibe die Aufgabe, die historische Kontinuität des linken Liberalismus weiterzuführen.

Zu Beginn des Parteitages hatte der zurückgetretene Bundesvorsitzende Ulrich Krüger Rechenschaft über die dreimonatige Amtszeit des in Augsburg neugewählten LD-Bundesvorstandes abgegeben. Im Mittelpunkt stand dabei die Ausführung des Augsburger Beschlusses, an der Europawahl teilzunehmen, sofern die inhaltlichen, organisatorischen und finanziellen Voraussetzungen vorhanden seien. Krüger legte dar, daß es nach dem schlechten Abschneiden bei den bayerischen Kommunalwahlen keine Chance mehr gegeben habe, die finanzielle Mindestausstattung (270.000 DM Krüger-Konzept, 200.000 DM Bundesvorstandsvorgabe) für den beschlossenen, zumindest ansatzweise flächendeckenden Wahlkampf zusammenzubekommen.

In dieser Situation sei der Ausstieg aus der Europawahl zwingend notwendig gewesen. Da ein erneuter Parteitag aus

Termingründen nicht möglich gewesen sei, habe sich die Bundesgeschäftsstellenkommission, vom Bundesvorstand durch telefonischen Rundruf bestätigt, für eine Urabstimmung entschieden, um der Partei „die Chance zu erhalten, unter den veränderten Prämissen noch einmal zu entscheiden“.

Krüger zeigte sich tief enttäuscht und verbittert über Art und Stil der hierauf folgenden wochenlangen Auseinandersetzungen in der Partei. Schmähbriefe, haltlose Unterstellungen, die Einberufung einer Bundesvorstandssitzung unter Umgehung des Bundesvorsitzenden und des Geschäftsführers, schließlich die Anrufung des Schiedsgerichts, um das Ergebnis der Urabstimmung (knappe Mehrheit für Teilnahmeverzicht) auf juristischem Wege aufzuheben, das alles seien schlimme Sachen gewesen. Der Schaden, der dadurch eingetreten sei, sei womöglich größer, als es die sichere Niederlage am 17. Juni gewesen wäre.

Krüger machte deutlich, daß man auf diesem Parteitag den größtmöglichen Konsens miteinander finden müsse. Der Stil der Auseinandersetzung werde mitentscheidend dafür sein, „ob wir zusammen bleiben und uns eine neue Chance bauen können“.

Im programmatischen Teil seiner Rede betonte Krüger die Notwendigkeit, den Parteienstatus beizubehalten. Insbesondere sei es notwendig, die Möglichkeit von Doppelmitgliedschaften auszuschließen. Wer in eine andere Partei eintrete, gehe dem politischen Liberalismus verloren. Er gefährde damit die Option, bei einer geänderten Marktlage die Liberalen wieder zu einer parlamentarisch wirksamen Kraft zu machen. Derzeit allerdings sei es selbstmörderisch, „von Wahl zu Wahl zu taumeln“. Das Schergewicht müsse nun auf der inhaltlichen Arbeit liegen. Diese dürfe sich jedoch nicht im Formulieren intelligenter Thesen erschöpfen; entscheidend sei, daß man die gewonnenen Einsichten in Aktionen umsetze.

Auch der Ehrenvorsitzende William Borm wandte sich gegen das Unwesen von Verdächtigungen, Klatsch und Tratsch, das ihm zu Ohren gekommen sei. In einem solchen Klima könne Vertrauen nicht wachsen, und ohne Vertrauen bleibe jedes Bemühen erfolglos.

Borm warnte davor, sang- und klanglos auseinanderzulaufen. Liberale Politik sei gerade heute unverzichtbar, und es wäre verantwortungslos, nicht das letzte zu versuchen, um als glaubwürdige Interpre-

ten humaner Liberalität um Beachtung und Anerkennung zu ringen. Bei einem neuen Anlauf dürfe jedoch nicht noch einmal der zweite Schritt vor dem ersten getan werden. Es sei notwendig, sich zuvor das geistige Rüstzeug zu erarbeiten und die praktischen Ergebnisse einer umfassenden Programmarbeit den Parteifreunden in verständlicher Form zugänglich zu machen. Jedes Mitglied müsse in die Lage versetzt werden, informierter und überzeugter Multiplikator zu sein, um so für die liberale Sache werben und neue Mitstreiter finden zu können.

Im Rahmen dieser Bildungsarbeit sollten für später auch Seminare vorgesehen werden, in denen nach Bedarf Spezialkenntnisse erworben oder vertieft werden könnten. Schließlich sollten, so William Borm, die Kontakte zu den Medien ausgebaut und besser genutzt werden.

Borm äußerte Zweifel, ob es richtig war, sich von Anfang an als Partei zu konstituieren. Dem Anspruch, eine Partei zu sein, könne man noch nicht gerecht werden: „in diesen Mantel, der für uns derzeit noch viele Nummern zu groß ist“, müsse die LD durch zielstrebige Arbeit erst hineinwachsen. Vielleicht sei die Form eines „politischen Clubs“ diskutabel.

In der weitgehend sachlichen und um fairen Umgang bemühten Aussprache spielten die Auseinandersetzungen der letzten Wochen dann keine zentrale Rolle mehr. Mehrfach wurde Ulrich Krüger ausdrücklich für seine geleistete Arbeit gedankt. Die Kritiker des Ausstiegs legten nochmals dar, daß der Wahlkampf auch mit geringeren finanziellen Mitteln hätte geführt werden können. Zustandekommen und Durchführung der Urabstimmung hätten eine Chancengleichheit zwischen Teilnahmebefürwortern und -gegnern verhindert. Heiner Jüttner (Aachen) beklagte, daß die Kleinmütigen die Tatkräftigen am Erfolg gehindert hätten. Ulrich Krüger bat er, mehr Verständnis für seine Kritiker zu zeigen.

Der Vorsitzende des Bundesschiedsgerichts, Wolfgang Klette, fand es ärgerlich, daß eine hochpolitische Frage auf dem Rechtsweg hätte entschieden werden sollen. Das Urteil habe deshalb auch die Verantwortlichkeit der politischen Instanz deutlich gemacht. Dem Bundesvorstand war auferlegt worden, über die Europawahlteilnahme nochmals unter Außerachtlassung des Ergebnisses der Urabstimmung zu entscheiden.

Eine breite Mehrheit plädierte in der Aussprache für die Beibehaltung des Parteienstatus, nur wenige allerdings mit der Begründung, daß die LD regelmäßig an Wahlen teilnehmen sollten. Zumeist wurden praktische Gründe angeführt, etwa die verbindlichere Form der Mitgliedschaft oder die größere Beachtung, die

eine Partei gegenüber einem Club fände. Weit verbreitet war die Auffassung, daß die LD „eine Partei in Gründung“ (Ralf Bartz) seien bzw. die Option hätten, „eine Partei zu werden“ (Hanno Jochimsen). Einig war man sich darin, sich verstärkt auf die inhaltliche Arbeit zu konzentrieren.

Wenige hielten das Parteiexperiment LD für endgültig gescheitert. Bernd Schriewer (Düsseldorf) warf ein, daß mancher vor dem Mikrofon sich wesentlich optimistischer als hinter vorgehaltener Hand äußere. Für ihn und Heinz Löffler hat die Ökologiebewegung inzwischen die Rolle des Liberalismus eingenommen.

Werner Lutz wünschte sich, daß eine Organisationsform geschaffen werde, die Kontakte zwischen den Liberalen sicherstelle, aber von der Lebenslüge Abstand nehme, in absehbarer Zeit als Partei wirken zu können.

Als erster Redner nach dem Referat Theo Schillers sprach Martin Budich, Bundesvorsitzender der Jungdemokraten. Er sicherte den Liberalen Demokraten eine fruchtbare Zusammenarbeit mit dem Jugendverband zu, wenn die Partei den Vorstellungen Theo Schillers folge. Budich erinnerte daran, daß das sozialliberale Politikkonzept schon vor der Wende gescheitert sei. Der Stellenwert, den die parlamentarische Arbeit in den bisherigen Politikkonzepten eingenommen habe, müsse neu überdacht werden. Schließlich seien liberale Errungenschaften wie die Pressefreiheit z.B. immer außerhalb der Parlamente erkämpft und von diesen nur noch abgesegnet worden. Dies gelte auch heute noch. Die Verhinderung der Volkszählung und der Parteispendenamnestie seien klassische Beispiele dafür. Als Tabuknacker und Vordenker, die die wichtigen neuen Fragen fänden, würden Liberale dringend benötigt. Auf diese Aufgabe sollten sich die Liberalen Demokraten konzentrieren.

Ralf Bartz, Rektor der Fernuniversität Hagen und designierter neuer Vorsitzender der Partei, versuchte den Delegierten Mut für die weitere Arbeit zu machen. Vor vierzig Jahren seien Liberale für ihre Überzeugung noch ins KZ gegangen. Heute sei nur Zuversicht verlangt. Bartz warb dafür, die Chance des Schiller-Konzeptes wahrzunehmen, schon während des Aufbaus der Partei politischen Einfluß auszuüben. Das Schillersche Konzept sei anstrengend, aber es sei „immer anstrengend, gut zu sein“.

Auch Werner Lutz hob in seinem zweiten Redebeitrag den hohen Anspruch hervor, der dieses Konzept auszeichne. Eine aktionsorientierte Programmarbeit, die an Konflikten vor Ort anknüpfe und Raum gebe für die Mitarbeit von Nicht-Mitgliedern, sei allerdings in Ansätzen schon im Arbeitsprogramm des Düsseldorfer Parteitages enthalten gewesen. Nur

sei es eben fast nirgends umgesetzt worden. Um sich selbst nicht zu belügen, solle dem Konzept daher nur der zustimmen, der auch bereit sei, sich an der Umsetzung aktiv zu beteiligen.

Theo Schiller ergriff zum Abschluß der Aussprache noch einmal das Wort. In Anlehnung an Bartz definierte er die LD als „Partei im Gründungsprozeß“. Die Liberalen Demokraten seien eine Partei, arbeiteten als Partei und bauten eine Partei auf. Auch er lehnte die Möglichkeit einer Doppelmitgliedschaft ab, da sie eine Zerreißprobe bewirke, der die LD nicht standhalten könnten.

Ein vom Kreisverband Mainz-Wiesbaden eingebrachter Antrag, die LD aufzulösen, wurde am Sonntagmorgen zurückgezogen. Zwar sei man weiter skeptisch, was die Zukunft der LD angehe, doch wolle man dem Schiller-Konzept eine Chance geben.

Mit überwältigender Mehrheit beschloß der Parteitag am Ende einen Antrag von Ulrich Krüger, Ralf Bartz und Hanno Jochimsen, daß Bundesvorstand, Landesverbände und örtliche Gliederungen ihre weitere Arbeit am 10-Punkte-Katalog von Schiller orientieren werden. Auf Antrag des Landesverbandes Baden-Württemberg wurde der Satz hinzugefügt, daß die LD als Partei mit dem langfristigen Ziel weitergeführt werden, eine parlamentarische Vertretung zu erreichen.

Die Größe des Bundesvorstandes wurde auf sieben Mitglieder reduziert. Zum neuen Bundesvorsitzenden wurde Ralf Bartz mit 133 Ja-Stimmen bei 5 Enthaltungen gewählt. Wiedergewählt als Schatzmeister wurde Dieter Walter mit 135 Ja-Stimmen und 4 Enthaltungen. Stellvertretende Bundesvorsitzende wurden (in der Reihenfolge der Stimmenzahl): Theo Schiller, Almuth Fischer, Hanno Jochimsen, Hanspeter Knirsch, Hans Wilhelmi.

Ein Antrag, zur Wahl der Friedensliste aufzurufen, wurde nach einer emotionalen Debatte mit überwältigender Mehrheit abgelehnt. Stattdessen nahm der Parteitag einen Gegenantrag an, in dem alle Mitglieder der LD aufgefordert werden, zur Wahl der Friedensliste nicht aufzurufen. Theo Schiller hatte diesen Antrag mit „sehr betrüblichen Erfahrungen“ mit der manipulativen Handhabung von Namensetiketten durch die Friedensliste begründet.

Eine Solidaritätserklärung mit den Streikenden von IG Metall und IG Druck, die u.a. von der Bundesvereinigung Liberaler Arbeitnehmer vorgelegt worden war, war der Mehrheit des Parteitages „zu undifferenziert“. Um der Peinlichkeit einer Ablehnung zu entgehen, plädierte die Versammlung auf Nichtbefassung.

Wolfgang Froese

Im Gespräch

Jean Jülich von den Edelweißpiraten:

Jugendwiderstand im 3. Reich

In der Jerusalemer Gedenkstätte Yad Vashem wurden Anfang März die Kölner „Edelweißpiraten“ mit der Verleihung der „Medaille der Gerechten“, einer der höchsten israelischen Auszeichnungen, geehrt. „Für ihre Menschlichkeit und ihren Mut, Juden vor dem Holocaust zu retten“, sagte Moshe Bejski, Direktor der „Kommission zur Ehrung der Gerechten“ beim Yad Vashem, dem israelischen Institut zur Erforschung des Holocaust. Zwei ehemalige Mitglieder der Edelweißpiraten waren nach Israel geflogen, um die Medaille entgegenzunehmen und am Herzlberg im Rahmen einer Feierstunde den traditionellen Friedensbaum zu pflanzen: der heute 55jährige Gastwirt Jean Jülich und Karoline Banten, die Schwester des 1944 von der Gestapo hingerichteten „Edelweißpiraten“ Bartholomäus Schink. Id-Redakteur Michael Kleff sprach mit Jean Jülich.

Es ist eine späte Ehrung für den bis vor kurzem noch weithin unbekannten Widerstand von Jugendlichen gegen das Nazi-Regime. Im Zuge der Erforschung des Alltags im Nationalsozialismus begannen Wissenschaftler wie Hermann Giesecke, Arno Klönne oder Detlef Peukert erst vor einigen Jahren damit, auch die Jugendopposition im NS-Staat aufzuarbeiten. Navajos, Edelweißpiraten, Meuten und Swingboys sind nur einige Namen von Gruppen, unter denen sich diese Opposition manifestierte. Die meisten dieser Gruppen standen der bündischen Jugend nahe, einer Sammlungsbewegung politisch und konfessionell nicht gebundener Jugendorganisationen.

In Opposition zur faschistischen Herrschaft versuchten sie, sich der Vereinnahmung durch das Nazi-Regime zu widersetzen. Die Formen des jugendlichen Protestverhaltens reichten von einer bewußt zur Schau getragenen, sich von den Nazis abhebenden Kleidung bis hin zu Schlägereien zwischen den jugendlichen Oppositionellen und Gruppen der Hitlerjugend.

Die im Kölner Stadtteil Ehrenfeld beheimatete Oppositionsgruppe, deren Erkennungszeichen ein Edelweiß war, beteiligte sich aktiv am Widerstand gegen Hitler. Die „Edelweißpiraten“ halfen hungrigen russischen, polnischen und französischen Zwangsarbeitern und versteck-

ten Juden, um sie vor dem Abtransport in die Vernichtungslager zu bewahren. Jean Jülich, der nach eigenen Angaben bereits mit 13 Jahren zu den „Edelweißpiraten“ stieß, erzählt: „Mit dieser Gruppe konnte man wirklich etwas anfangen. Man hatte das Gefühl, da passiert wirklich etwas“.

Trotz ihres Widerstandes werden die Kölner „Edelweißpiraten“ aus der offiziellen Geschichtsschreibung ausgeklammert und als Widerstandskämpfer nicht anerkannt. Trotz zahlreicher Demonstrationen und Appelle bleibt der Kölner Regierungspräsident als verantwortliche Behörde für die Gewährung von Entschädigungen nach dem Bundesentschädigungsgesetz bei seiner Auffassung, daß es sich bei den jugendlichen Widerständlern um Kriminelle gehandelt habe.

Weil die „Edelweißpiraten“ von den Nazis wegen der Anwendung von Gewalt nicht als politische Gegner eingestuft wurden, werden sie in Fortführung der Diktion der Gestapo auch von bundesdeutschen Behörden immer noch als Kriminelle bezeichnet.

Jean Jülich erinnert sich, daß sich die Gestapo immer bemühte, keinen zu hohen Anteil an „politischen“ Gefangenen zu haben, da man sonst mit dem Hauptquartier in Berlin „Ärger bekam“.

Mittlerweile gibt es keinen noch lebenden berechtigten Antragsteller auf Geldleistungen nach dem Bundesentschädigungsgesetz mehr. „Wo kein Kläger ist, da ist auch kein Richter“ stellte denn auch der in Köln lebende frühere Hamburger Justizsenator Ulrich Klug bedauernd fest und fügte hinzu, daß durch die nun nicht mehr mögliche materielle Rehabilitierung der „Edelweißpiraten“ auch ihre formale Anerkennung als politische

Widerstandskämpfer praktisch unmöglich geworden sei, da bei uns „keine ideelle Rehabilitierung durch den Staat vorgesehen ist“.

Jean Jülich beschreibt noch einmal, was sie damals getan haben, um verfolgten und hungernden Menschen zu helfen. „Die mußten nun leben, weil sie keine Lebensmittelmarken und keine Bekleidung bekamen. Und das ging nicht anders als durch Stehlen oder Organisieren, wie man das bei uns nannte. Sie wollten aber auch Waffen und Munition haben, um sich gegen die Nazis wehren zu können. Die wiederum bekam man durch Eintausch mit Lebensmitteln, die man aus Depots besorgt hatte“.

Für Jülich verbindet sich mit der Ehrung in Jerusalem auch die Hoffnung, daß die Diskussion über den Widerstand gegen den Nationalsozialismus neu belebt wird. Denn schließlich habe selbst der frühere Bundespräsident Walter Scheel noch 1979 in einem Schreiben klargestellt, „daß gar kein Zweifel an dem verbrecherischen Charakter der Gruppe bestehen kann“. So war es jetzt Israel vorbehalten, die jugendlichen Widerstandskämpfer aus Köln postum zu ehren.

Mit der israelischen Auszeichnung wird für Jean Jülich dokumentiert, daß eben nicht nur die Offiziere des 20. Juli 1944 oder die Mitglieder der „Weißen Rose“ Widerstand gegen Hitler geleistet haben. „Ich habe eine große Hochachtung vor Graf Stauffenberg und den Geschwistern Scholl, aber es hat nicht nur die gegeben. Auf einer Podiumsdiskussion hat einmal einer eine treffende Bemerkung gemacht, ‚Widerstand ist erst ab Besoldungsgruppe soundsoviel aufwärts, was darunter war, das war kein Widerstand, das war kriminell‘. Ich bin da sehr traurig drüber. Man sollte sich an berufener Stelle einmal damit auseinandersetzen, daß der Widerstand eben nicht nur aus adligen oder sonstigen sogenannten höher gestellten Kreisen kam, sondern auch von dem einfachen Menschen auf der Straße“.

Dieser Wunsch dürfte vielleicht bald in Erfüllung gehen. Innenminister Herbert Schnoor kündigte in der Antwort auf eine Anfrage für die NRW-Landesregierung an, daß man über die „Edelweißpiraten“ neue Nachforschungen anstellen wolle.

Michael Jovy, langjähriger deutscher Botschafter, dem bereits Ende des vergangenen Jahres die „Medaille der Gerechten“ für seinen Einsatz für die „Edelweißpiraten“ verliehen worden war, konnte an der Ehrung für seine Freunde nicht mehr teilnehmen. Jovy starb am 19. Januar. In einer Traueranzeige des auswärtigen Amtes wurden seine Verdienste im Einsatz für die Interessen der Bundesrepublik gewürdigt. Keine Erwähnung fand sein mutiges Engagement für die

Verfolgten. Unerwähnt blieb auch die Tatsache, daß Jovy nach dem Kriege wegen seines Widerstandes große Schwierigkeiten hatte, überhaupt in den diplomatischen Dienst hineinzukommen.

Bei der Beerdigung auf dem Kölner Melaten-Friedhof stellte Ulrich Klug in seiner Trauerrede die Frage, „warum es eigentlich in der Bundesrepublik noch keine eigene Auszeichnung für den Widerstand gegen Hitler gibt“.

Das Ende kam völlig anders als gedacht

von Martin Budich und Thilo Schelling

In den beiden ersten Folgen schilderten die Autoren den desolaten Zustand der Linksliberalen in der FDP sowie den gelungenen Versuch, mit einem Kongreß, der im Februar 1982 in Köln abgehalten wurde, unter den Linksliberalen wieder Motivation zur Weiterarbeit zu erzeugen und sie nach außen als handlungsfähigen Teil der FDP darzustellen.

Die Jungdemokraten-Bundeskongferenz eine Woche nach dem Kölner Kongreß zeigte, daß der mit diesem Treffen erzeugte öffentliche Eindruck eines handlungsfähigen linken Flügels täuschte. Der sozialliberale Teil der Parteiführung lehnte es erstmals seit mehreren Jahren ge-



Ingrid Matthäus: Kritik der Kritik

schlossen ab, die DJD-Kongferenz zu besuchen. Baum und Verheugen begründeten dies auch ganz offen mit dem Druck, den sie seit der Kölner Konferenz durch die übrige Parteiführung zu spüren bekamen. Ingrid Matthäus-Maier nutzte schließlich die entstandene Lücke, um den Jungdemokraten in der Öffentlichkeit zu bescheinigen, daß sie durch ihre ständige Kritik an der Parteiführung irrelevant geworden seien.

Die Jungdemokraten beschlossen auf dieser Konferenz, an ihrer bisherigen Stra-

tegie festzuhalten und nicht dem Beispiel der Hamburger Jungdemokraten zu folgen, die sich bereits von der FDP getrennt



Wolfgang Mischnick verkaufte die CDU-Koalitionsaussage als Stützung der sozialliberalen Koalition

hatten. Sie intensivierten weiterhin ihre Arbeit in der Partei, um in der FDP eine Koalition aller Kräfte zu organisieren, die das sozialliberale Bündnis in Bonn erhalten wollten.

Sie dokumentierten wiederholt die Parteitagsbeschlüsse und Wahlaussagen aus dem Jahr 1980, in denen sich die FDP zu einer Koalition mit der SPD verpflichtet hatte. Die Jungdemokraten erkannten, daß es immer schwieriger wurde, eine inhaltlich motivierte Mehrheit in der FDP für die sozialliberale Koalition zu finden. In der Frage der Glaubwürdigkeit der Partei und der Verbindlichkeit von Wahlversprechen ließ sich allerdings eine Mehrheit gegen den Lambsdorff-Kurs organisieren.

Nach der Wahlniederlage der FDP bei der Hamburger Bürgerschaftswahl (die FDP war damit zum ersten Mal für einen längeren Zeitraum als eine Wahlperiode aus einem Landesparlament hinausgewählt worden) gelang es, auch die Führungsfrage in der FDP zu enttabuisieren. Eine Initiative des FDP-Ortsverbandes Berlin-Steglitz forderte, von vielen FDP-Mitgliedern in der ganzen Republik unterstützt, den Rücktritt Genschers. Inhaltlich verschoben sich die Gewichte

innerhalb der FDP allerdings immer mehr nach rechts. Die Sozialliberalen wußten damals nicht, wie gut organisiert und von



Hans-Dietrich Genscher führte deren Zerrüttung vor

Flick fürstlich bzw. gräflich honoriert diese Umstrukturierung betrieben wurde. Augenscheinlich war nur, daß Genscher und Lambsdorff in den Medien die Zerrüttung der sozialliberalen Koalition vorführten. Sie definierten – von den sozialliberalen Abgeordneten nahezu ungestört – in der Öffentlichkeit das Image der FDP und bewirkten damit, daß sozialliberale Mitglieder resignierten und konservative neue Mitglieder in die Partei kamen. Die Partei wurde damit faktisch von oben umstrukturiert.

Die neuen Mehrheiten in der FDP kamen auf einer Reihe von Landesparteitagen im Frühjahr 1982 zum Tragen. In mehreren Landesverbänden wurden die Jungdemokratenvertreter nicht mehr auf die satzungsmäßig vorgesehenen Vorstandsplätze gewählt und durch Julis ersetzt. Der hessische Landesparteitag im Juni 1982 bildet den Höhepunkt in dieser Reihe. Er verabschiedete mit einer deutlichen Mehrheit eine Koalitionsaussage in Richtung CDU. Die FDP erklärte sich damit bereit, mit Dregger den wohl illiberalsten CDU-Kandidaten für ein Ministerpräsidentenamt, der auch nur vorstellbar war, zu unterstützen. Mischnick brachte



Otto Graf Lambsdorff: Hessenwahl als Testlauf

es fertig, dies als eine Maßnahme zur Stützung der sozialliberalen Koalition in Bonn zu verkaufen.

Eine weitere Austrittswelle ging durch die FDP. Auf Theo Schillers Anregung hin wurden deshalb Liberale Vereinigungen gegründet, die Sozialliberale innerhalb und außerhalb der FDP zusammenhalten sollten. Die Strategie der Jungdemokraten und der Initiatoren des Kölner Kongresses war es, möglichst alle Sozialliberalen in der FDP zu halten, gleichzeitig aber mit den Ausgetretenen in Kontakt zu bleiben, um nach einer eventuellen Spaltung der FDP nicht auf dieses Potential verzichten zu müssen.

Vorrangig sollte versucht werden, Genscher den Weg zur Aufkündigung der Koalition zu versperren. Das Vorhaben, mit einer Serie von Nachfolgekongressen des Kölner Treffens den Widerstand gegen den Koalitionswechsel zu organisieren, war gescheitert. Eine Konferenz in Frankfurt im Vorfeld des hessischen Landesparteitages hatte nicht die erforderliche Resonanz gefunden.

Lambsdorff hatte in der Zwischenzeit die Entscheidung des hessischen Landesparteitages entgegen dem Versprechen von Mischnick uminterpretiert und die Landtagswahl zur Testentscheidung für einen Koalitionswechsel in Bonn erklärt.

Eine Aufkündigung der Koalition konnte damit, so die Überlegungen der Linksliberalen, nicht vor der hessischen Landtagswahl erfolgen. Auch der Zeitraum danach war für Genscher und Lambsdorff schwierig. Unmittelbar vor oder nach dem für November vorgesehenen Bundesparteitag ließ es sich kaum rechtfertigen, einen Koalitionsbruch durchzuziehen, ohne diese Entscheidung den Bundesparteitagsdelegierten zu überlassen. Die Jungdemokraten und die Ini-

tiatoren des Kölner Kongresses konzentrierten sich deshalb auf die Vorbereitung dieses Parteitages.

Neben dem Aufbau einer Oppositionsstruktur mit den Liberalen Vereinigungen sollte auch eine Kommunikationsstruktur geschaffen werden. Die seit Jahren immer wieder diskutierten Pläne für eine linksliberale Zeitschrift wurden wieder aufgegriffen. Doch niemand wollte so recht die Verantwortung für dieses auch finanziell nicht unrisikante Unternehmen tragen. Erst als durch eine Indiskretion dieses Projekt im SPIEGEL angekündigt wurde und die Jungdemokraten die finanzielle Absicherung des Projektes garantierten, gelang es — dann allerdings recht schnell — ein ansehnliches Spektrum von Herausgebern zu finden: Die Aufrufer des Kölner Kongresses Borm, Knirsch, Lutz, Schiller und Strässer; die FDP-Bundesvorstandsmitglieder Enderlein, Koppelin, Lüder und Meyer sowie die Abgeordneten Engel, Hölcher und Schuchardt erklärten ihre Bereitschaft zur Mitarbeit. Unmittelbar vor Drucklegung der ersten Ausgabe sagte auch noch Ingrid Matthäus-Maier ihre Unterstützung zu, obwohl sie dem Projekt sehr skeptisch gegenüberstand.

Das Erscheinen der ersten Ausgabe fand in den Medien eine beachtliche Resonanz und sorgte unter den Linksliberalen wieder für etwas Motivation, weiterzumachen. Auf dem letzten Umschlagblatt dieser ersten Ausgabe wurde für einen Kongreß in Norderstedt geworben. Unterstützt von Landesvorstand und Landtagsfraktion der FDP in Schleswig-Holstein sollte er als Nachfolgetreffen der Kölner Konferenz am Samstag vor der Landtagswahl in Hessen die Position der Sozialliberalen in die Medien bringen.

In Hessen erklärten unterdessen mehrere prominente Linksliberale öffentlich,

daß sie diesmal nicht FDP wählen könnten. Die Parteiführung reagierte mit Ausschlußverfahren und Amtsenthebungen. An der Parteibasis verstärkte sich der Unmut darüber, wie Lambsdorff jetzt offen den Koalitionsbruch propagierte. Sein von Helmut Schmidt angefordertes Wirtschaftspapier stieß bis weit in die Parteimitte hinein auf Ablehnung. Eine Protestwelle ging durch die Partei. Das Dehlerhaus wurde mit Beschlüssen von Gliederungen förmlich eingedeckt, die dazu aufforderten, nicht länger den Bruch mit der SPD zu betreiben.

Das Ende der Koalition kam schließlich völlig anders als alles, was die Sozialliberalen in ihren Sandkastenspielen für den Fall der Fälle einkalkuliert hatten. Alle Planungen für die Stunde X waren davon ausgegangen, daß Genscher und Lambsdorff die sozialliberale Koalition für beendet erklären und daß in der Partei eine Mehrheit zu organisieren sei, um ihnen die Legitimation für diesen Schritt zu entziehen. Sollte dies scheitern, müßte die Empörung in der Partei für einen erfolgreichen Spaltungsversuch ausreichen. Parallel zum Bundesparteitag war deshalb schon langfristig von den Jungdemokraten und von der Steglitzer Initiative ein Saal in unmittelbarer Nachbarschaft zum Parteitagsgelände angemietet worden.

Daß sich Schmidt schließlich von Genscher den Zeitpunkt des Endes der sozialliberalen Koalition nicht vorschreiben ließ, war von niemanden unter den Sozialliberalen einkalkuliert worden. Der schwarze Peter lag damit nicht so eindeutig bei Genscher und Lambsdorff, wie sich dies die Linksliberalen gewünscht hatten. Die Tatsache, daß Schmidt die Sozialliberalen in der Koalition nicht in seinen Überraschungscoup eingeweiht hatte, verbitterte Leute wie Baum und von Schoeler.



Kongreß in Norderstedt (v.l. Borm, Schuchardt, Bremer): „Glücklicher Zufall“

Durch den glücklichen Zufall des bereits anberaumten Kongresses in Norderstedt gelang es den Sozialliberalen sehr schnell, in den Medien in die Offensive zu kommen. Bundesweit wurde nun zur Gründung von Liberalen Vereinigungen aufgerufen.

Ein Paralleltreffen zum Sonderparteitag, der von drei Landesverbänden gefordert wird, sollte Konsequenzen ziehen. Doch Genscher zog den Regierungswechsel durch, der Sonderparteitag erübrigte



Theo Schiller auf dem Berliner Gegenkongreß: Kein Abgeordneter war zur Parteigründung bereit

sich. Während an der Basis der Unmut über Genscher wuchs, der sich weigerte, eine Parteitagsentscheidung abzuwarten, erwiesen sich die linksliberalen Führungsfiguren ein weiteres Mal als handlungsunfähig.

Optischen Ausdruck fand dies zum Beispiel darin, daß Genscher persönlich vor den Fernsehkameras mitteilt, Ronneburger sei nun sein Gegenkandidat für das Amt des Parteivorsitzenden. Zuvor hatte zum Beispiel der ehemalige Berliner Justizsenator Gerhard Moritz Meyer sein Bundesvorstandsamt niedergelegt und damit für eine Mehrheit für den Genscher-Kurs im Bundesvorstand gesorgt.

Die Abgeordneten, die gegen eine Wahl Kohls zum Bundeskanzler waren, trafen sich fast täglich zum Frühstück, ohne ein Handlungskonzept zustande zu bringen. Verheugen, Schuchardt, Matthäus-Maier, Hölscher, Baum, von Schoeler, Engel, Gärtner, Hirsch, Bergerowski und Hamm-Brücher gaben zu verstehen, daß sie bei einer Bestätigung des Genscher-Kurses bereit seien, eine neue Partei zu gründen. Alle nannten aber als Voraus-

setzung, daß die anderen aufgezählten Personen mitmachen müßten. Alle Bemühungen von Theo Schiller und den Jungdemokraten, daß vorab Verheugen, Schuchardt und Matthäus-Maier die Initiative ergreifen müßten, scheiterten.

Einer der wesentlichen Gründe für dieses Scheitern war eine gewisse Doppeltzungigkeit der Sozialdemokraten. Während sie gegenüber William Borm und den Jungdemokraten erklärten, daß es durchaus denkbar wäre, für eine solche Partei

reit war, bei einer Parteigründung mitzuwirken. Ingrid Matthäus warnte ausdrücklich vor dem Schritt einer Parteigründung. Die letzte Chance, die enorme Sympathie für die Sozialliberalen in einer neuen Organisationsform zu kanalisieren, wurde am Montag nach dem FDP-Parteitag vertan. Hanno Jochimsen hatte in Hamburg alle Vorbereitungen getroffen, damit eine sozialliberale Liste zur Bürgerschaftswahl antreten konnte. Helga Schuchardt und Maja Stadler-Euler sollten eine sehr attraktive Liste anführen. Doch Helga Schuchardt lehnte dies ab, weil sie sich dazu kräftemäßig nicht in der Lage sah. Ohne sie gaben sich die anderen Kandidaten keine Chance.

Theo Schiller, der in Berlin zum Sprecher der Liberalen Vereinigung gewählt worden war, zog aus diesen Ergebnissen die Konsequenz, daß eine Parteigründung noch keine Chance habe. In seinem vorbereiteten Redekonzept für die Bochumer Konferenz riet er den Anwesenden von der Gründung einer Partei zu diesem Zeitpunkt ab. Der Sprecherkreis der Liberalen Vereinigung mit Repräsentanten aus allen Landesverbänden schätzte die Stimmung der Anreisen-



Helga Schuchardt: „Kräftemäßig nicht in der Lage“

drei sichere Direktmandate abzutreten und damit den sicheren Einzug in den Bundestag zu garantieren, unterlief die SPD-Führung diese Lösung, indem sie einer Reihe von FDP-Abgeordneten sichere Listenplätze bei einem Wechsel zur SPD anbot.

Der Sylter Kreis konnte sich zwar zur Vorbereitung des Berliner Parteitages auf eine gemeinsame Meßlatte einigen, was Mindestanforderungen für eine Weiterarbeit in der FDP sein sollte, doch ein Konzept dafür, was bei dem sicher abzusehenden Fall geschehen sollte, daß die Anforderungen dieser Meßlatte nicht erfüllt wurden, gab es nicht.

Der Bundesparteitag bestätigte Genscher in seinem Amt. Lambsdorff zog seine Kandidatur für den Stellvertreterposten zurück und Baum nahm diese Position an, obwohl er nur mit einer Stimme Mehrheit gewählt wurde. Viele Sozialliberale begriffen erst dann, was sie mit ihrer Stimmabgabe für Baum angerichtet hatten.

Auf dem Gegenkongreß wurde bereits deutlich, daß kein Abgeordneter be-

den allerdings so ein, daß sie auf jeden Fall eine Partei gründen wollten.

Theo Schiller formulierte seine Rede um und stellte nun die Schwierigkeiten einer Parteigründung dar, ohne ausdrücklich davon abzuraten. Seine Befürchtung, daß man mit jeder anderen Lösung als den Liberalen Vereinigungen einen großen Teil der aus der FDP ausgetretenen Mitglieder nicht erreichen und organisieren würde, sollte sich bewahrheiten.

Ende

„Wir wollen den Tanz auf dem Drahtseil wagen“

liberale drucksachen: *Die Grünen in Baden-Württemberg haben auch ohne Sie als „bürgerliche Wahllokomotive“, wie Sie sich mal bezeichneten, hervorragend abgeschnitten. Freut Sie das?*

Wolf-Dieter Hasenclever: Natürlich freut mich das gute Abschneiden der Grünen — schließlich habe ich mich im Wahlkampf mit großem Zeitaufwand sehr aktiv beteiligt.

liberale drucksachen: *Haben sich die Wähler der Grünen für das grüne Programm entschieden — oder halten diese die etablierten Parteien für so entsetzlich, daß sie glaubten, grün wählen zu müssen?*

Hasenclever: Die wenigsten Wähler kennen bei einer Wahl das Programm irgend-einer Partei. Dies ist bei Grünwählern sicher nicht anders. Ich glaube, daß die Motive dieser grünen Wähler sehr unterschiedlich waren. Sicher gab es einige, die aus Protest — oder, wie Sie sagen, weil sie die etablierten Parteien „entsetzlich“ fanden — grün gewählt haben. Für diese Empfindung, daß bei den alten Parteien nichts mehr läuft, daß sie in Filz und Unbeweglichkeit gefangen sind, daß es ihnen an der Fähigkeit zur Bewältigung unserer Zukunftsprobleme mangelt, gibt es ja Gründe genug. Ich meine, daß dies besonders für jüngere Wähler entscheidend war. Die Wahl der Grünen hat für mich einen Symbolcharakter: Trotz der zuweilen äußerst unglücklichen Selbstdarstellung, trotz der vielen ungelösten strukturellen inneren Fragen haben 8 % die Grünen gewählt — weil sie damit ihren Grünen nach einer neuen Politik, die die Probleme im Bereich der Ökologie und der Friedensfrage wirklich anpackt, ausdrücken wollten.

liberale drucksachen: *Sie sind einer der bekanntesten Unterzeichner der Gründungserklärung der „ökolibertären“ Grünen. Wofür steht im Namen „öko“?*

Hasenclever: Für ökologisch.

liberale drucksachen: *... und wofür „libertär“? Warum entschieden Sie und Ihre Freunde sich nicht für das viel geläufigere „liberal“?*

Hasenclever: Das Wort „libertär“ gefällt mir überhaupt nicht, weil es für einen großen Kreis von Menschen völlig unverständlich ist. Mit libertär ist hier „freiheitlich“ gemeint. Es gibt ja eine Tradition der libertären Sozialisten oder auch des

Anarchismus, in der dieser Begriff wichtig war. Allerdings ist es sehr schwer, etwas Besseres zu finden. Der Begriff „liberal“ ist ja — Entschuldigung — durch die FDP so diskreditiert, daß man ihn schwerlich mit dem hier Gemeinten in Verbindung bringt. Ich hätte eine neutrale „Wisch-Waschi“-Bezeichnung etwa: Gruppe „M“ oder ökologische Mitte besser gefunden — die Mehrheit der Freunde hat sich dann vorläufig für das „libertär“ entschieden. Nach innen hat das übrigens gesessen: Die Mehrheit der „Szenen-Blätter“ vom Pflasterstrand bis zur MOZ fühlten sich so provoziert, daß sie sofort in die inhaltliche Auseinandersetzung eingestiegen sind.

Es kommt uns darauf an, auszudrücken, daß eine ökologische Gesellschaft zugleich eine freiheitliche Gesellschaft sein kann und daß wir den politischen Weg dahin finden wollen. Allzuoft wird die ökologische Krise dazu benutzt, nun wieder mit dem Gedanken an autoritäre Staatsformen von links und zuweilen auch von rechts zu liebäugeln. Hier wollten wir einen Kontrapunkt setzen.

liberale drucksachen: *Über Ihren Gesinnungsgenossen Winfried Kretschmann schrieb „natur“ jetzt, der alte Schwung sei hin. Welche Rolle spielte bei der Gründung denn der Frust der Unterzeichner?*

Hasenclever: Der spielt — in sicher unterschiedlichem Ausmaß — schon eine Rolle. Gründe, ein gewisses Maß an Frustrationen aufzubauen, gibt es ja besonders für die „1. Generation“ der Grünen einige.

Viele hatten z.B. gehofft, eine neue und friedfertiger politische Kultur zu-

nächst wenigstens mal in den eigenen Kreisen aufbauen zu können. Wer die Auseinandersetzungen um immer die gleichen Themen, meistens die Struktur der Partei betreffend, auf den verschiedensten Ebenen mitgemacht hat, weiß, daß sich von diesen Bemühungen fast nichts verwirklicht hat. Andere hatten die — wahrscheinlich zu unrealistische — Vorstellung, daß man in einer Art „inhaltlichem Durchmarsch“ zu einer umfassenden Sachdiskussion der brennenden Probleme dieser späten Industriegesellschaft kommt und daß man mit den so gefundenen Lösungskonzepten erheblich mehr Einfluß auf die reale Politik erhält. Es ist doch klar: Leute, die den Ernst der ökologischen Krise erkannt haben, sind einfach deshalb ungeduldig, weil sie die Zeiträume für die noch wahrscheinlich mögliche Wende (nicht Bonner — logo!) nicht mehr sehr ausgedehnt einschätzen.

Und sie sind zuweilen wirklich wütend, wenn sie sehen, daß die Grünen durch fundamentaloppositionelle Mätzchen Chancen für das Einleiten realer Veränderungen, notwendiger erster Schritte, aufgeben. Dies gilt gelegentlich auch für die kommunale Ebene.

Bei dem einen oder anderen mag auch noch etwas persönlicher Frust hinzukommen. Für mich würde dies nicht gelten.

liberale drucksachen: *Sie wollen, wenn ich es richtig interpretiere, mit Ihrer Politik und Ihrer Programmatik die bürgerlichen Wähler erreichen. Sollen Spontis und Chaoten den Grünen dann den Rücken kehren?*

Hasenclever: Warum sollten die uns den Rücken kehren, wenn wir eine bessere, weil durchsetzbarere und erfolgreichere Politik machen? Ich habe oft festgestellt, daß gerade junge Leute, die sich vielleicht als Spontis bezeichnen würden, sehr genau nachzufragen beginnen, wie und mit welchen Mitteln wir eigentlich grüne Poli-

Zur Person

Wolf-Dieter Hasenclever, 38, bis Juni 1984 MdL der Grünen in Baden-Württemberg, künftig tätig als Studienleiter der privaten Ursprungsschule. 1966 bis 1977 aktives SPD-Mitglied auf Eppler-Linie, Austritt wegen Atompolitik der SPD und mangelnder Berücksichtigung von Umweltthemen.

1978 Mitglied der „Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher“, Beteili-

gung am Aufbau der Grünen, in denen die AUD aufgegangen ist.

März 1980 Einzug in den baden-württembergischen Landtag (5,3 Prozent, 6 Mandate), dort Sprecher der Gruppe. Juli 1983 öffentlicher Verzicht auf eine erneute Kandidatur, begründet vor allem mit der Ablehnung des erneut beschlossenen „Rotationsprinzips“. März 1984 beim Parteitag der Grünen in Karlsruhe zusammen mit anderen Vorlage einer Gründungserklärung einer „ökolibertären“ Gruppe, die ihre Ziele innerhalb und außerhalb der Grünen verfolgen wolle.

tik konkret betreiben wollen. Im Übrigen: Es gibt nur sehr wenige Chaoten aus Lust und Überzeugung — viel mehr gibt es, die angesichts der durch das industrielle System geschaffenen chaotischen Verhältnisse sich anders nicht zu verhalten wissen. Die Wahl in Baden-Württemberg hat gezeigt, daß wir mit unserer Politik, die hier über die Jahre hinweg einen überaus deutlichen und im Wortsinne einen radikalen ökologischen Ansatz hatte, die aber zugleich auf durchsetzbare und freiheitliche Konzepte Wert gelegt hat, erhebliche Einbrüche in bürgerliche Wählerschichten erzielen konnten. Diese Politik wird hier in den nächsten Jahren fortgesetzt.

liberale drucksachen: Unabhängig davon, wer bei den Grünen den Ton angibt — die bürgerlichen Pragmatiker oder die kompromißlosen Fundamentalisten — soll in der grünen Partei alles möglich sein zwischen Freak und Frieden?

Hasenclever: Die Stärke der grünen Partei ist ja auch ihre Spannweite. Das Konzept der „Einheit in der Vielfalt“ hat den Erfolg erst möglich gemacht. Wir sind so etwas wie eine Volkspartei in Westentscheidungsfrage, wo sich die Meisten irgendwas raussuchen können, was sie gut finden. Jetzt z.B. gibt es Liberale, die den ökolibertären Ansatz für interessant halten. Das Problem ist, daß so etwas dann zu Bauchladenprogrammen führt. Aber eine gute Weile wird dies wohl noch so sein. Schwierig wird die Situation dann, wenn wir in mittelbare oder unmittelbare Regierungsverantwortung kommen sollten. Beispiel: Hessen.

liberale drucksachen: Noch einmal die Frage: müssen sich die „Ökolibertären“ den Vorwurf gefallen lassen, nun ganz sicher den Spaltpilz in die grüne Bewegung hineinzutragen?

Hasenclever: Nein. Die Grünen sind vielfältig, jedenfalls an der Basis. Eines unserer Probleme war, daß wir diese Vielfalt auf der Bundesebene, sowohl im Bundesvorstand als auch im Bundeshauptauschuß, nicht mehr repräsentiert sehen. Gegen die marxistisch ausgerichteten ökosozialistischen Kräfte wollten wir ein Gewicht setzen, eine Gruppierung, in der inhaltlich weiterführende Diskussionen auf der Grundlage unseres Verständnisses von Ökologie und Freiheit geführt werden können. Dies hat sich bereits ganz gut angelassen. Mit der Entwicklung inhaltlicher Positionen, z.B. zur Frage nach der Möglichkeit ökologischer Marktwirtschaft, wollen wir der grünen Partei auf die Sprünge helfen — sie aber nicht spalten. Wie sich herausstellt, besitzen die Ökolibertären für manche sogar eine zusätzlich bindende Wirkung an die Partei, in der sie jetzt wieder ihre eigenen Überzeugungen vertreten sehen, wenn auch bislang nur von einer Minderheitsgruppe.

liberale drucksachen: Gab es denn Reak-

tionen der anderen? Haben Sie Signale aus Bonn bekommen, daß aus der Bundestagsfraktion der eine oder die andere so denkt wie Sie und sich zu Ihrer Gruppierung bekennen möchte?

Hasenclever: Es gab einen Haufen von Signalen und Rückmeldungen. Nicht nur aus Fraktionen auf Bundes- und Landesebene, sondern auch aus Vorständen der verschiedenen Ebenen und vor allem aus der grünen Basis. Ich möchte betonen, daß wir allerdings kein Bekenntnisclub sind. Der Aufruf „Einigkeit und Grün und Freiheit“ — die Gründungserklärung unserer Gruppierung — war als inhaltliche Provokation, als „Stein“-Wurf in den allzu uniform gewordenen grünen Teich gedacht. Er hat Wellen geschlagen — mehr, als wir hoffen durften. Der Sinn dieses Aufrufes ist es nicht, jetzt, ähnlich wie beim Krefelder Appell, einen Haufen Unterschriften zu sammeln. Der Sinn ist: Grüne, die ihre Positionen nicht (mehr) ausreichend repräsentiert und diskutiert sehen, zu ermutigen, sie zusammenzuführen und inhaltliche Debatten zu ermöglichen.

liberale drucksachen: Wenn die Grünen nach Ihrer Vorstellung alles in allem eine ganz normale Partei sein sollen, dann stellt sich natürlich auch die Frage nach Bündnissen, Koalitionen, auch nach einer möglichen Regierungsbeteiligung.

Hasenclever: Nein, so meinen wir es ja nicht, im Gegenteil: Nach unserer Vorstellung wären die Grünen alles in allem eine ganz *unnormale* Partei. Wir wollen ja nichts weniger, als den Tanz auf dem Drahtseil wagen: Einerseits für den notwendigen, radikalen Paradigmenwechsel dieser Gesellschaft zu arbeiten, für eine grundlegende ökologische Wende der Politik (die im richtigen Verständnis der Ökologie als umfassendem Systembegriff alle Bereiche der Politik umfaßt) — und andererseits diese Politik aus dem Kern dieser Gesellschaft heraus, aus ihren Institutionen, vor allem aber aus dem Bewußtsein der Menschen, zur Durchsetzung zu bringen. Dabei wissen wir, daß eine demokratische Veränderung nur auf dem Weg der Kompromisse möglich ist. Eine demokratische Wandlung braucht Zeit, aber sie muß mit Nachdruck begonnen werden. Weil wir wissen, daß wir quer zur politischen Sachzwang-Logik der alten Parteien stehen, sind wir selbstbewußt genug, uns auf Koalitionen und Bündnisse einlassen zu wollen — wenn dies möglich und im Sinne unserer Ideen weiterführend ist. Weil wir wissen, daß die ökologische Wende von der großen Mehrheit der Menschen wirklich gewollt werden muß, soll sie erfolgreich sein, müssen wir uns in das Wagnis des Dialogs mit allen Gruppen dieser Gesellschaft hineinbegeben.

liberale drucksachen: Stößt Ihre Phantasie beim Dialog da irgendwo an Grenzen? Ist auch die CDU ein möglicher Partner?



Hasenclever: Kontrapunkt gesetzt

Hasenclever: In der Phantasie ist vieles möglich. Zur Zeit gibt es zur CDU besonders bei der Friedens-, aber auch bei der Umwelt- und Sozialpolitik so einschneidende Differenzen, daß ich dies für ausgeschlossen halte.

liberale drucksachen: Wir sollten nochmal auf das ökolibertäre Programm zu sprechen kommen. Wo sind denn die Punkte, die es nur bei Ihnen gibt?

Hasenclever: Politik heißt ja, von der Forderung über das Konzept zu Durchsetzungsstrategien zu kommen. Eine unserer Stärken ist, daß wir meines Wissens die einzige Strömung bei den Grünen sind, die ein klares Durchsetzungskonzept entwickelt hat. Für mich ist der Kernpunkt unseres Ansatzes das Bekenntnis zum dialogischen Prinzip als Mittel der Politik.

Wir sind dabei, ein Konzept ökologischer dezentralisierter Marktwirtschaft zu entwickeln (das mit den Umweltschwindel-Konzepten des Bundesinnenministers allerdings nichts gemeinsam haben wird), derzeit wird eine ausführliche Stellungnahme zur Frauenpolitik erarbeitet.

liberale drucksachen: Bei der Karlsruher Bundesversammlung der Grünen und dann in der taz hat Helga Trüpel schon mal ökolibertäre Frauenpolitik vorgestellt. Das gipfelt in dem Vorwurf „Viele grüne Frauen sind mit ihren Positionen aus den 70er Jahren hinterm Mond“. Gefragt seien die sogenannten „weiblichen Eigenschaften“. Ist ökolibertär gar konservativ?

Hasenclever: Ich bin in der frauenpolitischen Diskussion leider nicht besonders bewandert. Es ist grober Unfug, zu behaupten, ökolibertäre Ansätze seien konservativ oder — wie dies von unseren innerparteilichen Gegnern gern unterstellt wird — sogar rechts. Wer sich nur ein wenig mit unseren Erklärungen beschäftigt,

wird sofort feststellen, daß wir in der humanistischen, historisch links angesiedelten Tradition aufklärerischer und emanzipativer Politik stehen. Dies gilt auch für Helga Trüpel's Position.

liberale drucksachen: *Viele Leser der „ld“ wissen, was ein Parteienwechsel bedeutet, auch emotional. Kommt für Sie in absehbarer Zeit nochmal eine andere Partei infrage? Etwa eine gewandelte SPD?*

Hasenclever: Zur Zeit ist dies für mich kein Thema. Ich wünsche mir eine in unserem Sinn gewandelte grüne Partei als impulsgebendes, avantgardistisches Element in der zukünftigen politischen Landschaft. Von ihr könnte die notwendige Hebelwirkung im Sinne freiheitlich-ökologischer Politik ausgehen. Vielleicht wäre dies auch für manche Ihrer Leser eine zukunftsweisende Möglichkeit. Hilfe auf diesem Weg ist jedenfalls bitter nötig.

1 Bisherige Entwicklung

Seit Gründung der LD Ende 1982 wurden *mehrere Ziele verfehlt:*

- a) gute Wahlergebnisse
- b) überregionale Presseresonanz
- c) Mitgliederzuwachs
- d) kontinuierliche Parteiarbeit

2 Parlamentarische Aussichten

Ernsthafte Aussichten auf überregionale Wahlerfolge (Länder, Bund) gibt es für die überschaubare Zukunft nicht. Sollten solche Wahlerfolge das wesentliche und vorrangige Ziel sein, müßte die Arbeit der LD jetzt beendet werden. (Kommunalwahlen bilden je nach örtlicher Situation ein Sonderproblem.)

3 Weiterarbeit mit veränderter Zielsetzung

Eine Weiterarbeit scheint nur dann sinnvoll, wenn die Zielsetzung und damit die Erfolgserwartung beschränkt wird auf das Ziel, einen *Beitrag zur liberalen Meinungsbildung in der Öffentlichkeit* zu leisten. Die LD konzentrieren sich also auf die liberale Kleinarbeit im vorparlamentarischen Raum.

4 Konkretisierung des Ziels

Mehrere Teilziele müssen angestrebt werden:

- a) Kontinuierliche, motivierende, realistische, auch nach außen attraktive politische Arbeitsweise
- b) Anstoßen von Sympathisanten/liberal denkenden Bürgern zu eigener politischer Aktivität zu konkreten Themen
- c) Resonanz in Medien und Öffentlichkeit für liberale Forderungen
- d) Mitgliederzuwachs

nach-drucksachen

Theo Schiller:

10 Punkte zur Arbeit der Liberalen Demokraten

- e) Ausbau der Organisation
- f) Liberaler Gestaltungsfluß in konkreten Einzelfällen
- g) Schrittweise Erarbeitung eines liberalen Gesamtkonzepts/Profil

5 Arbeitsweise: Neue liberale Ideen + Bürgerdialog

Viele Probleme müssen von uns in liberaler Perspektive programmatisch neu aufgearbeitet werden; vor allem müssen liberale Lösungsvorschläge konkretisiert und lebensnah ausgestaltet werden. Diese Programmarbeit muß mit den Vermittlungsproblemen des Bürgerdialogs verkoppelt sein. Was im Bürgergespräch nicht umgesetzt werden kann, ist wahrscheinlich nicht relevant genug oder nicht gut genug. Das Ohr ist wichtiger als der Lautsprecher.

6 Beschränkung auf exemplarische Themen

Programmarbeit und Umsetzung im Bürgerdialog muß sich auf ausgewählte Themenbereiche beschränken. Unsere Vorschläge können sich nur durchsetzen, wenn sie originell sind, auf exakten Analysen und hervorragenden Begründungen beruhen und durch Ideenreichtum und Realismus überzeugen.

Breitwand-Parteiprogramme für den gesamten Problemhaushalt der Nation sind derzeit weder möglich noch sinnvoll und werden von den liberalen Sympathisanten auch nicht erwartet.

Wir sollten aber nicht nur in einem politischen Problemkomplex (z.B. Bürgerrechte/Rechtsstaat) arbeiten, sondern in allen wesentlichen Bereichen der Politik exemplarische Themen wählen.

7 Kriterien für die Themenwahl

Die auszuwählenden Themen sollen möglichst mehrere Kriterien erfüllen:

- a) gravierendes Freiheitsdefizit
- b) identifizierbare Adressaten-/Betroffengruppe
- c) verständlich umsetzbar; Zielsetzung für eigene Aktivitäten nicht-organisierter Bürger geeignet
- d) von anderen Parteien vernachlässigt (blinde Flecken); ggf. aber auch auffällige Illiberalität anderer Parteien oder Organisationen („schwarze Westen“)
- e) in angemessenen Zeiträumen bearbeitbar (1/2 Jahr – 2 Jahre)
- f) Interesse/Arbeitsmotivation innerhalb der LD ausreichend vorhanden

8 Beachtenswerte Querschnittsdimensionen (Ziele/Problemfelder)

- a) Menschenwürde, Liberalität und persönlicher Gestaltungsraum
- b) Demokratisierung, Dezentralisierung, Pluralität
- c) Machtkontrolle gegenüber Bürokratie, Großorganisationen und Wirtschaftsmacht
- d) Soziale Gerechtigkeit und soziales Existenzminimum, insbesondere betreffend Menschen in den *sozialen Grauzonen*, in der Regel am Rande einer menschenwürdigen Existenz und in der Regel *ohne Lobby*, weil wenig organisationsfähig
- e) Soziale Chancen der jungen Generation, die wegen geburtenstarker Jahrgänge in allen Bereichen in eine verschärfte existentielle Zwangskonkurrenz hineingetrieben wird.

9 Mögliche exemplarische Themen

- a) Bürgerrechte/Rechtsstaat: „Gläserne Verwaltung“, Datenschutz
- b) Wohnungspolitik: Reformen im Sozialen Wohnungsbau (z.B. Mietermitbestimmung)
- c) Sozialpolitik/Soziale Grauzonen: Sozialhilfe/kommunale Sozialpolitik (soziale Dienste umbauen)
- d) Ökologie/Umwelt: Lärmschutz
- e) Wirtschaftspolitik: Genossenschaftsunternehmen
- f) Gesellschaftspolitik: Vermögenskonzentrations-Kritik (?)
- g) Medienpolitik: freie, nicht-kommerzielle Rundfunkstationen
- h) Bildungspolitik: ?
- i) Kulturpolitik (kommunale): ?
- j) ...
- k) ...

10 Arbeitsorganisation

- a) Erarbeitung neuer Konzepte:
 - Schwerpunktmäßig in Projektgruppen auf *Landesebene* (Arbeitsteilung zwischen den Landesverbänden); soweit möglich auch in Projektgruppen der Orts- und Kreisverbände; nur in Ausnahmefällen Projektgruppen auf Bundesebene. Programmkoordination: Bundesvorstand (evtl. AG des BuVo).
- b) Umsetzung im Bürgerdialog: Ortsverbände
- c) Presse-/Öffentlichkeitsarbeit: alle Ebenen. Nach örtlicher Erprobung überregionale Unterstützung durch Bundesvorstand besonders wichtig.

Parteifrei ist Trumpf

In Etappen zur Parteifreiheit: Im November 1982, zwei Monate nach der „Wende“, rechnen die Jungdemokraten mit 35 Jahren FDP-Vergangenheit ab. Einstimmig vollzieht eine Bundesdelegiertenkonferenz die Trennung von den Ex-Liberalen. Einen Tag vor der Gründung einer neuen liberalen Partei hoffen noch viele, direkt von einem Schiff ins nächste zu springen.

März 1983, fünf Monate später. Der Kahn LD leckt. Eine BDK stellt erleichtert fest, daß es die Jungdemokraten ja noch immer gibt und nimmt der Strategie-Entscheidung den Zeitdruck: Ein Jahr gibt sich der Verband, um seine und die Entwicklung der Liberalen Demokraten zu beobachten.

Februar 1984, wieder elf Monate später. LD als Flaggschiff des Liberalismus? Streit auf der Brücke, die Passagiere in den Booten, die Mannschaft an den Pumpen, die Reederei pleite. Kapitän Krüger will der BDK nichts vormachen. Nach dem Verzicht auf Antritt am 6. März, der doppelten Pleite in Bremen und Hessen, der Enttäuschung bei den Kommunalwahlen in Bayern konstatiert er seemännisch-trocken: Für die LD gibt es aktuell „keinen Markt“.

Für die Jungdemokraten hat sich die leidige Parteifrage erledigt. Selbst wenn sie wieder wollten – da gibt es einfach niemanden, an den sich junge Liberale dauerhaft, mit allen satzungrechtlichen Konsequenzen, binden könnten:

Die LD als „Big Brother“? Wohl eher ein Ziehkind, das sich nicht so recht entwickeln will. Sicher, Jungdemokraten werden sich weiterhin personell, programmatisch und organisatorisch einbringen. Die LD sind aber keine Parlamentarierpartei, die als Institution zur Umsetzung radikal-demokratischer Forderungen brauchbar wäre. Wozu dann erneut Parteijugend werden?

Die SPD als „Neue Heimat“? Gewiß nur für einzelne. Sensible Liberale ängstigen sich vor Volksparteien, die farbige Persönlichkeiten schlucken und blasse Abziehbilder ausspucken, die Ideen aufsaugen und Sprechblasen rülpsen. Außerdem: Die sozialdemokratischen Oberen werden sich vor der Infiltration durch kampferprobte linke Parteiguerrilla zu schützen wissen.

Die Grünen als „Mutterpartei“? Sicher nicht. Als parlamentarischer Ansprechpartner, sofern erwünscht, natürlich. Eine erste vorsichtige Kontaktaufnahme mit

Nachrückern des Bonner Fraktions-Arbeitskreises III (Rechtsstaat, Innenpolitik) fand bereits unmittelbar nach der BDK statt. Vor einer DJD-Kadertruppe mit Satzungsprivilegien fürchten sich aber alle Flügelgruppen des grünen Sammelsturms – aus Sorge, der innerparteiliche Gegner, wer immer das sei, könne gestärkt werden. Und aus DJD-Sicht: Warum qua Statut regeln, was im lockeren grünen Politikalltag auch formlos möglich ist?

Ob radikal- und liberaldemokratische Geschäftsstellen unter denselben Adressen firmieren, ob grüne MdBs Staatssekretäre mit DJD-initiierten Anfragen belästigen, ob bei Sozialdemokraten um Zugehweisung jungsozialistischer RPJ-Killer gebuhlt wird, die Jungdemokraten haben sich entschieden. „Parteifreiheit“ heißt das Zauberwort, mit dem sich der Verband Einlaß in Herzen und Köpfe jugendlicher verschaffen möchte. Flugblätter annoncierten stolz „den nicht-abhängigen Jugendverband“.

Den theoretischen Background verschafft sich die neue Politik durch ein neues Grundsatzprogramm, das als Entwurf auf der BDK vorlag, ein Jahr lang in den Untergliederungen diskutiert und anschließend modifiziert beschlossen werden soll. Parteienmüde postulieren die Autoren, Arbeitsschwerpunkt der Jungdemokraten sei „die Schaffung eines politischen Bewußtseins“ und die „Anregung und Unterstützung von Widerstand gegen gesellschaftlich herrschende Verhältnisse“. Politische Arbeit dürfe sich nicht auf die „Orte häufig nur formaler Politik“ beschränken, sondern müsse jede Möglichkeit nützen, „den Druck auf die formalen Entscheidungsträger zu erhöhen“.

Offen nach allen Seiten zeigt sich der Programmentwurf beim Verhältnis zu Parteien. Mit allen, die für Themen und Forderungen der DJD „zugänglich“ sind, sei die „Zusammenarbeit“ zu suchen. Auch eine „Zuarbeit zu parlamentarischen Handeln“ sei sinnvoll, wenn dies die „parlamentarische Durchsetzung oder Thematisierung von Forderungen“ fördere. Die Liaison mit grünen Bundestagsabgeordneten, auf Landesebene bereits in Niedersachsen mit Erfolg probiert, ist genehmigt.

Außerparteiliche Arbeit – das ist keine Vereinsmeierei, kein Brüten über Wahlen, Anträgen und Taktiken für den



Norbert Mann (Grüne): bot den Jungdemokraten Zusammenarbeit an

nächsten Parteitag. Raus aus den Parteien, rein in die Realität – Phantasie ist gefragt! Basisarbeit ist angesagt. Zum Beispiel mit und für Schüler, wie wiederum in Niedersachsen, wo Zwanzigjährige den Landesvorstand übernahmen, Schülerkongresse gegen Ausländerfeindlichkeit durchführen und den Artikel-dienst der Liberalen Schülerkation (LiSa) produzieren. Wie in Nordrhein-Westfalen, wo Jungdemokraten in Schülervertreter- und Jugendpresse-Organisationen wirbeln.

Zum Beispiel mit einer Solidaritätskampagne mit dem African National Congress (ANC), der südafrikanischen Befreiungsbewegung. Mit Veranstaltungsreihen und Spendensammlungen wollen die DJD Schul- und Farmprojekte in Sambia und Tansania, in denen Apartheid-Flüchtlinge Unterkunft suchen, unterstützen. Zum Beispiel in der Frauenpolitik. In NRW kam auf Initiative von Jungdemokratinnen ein breites Bündnis zum § 218 zustande. Der Anlaß: Den DJD war ein geheimer interministerieller Bericht der Bundesregierung zugespielt worden, mit detaillierten Plänen für eine „Wende“ in der „Familien“-politik.

Von den Parteien zu den Bewegungen – das kann für die interne Struktur der Jungdemokraten nicht folgenlos bleiben. Martin Budich prophezeite auf der BDK, er sei wohl auf absehbare Zeit der letzte Bundesvorsitzende knapp vor der Altersgrenze. „Richtige Jugendliche“ würden „junge Erwachsene“ ablösen.

Wohl wahr. Die Jungdemokraten wird es noch lange geben. Doch gute alte Bekannte seien gewarnt: Bald werden sie sie kaum wiedererkennen.

Daniel Blum

Nun gilt es, die Augen geschlossen nach vorn zu richten

Die Hersteller und Spediteure des politischen Wortschatzes leisten immer wieder Unvergleichliches. Ihnen ist der „Schülerberg“ gelungen, den es in einer bildungspolitischen „Maßnahme“ von „erster Priorität“ zu „untertunneln“ gilt – jedenfalls vorerst und solange, bis das Menschengebirg im „Pillenknicke“ versackt sein wird.

Neueren Datums und eher dem Hoch- als Tiefbau zuzurechnen ist der Vorschlag zur Überbrückung einer gewissen Lücke. Durch politische Epilepsie nämlich, durch jähres „Umfallen“, das heißt Abweichen von gegebenen Versprechen, ja, deren Verkehrung ins Gegenteil, ist eine „Glaubwürdigkeitslücke“ entstanden. Politische Defätisten sind im Nu zur Stelle. Sie dringen in die Ritze ein, vergrößern den Spalt. Nun sei es, sagen die gewählten Führer, für alle Parteifreunde oberstes Ziel, das Vertrauen der Bürger draußen im Lande wiederzugewinnen. Nun heißt es zum Schluß zusammenzurücken und nicht länger nach hinten zu schauen. Einer sagt vor vielen Mikrofonen: „Wir müssen unsere Augen geschlossen nach vorn richten!“ Das Parteivolk wird auf das eine große Ziel vereidigt: „Die Glaubwürdigkeitslücke einfrieren!“ – Nun, jene ersehnte Kältebrücke zum Bürger wollte auch im zurückliegenden, im zweiten Winter nach der Wende nicht entstehen. Die FDP also weiter auf Talfahrt. Oder ist das bloß der verschrobene Blick eines Außenstehenden? Insider sehen das anders, ganz anders. Jürgen Morlok zum Beispiel. Dem politischen Gegner sei es trotz heftigster Anstrengungen nicht gelungen, sagte der Karlsruher Kronprinz am Tag nach der baden-württembergischen Landtagswahl, sieben Prozent der Bürger daran zu hindern, ihre Stimme der FDP zu geben. – Großartig! Gibt es denn keinen Getreuen der Wahrheit mehr in den Reihen der FDP, der Tapferkeit vor den Freunden übt und die Pyrrhusfrage stellt: Wieviel Siege noch, bis wir verloren sind? Statt dessen markiert der Zaunkönig unter den Parteien den starken Macker, und das klingt so:

„Ohne die nötigen Mittel soll man keinen Krieg beginnen. Wir müssen deshalb jetzt unsere Wahlkampfaffen wetzen: Plakat-

stände herrichten und bekleben, Notwendiges reparieren und alles für den Transport zur Front vorbereiten.“ So beginnt ein Mitgliederansprechen der FDP, mit dem Wahlkampfhelfer für die Europawahl dieses Jahres gewonnen werden sollen. Zum liberalen Stil gehört der zivile Ton. Das war bislang unumstrittener Konsens. Solch martialische Rhetorik hilft niemandem, weder einer Partei, die mit dem Rücken zur Wand steht, noch einer schönen Illusion namens Europa; der Liberalität schadet sie. Daß im deutschen Sprachraum der zivile Ton schwieriger anzuschlagen ist als der kriegerische, läßt sich an vielem ablesen, auch an dem von den Brüdern Grimm begründeten Deutschen Wörterbuch, das über 600 Wortzusammensetzungen mit Krieg aufweist, dagegen nur 200 mit Frieden.

Aus der öffentlichen Sprache der DDR waren die Waffenklänge bislang immer deutlich herauszuhören, während Ironie, gar Selbstironie im real existierenden Sozialismus nicht vorkam. Jetzt hören wir neue Töne aus dem anderen Deutschland. Von einer DDR-Fernsehsendung ist zu lesen, in der die stürmische Entwicklung der Gegenwartssprache glosiert wurde. Selbst schlichte deutsche Wörter seien in Gefahr. Aus dem „Sarg“ werde ein „Erdmöbel“ und aus dem „Sack“ ein „flexibler Schüttbehälter“. Harmlose Blödelei? Ja, denn sie tut keinem weh. Schmerzlich für die Machthaber der DDR ist dagegen die Ironie des Alltags. Von Automobilisten aus Leipzig und Magdeburg hört man, daß sie kleine Roststellen in der Karosserie gern mit dem Werbeaufkleber einer amerikanischen Zigarettenmarke überkleben: „Let's go West!“

Ein Meisterstück der DDR-Selbstironie findet sich in einem Interview, das Odilo Gudorf in seinem DDR-Buch „Sprache als Politik“ wiedergibt: Auf die Frage eines westlichen Fernsehreporters, was er sich im neuen Jahr wünsche, antwortet ein Straßenpassant in Ost-Berlin: die „Beziehungen zu allen Völkern sollen weiterentwickelt“ und der „Frieden erhalten“ werden. Darauf der Reporter: Nein, was er sich privat wünsche. Passant: „Auf politische Fragen gebe ich keine Antwort.“ *Niklas Pronsfeld*

Fast alles alte Bekannte „aus FDP-Zeiten“ trafen sich vor kurzem in Düren, als das Liberale Bildungswerk zu einem bundesweiten Treffen der Verantwortlichen von Liberalen Zentren eingeladen hatte. In früheren Jahren hatte die Friedrich-Naumann-Stiftung regelmäßig zu solchen Treffen eingeladen – als die „Fronten“ noch klar waren, als eine Anbindung an die FDP – in der Regel sogar in den Vereinssatzungen der LZs enthalten – noch unumstritten war.

Dabei verstanden sich die Liberalen Zentren allerdings auch zu diesen Zeiten kaum als Werbeträger für die offizielle FDP-Politik. Dies auch schon deshalb nicht, weil die Initiativen für die Gründungen (ab Mitte der siebziger Jahre), vor allem aber auch das aktive Engagement für die kontinuierliche LZ-Arbeit vorwiegend von Jungdemokraten kamen. Dies hatte wiederum auch Einfluß auf die Zusammensetzung der Mitgliedschaft: Die aktive Unterstützung der LZ-Arbeit, sei es durch Mitgliedschaft, sei es durch Spenden, kam immer aus dem links- und sozialliberalen Lager.

Ziele und Aufgaben der LZ-Arbeit waren derweil so beschrieben, daß hieraus eine unmittelbare und eindeutige Anbindung an eine bestimmte Partei nicht abgeleitet werden konnte: Soziale, kulturelle und politische Bildungsarbeit wollen die Liberalen Zentren betreiben, um so die Demokratisierung der Gesellschaft zu fördern, Grundrechte und Grundfreiheiten verbürgen zu helfen, wirtschaftliche und soziale Gerechtigkeit, Gleichberechtigung und Selbstverwirklichung anzustreben, kritisches Bewußtsein und Verantwortungsbereitschaft zu schaffen und zur innergesellschaftlichen und internationalen Verständigung beizutragen.

Während der Wendemanövermonate fielen den LZs auch liberale Aufgaben im engeren Sinn zu: Sie wurden zu entscheidenden Kristallisationspunkten für diejenigen, die in wachsender Zahl von den Betreibern der Rechtsbewegung in der FDP in die – zunächst innerparteiliche – Opposition gedrängt wurden. Sie boten darüberhinaus prominenten Kurs-Wechsel-Gegnern ein Forum für die öffentliche Argumentation, Diskussion und Verbreitung ihrer Positionen.

Das in diesem Zusammenhang erreichte breite öffentliche Interesse und das vielfältige Medienecho, das bis zu Fernsehübertragungen ging, kam der LZ-Arbeit insgesamt zugute.

Im Wendemonat Oktober befaßte sich sogar das FDP-Präsidium mit der Arbeit der Liberalen Zentren und kam dabei zu der Erkenntnis, daß die LZs zu den „reinsten Brutstätten der Rebellion“ geworden seien.

Während also in früheren Jahren nicht zuletzt auch die FDP für eine wer-

„Unter aufgeklärten Liberalen sollte es Feindbilder nicht geben“

Die Zersplitterung der Sozialliberalen gefährdet die LZ-Arbeit

bewirksame Öffentlichkeitsarbeit der LZs sorgte, sieht dies inzwischen ganz anders aus. Die durch den Namen „Liberales Zentrum“ assoziierte Nähe zur FDP ist einer guten Öffentlichkeitsarbeit inzwischen oft eher hinderlich.

Erschwert wird die LZ-Arbeit allerdings nicht nur durch den Makel, den gekaufte und mitgelaufene Wende-FDPisten dem liberalen Image zugefügt haben.

Auch die parteipolitische Zersplitterung der Links- und Sozialliberalen wirkt sich recht negativ – oft vor allem auf Motivation und Engagement – in der LZ-Arbeit aus.

Die Mitgliederstruktur der LZs hat sich nach der Wende überall (mit Ausnahme reiner FDP-LZs, wie etwa das LZ im Lambsdorff-Wahlkreis Erfstadt) verändert. Bei dem bisher letzten Treffen, zu dem die Naumann-Stiftung am Rande des Dreikönigtreffens 1983 nach Stuttgart eingeladen hatte, wurde festgestellt, daß nun in der Regel etwa 1/3 LDler, 1/3 FDPler und ein weiteres Drittel bestehend aus Parteilosen, SPDlern und Grünen die Mitgliedsbasis der LZs bilden. An dieser Bestandsaufnahme hat sich, wie nun kürzlich bei dem LBW-LZ-Treffen in Düren bestätigt, bis heute nichts Wesentliches verändert.

Obwohl sich an der personellen Zusammensetzung der Mitgliedschaft kaum und an Zielsetzungen der LZs gar nichts

verändert hat, werden dennoch inzwischen unterschiedliche Erwartungshaltungen der Mitglieder deutlich bzw. wirksam.

Verständlicherweise haben die Liberalen Demokraten sich für die Aufbau-phase ihrer neuen linksliberalen Partei eine möglichst breite und intensive Unterstützung, nicht zuletzt auch der Liberalen Zentren erhofft. Dies umso mehr, als – wie eingangs geschildert – gerade auch durch die LZ-Arbeit die Organisation und Verbreiterung der Wende-Opposition und damit letztendlich auch die Entscheidung für die Gründung einer neuen Partei gefördert wurde.

Nachdem es jedoch weder zu einer ganz einheitlichen oder auch nur von der großen Mehrheit getragenen gemeinsamen Lösung der „Organisationsfrage“ gekommen war, entschieden sich die Liberalen Zentren dafür, ihre politische Bildungsarbeit als satzungsgemäß und auch faktisch parteiunabhängige und überparteiliche Vereine fortzusetzen.

Eine gesellschaftspolitische Notwendigkeit oder zumindest doch Sinnhaftigkeit für eine solche Arbeit wurde nach wie vor als vorhanden angesehen. Außerdem und vor allem waren sich die Mitglieder der LZs darin einig, daß gerade aufgrund der parteipolitischen Zersplitterung der Liberalen die Liberalen Zentren als gemeinsame Begegnungs- und Wirkungsstätten erhalten bleiben müßten.

Wenn es nun trotzdem im Verlaufe des letzten Jahres zu Motivations-, ja, mancherorts auch Existenzkrisen der LZs gekommen ist, dann deshalb, weil parteipolitische Egoismen, tatsächliche oder auch nur vermutete Instrumentalisierungsabsichten einem gemeinsamen Engagement entgegenwirkten. Aus Sorge, die Früchte des eigenen Engagements könnten eventuell einer anderen als der eigenen Partei zugute kommen, blieben wertvolle Energien ungenutzt. Auf ähnliche Ursachen müssen wohl auch die von den LZ-Schatzmeistern beklagten Spendenrückgänge zurückgeführt werden. Die haben zur Folge, daß sich die meisten LZs auch materiell nur noch mühsam halten können. Allein aus den Mitgliederbeiträgen, zumal bei stagnierenden Mitgliederbeständen, ist die LZ-Arbeit dauerhaft nicht finanzierbar.

Müßten die LZs, auch aus finanziellen Gründen, ihre Arbeit einstellen, dann würden damit auch noch die letzten – nicht nur räumlichen – Möglichkeiten eines Zusammenhalts von Links- und Sozialliberalen aufgegeben.

Die LZ-Verantwortlichen in NRW haben sich inzwischen zu einem Verein „Bildungswerk Liberaler Zentren“ zusammengeschlossen, um so eine Förderung ihrer Bildungsarbeit aus öffentlichen Mitteln zu ermöglichen. In den meisten anderen Bundesländern allerdings fehlen die gesetzlichen Voraussetzungen für eine solche Förderung.

Eine dauerhafte Perspektive der LZ-Arbeit kann allerdings auch nur dann gewonnen werden, wenn die sie tragenden Mitglieder und Sympathisanten wieder zu einem vertrauensvollen gemeinsamen Engagement zusammenfinden.

Das setzt voraus, daß über die allgemein-politische Funktion der LZ-Arbeit ausdrücklich Konsens unter den Mitgliedern besteht bzw. erneut hergestellt wird. Das setzt – aufgrund der derzeit vorhandenen Mitgliederstruktur – allerdings auch voraus, daß unterhalb dieses allgemein-politischen Konsenses Toleranzfähigkeit und Bereitschaft zum parteipolitischen Dissens vorhanden ist. Dies wiederum kann natürlich nur funktionieren, wenn und solange tatsächlich keine Gruppe (bzw. sie tragende Partei) die Liberalen Zentren als ihre Vorfeldorganisation zu instrumentalisieren versucht.

Marianne Hochgeschurz

LIBERALES ZENTRUM BONN e.V.

im Oktober '83

Frei 7. Oktober 1983 20.00 Uhr

Ziviler Ungehorsam – Gewaltfreier Widerstand

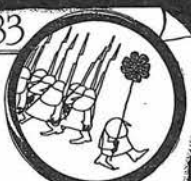
Bedrohung oder neue Qualität des demokratischen Rechtsstaats

Diskussion mit:

Prof. Ulrich Klug (Justizsenator a.D.)

Andreas von Schoeler (ehemaliger Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesinnenministerium)

Norbert Mann (Vorsitzender des AKs Innen und Recht der Grünen im Bundestag)

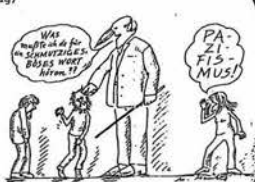


Do 13. Oktober 1983 20.00 Uhr

Perspektiven des Sozialen Liberalismus

mit dem stellv. Bundesvorsitzenden der Liberalen Demokraten, Thilo Schelling.

In der Friedens-Aktionswoche vom 15.-22. Oktober 1983 führen wir keine eigenen Veranstaltungen durch. Wir verweisen auf die Veranstaltungen der Friedensbewegung.



Do 27. Oktober 1983 20.00 Uhr

Nach dem "heißen Herbst": PERSPEKTIVEN DER FRIEDENSBEWEGUNG

mit Jo Leinen

Sprecherrat der Friedensbewegung, Vorstandsmitglied des BBU

V.i.S.d.P.: Marianne Hochgeschurz



Reuterstrasse 185

Programm des Liberalen Zentrums Bonn: „soziale, kulturelle, politische Bildungsarbeit“

Vorgestellt:

Liberales Zentrum Moers

Was verbindet Köln, Bonn, Frankfurt und Moers? Wenig, außer daß in jeder dieser Großstädte sich ein Liberales Zentrum befindet, in der kleinsten von den vier, der niederrheinischen Provinzstadt Moers das jüngste. Seit etwa zweieinhalb Jahren besteht das 'Liberales Zentrum Moers e. V.', ein Trägerverein für einen, wie das 'LiZ' sich selbst versteht, 'politisch-kulturellen Club'.

Angefangen hatte alles in der etwas heruntergekommenen Moerser FDP- und Jungdemokratengeschäftsstelle, die seit Mitte der siebziger Jahre unter dem Namen Liberales Zentrum Zentrum für Pla-

zeitlang einen Mietzuschuß gab. Von den Jungdemokraten aus ging dann die Gründung eines Vereins, der den Laden trug und ein Programm anbot; ab 1982 gab es regelmäßig Diskussionsveranstaltungen, Arbeitskreise und manchmal auch eine — eher spärlich besuchte — Kulturveranstaltung im Liberalen Zentrum Moers.

Runtergekommen blieb der Laden erst einmal, und das Programm beschreibt sich am besten mit: Man wurstelte sich so vorwärts. Die Wende im Herbst 1982 machte es für das LiZ nicht leichter, da gab es Konflikte zwischen den in der FDP Verbliebenen, den Ausgetretenen, den Neuorganisierten und denjenigen, die einfach wegblieben, weil der Parteienstreit sie nicht interessierte, weil sie weder vor noch nach der Wende einer der vielen liberalen Gruppierungen angehörten. Diese Gruppe der Nichtorganisierten wiederzugewinnen, als Konsumenten oder zur Mitarbeit, und neue Interessenten außerhalb des parteiell organisierten liberalen Sumpfes anzusprechen, sollte eine schwere Aufgabe bleiben.

Noch das Jahr 1983 blieb das Moerser LiZ in dem alten Ladenlokal. Erstmal wurde von den Jungdemokraten renoviert, nachdem dies aufwendig und arbeitsam geschehen war, kündigte der Vermieter. Die Suche nach einer neuen Heimat war nervenaufreibend, wenige Tage vor Weihnachten 1983 konnte schließlich ein Mietvertrag für eine Erdgeschoßwohnung in einem zentral gelegenen Moerser Bürgerhaus unterschrieben werden; der Umzug erfolgte sofort, zum Jahresende hatte man das alte Lokal zu räumen.

In den neuen, wesentlich schöneren und größeren Räumen läuft seit Januar das Programm mit erstaunlichem Erfolg: nicht eine Veranstaltung viel aus, weil etwa, wie von früher bekannt, die Besucher ausblieben; die zentrale Lage und sicher auch die Mühe bei der Programmgestaltung scheinen dem Erfolg zu helfen.

Die Mehrheit derer die kommen, haben mit organisiertem Liberalismus nichts mehr zu tun. Beim Gesprächskreis Emanzipation, einem der erfolgreichsten regelmäßigen Angebot des Zentrums, haben die Zentrumsmacher auch die wenigste Arbeit: Die Themen entstehen weitgehend aus einem harten Kern der Teilnehmerinnen und wenigen Teilnehmern und reichen von der Information über Minister Geißlers Pläne zur Familiengesetzgebung über Filme und

Vorträge zu Frauen im Faschismus bis hin zu Buchbesprechungen, Thema etwa: die offene Ehe.

Wurde mit dem Gesprächskreis Emanzipation eine ganz spezifische Gruppe politisch und gesellschaftlich interessierter aber nicht organisierter Menschen: Hausfrauen, Studentinnen, berufstätige Frauen und Männer angesprochen, so gelang dies auch mit dem zweiten 'Selbstläufer' im LiZ-Programm. Mit regelmäßigen Beratungen für Kriegsdienstverweigerer, die zusammen mit den Jungdemokraten durchgeführt werden, hat das Liberales Zentrum sich einen guten Ruf in Moers und Umgebung erworben. Etwa jeder dritte Kriegsdienstverweigerer aus der Gegend läßt sich im LiZ beraten.

Daneben wird viel experimentiert. Mal ein Videofilm mit Diskussion zur Katastrophenschutzproblematik, mal eine Diskussionsveranstaltung zur 35-Stunden-Woche, oder, wie vor der Europawahl, eine 'Talkshow' mit Vertretern der kleinen und wenig aussichtsreichen Listen. Im Juni soll es eine Veranstaltungsreihe zu Südafrika mit einer Fotoausstellung geben. Seit zwei Jahren ungewöhnlichstes Angebot des Zentrums: Man lernt hier, weil die Volkshochschule es nicht anbietet, Arabisch.

Aber nicht nur mit eigenen Veranstaltungen füllt das Liberales Zentrum seine Räume. Zum politischen Konzept des Zentrums gehört es genauso wie zu einer rationellen Raumnutzung, daß das Zentrum auch Initiativen offensteht. Die Moerser Friedensinitiative erreicht man unter der Anschrift des Liberalen Zentrums, und dies nicht nur, weil hier die Gruppen der Initiativen sich treffen können, sondern auch, weil das LiZ als eine Einrichtung mit einem bestimmten



Blick ins LiZ: „Erstaunlicher Erfolg“

katstände, Vorstandssitzungen und manchmal auch für Arbeitskreise von Partei oder Jugendorganisation war. Das Ladenlokal an einer der Moerser Ausfallstraßen war der FDP zu teuer und wenig effektiv, man kündigte und ließ den Laden den Jungdemokraten, denen man, weil man sich ja gut verstand, noch eine

Liberales Zentrum Moers e.V.
Tersteegenstraße 18
4130 Moers 1
Tel.: 02841/22727
Kto. 101067076 BLZ 35450000

politischen Profil für die unterschiedlichen Kräfte in der Friedensbewegung eine kompromißfähige Adresse ist.

Probleme gibt es eigentlich nur zwei, aber die könnten, wenn sie nicht gelöst werden, den Bestand des Experiments Liberales Zentrum gefährden. Das ist das Problem einer völlig ungesicherten Finanzierung über die nächsten Jahre und das ist die Tendenz der Besucher, gerne zu konsumieren, aber ungern selbst aktiv zu werden. Mit einer Mitgliederwerbekampagne will der Trägerverein das Liberales Zentrum Moers e.V., beiden Schwierigkeiten begegnen, und erste Erfolge zeichnen sich ab.

Exemplarische Diskurse

Leonhard Froese: *Deutschlandisierung des Sicherheitsrisikos oder Deutschland- und Sicherheitspolitik des Ausgleichs; Liberale Drucksachen Verlagsgesellschaft mbH, Braunschweig 1984.*

Nun also ist das erste Buch in der Reihe „edition liberal“ der Liberalen Drucksachen Verlagsgesellschaft erschienen: Leonhard Froese, international bekannter Erziehungswissenschaftler und Leiter des Instituts für vergleichende Erziehungswissenschaften an der Philipps-Universität Marburg, eröffnet diese Reihe mit einem Titel, von dem William Borm im Vorwort schreibt, er bringe die Antriebskräfte der Friedensbewegung auf den Begriff. In der Tat ist es ja die „Deutschlandisierung des Sicherheitsrisikos“, der sich die Politik der beiden deutschen Staaten zu erwehren hat. Und wer sich die Sensibilität bewahrt hat, zu differenzieren zwischen birnenseeliger Deutschtümelei und historisch gereifter sowie geostrategisch gewordener Verantwortung sowohl für die Bundesrepublik als auch für die DDR, der wird die Konsequenz zu achten wissen, mit der Froese über die Jahre für eine in diesem Sinne bewußte „Deutschland- und Sicherheitspolitik des Ausgleichs“ warb und wirbt. Die Lektüre schärft zugleich den Blick für das, was das Verhältnis zwischen den beiden deutschen Staaten kennzeichnet, bzw. kennzeichnen sollte: nicht mehr Blockdisziplin als im eigenen Interesse nötig zu betreiben und sich andererseits doch positiv den weltpolitischen Verflechtungen zu stellen.

Interessant ist dieses Buch, weil es anhand von Aufsätzen, Vorträgen, Aufrufen und engagierten Reden Leonhard Froeses aus zwei Jahrzehnten Einblick gibt in einen politischen Entwicklungsprozeß, der für linksliberale Intellektuelle symptomatisch ist. Das um Verständnis verbende „Ja“ zur deutsch-polnischen Partnerschaft auf der Grundlage der Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze und das bittere „Ja“ zur deutschen Zweistaatlichkeit hinterlassen wohl auch zwangsläufig Ratlosigkeit über die Sinnhaftigkeit der Idee vom Fortbestand der Nation.

Aber das, was Froese 1966 als „überlebt“ bezeichnet, erkennt er 15 Jahre später als motivierende Kraft für eine engagierte europäische Verständigungspolitik. Und dieser Wandel ist logisch, reflektiert er doch die waffentechnologisch verän-

ten Optionen im konventionellen und im thermonuklearen Bereich. Solange Atomkriege mit Megatonnen und unpräzisen Waffen geführt worden wären, solange bestand eine transnationale Schreckens- und damit Schicksalsgemeinschaft – sowohl im Leben als auch im Sterben. Und ganz besonders galt das auf westeuropäischer Seite. Besaßen doch die Sowjets bis in die Mitte der fünfziger Jahre hinein keine Langstreckenraketen im nennenswerten Umfang. So konnten sie nicht anders als den amerikanischen Langstreckenwaffen dadurch zu kontern, daß sie die Westeuropäer als Geiseln nahmen, mit ihren atomar bestückten Mittelstreckenraketen. Unter solchen Umständen hätte die Suche nach nationaler Identität denn doch recht bizarr gewirkt, zumal den Deutschen kurz zuvor unter tausendjährigen Bedingungen das Rückrat abhanden gekommen war.

Aber Krieg, die Strategie „Airland Battle 2000“ beweist es, ist wieder denkbar und in offensiver Weise – sogar auf Europa beschränkt – führbar gemacht worden. Da sitzt das europäische Hemd näher als der transatlantische Rock. Aber an dieser Stelle warnt Froese. Es geht nicht um ein trutziges „Nein“. Die beiden deutschen Staaten sollen ihre Rolle positiv angehen, sollen, eingebunden in die weltpolitischen Machtkonstellationen, das so zwiespältige und doch gemeinsame Erbe verantwortlich nutzen, um mäßigend und klärend zwischen und innerhalb der Blöcke zu wirken. Heute nennt man das „Verantwortungsgemeinschaft“.

Methodisch muß man es geradezu als beispielhaft werten, wie die innenpolitische Aufbereitung der deutschen Frage zu einem, alle gesellschaftlichen Kreise erfassenden Diskurs geriet – und dies nicht nur über Außenpolitik. Froese macht auch die innenpolitischen Konsequenzen deutlich, nämlich daß grobschlächtinge Feindbilder verschwinden müßten, im Innern wie nach Außen. Auch die Sowjetunion habe ein legitimes Sicherheitsbedürfnis, ja – welch ein Frevel für manches Gemüt – auch die DDR könne sich nicht humanisieren, wenn sie ihre Strukturen nicht stabilisiert wisse.

Sollen die emanzipatorischen Kräfte in der Bundesrepublik wieder zurück an die Schalthebel, dann sind exemplarische Diskurse ähnlichen Formats wieder notwendig.

Heinz-Hermann Storck

Matthias von Hellfeld, *Edelweißpiraten in Köln*, Köln 1983² (Kleine Bibliothek 219, Pahl-Rugenstein-Verlag); Fritz Theilen, *Edelweißpiraten* (Hrsg. Matthias von Hellfeld), Frankfurt 1984 (Reihe Fischer Boots)

Der diesjährige von der Stadt Oldenburg verliehene Carl-von-Ossietzky-Preis ist zu je gleichen Teilen dem Kölner Historiker Matthias von Hellfeld und der Wuppertaler Germanistin Hannelore Oelke zugesprochen worden. Matthias von Hellfeld erhält den alle zwei Jahre verliehenen Preis für seine Arbeiten über den Jugendwiderstand der Kölner „Edelweißpiraten“ (s. auch „Im Gespräch“). Bereits in zweiter Auflage ist jetzt ein Band erschienen, der die Arbeiten von Hellfelds dokumentiert. Am Beispiel der Kölner Gruppe der „Edelweißpiraten“ wird der kaum organisierte, politisch oft noch wenig fundierte und die manchmal romantisch abenteuerliche Aktivität dieses „Alltagswiderstandes“ beschrieben und seinen Motiven nachgegangen.

Mindestens genauso lesenswert ist eine ebenfalls von Matthias von Hellfeld herausgegebene und um eine Dokumentation ergänzte Autobiographie eines damaligen „Edelweißpiraten“. Der heute 57jährige Kölner Fritz Theilen ist der erste „Edelweißpirat“, der seine und die Geschichte seiner Freunde niedergeschrieben hat.

Bittere Pillen – Nutzen und Risiken der Arzneimittel. Ein kritischer Ratgeber. Kiepenheuer & Witsch Verlag, Köln.

Auf 864 Seiten 2.300 Arzneimittel aufgelistet, samt Inhaltsstoffen, den wichtigsten Nebenwirkungen und einer Empfehlung. Bei 60 Prozent aller Präparate mußte das vierköpfige Journalistenteam mit der Bewertung „wenig zweckmäßig“ oder „abzuraten“ vor der Einnahme warnen. Nur jedes fünfte Medikament konnte als „therapeutisch zweckmäßig“ eingestuft werden. Die Pharma-Industrie macht uns nicht gesund, sondern krank, die Firmen haben das „logische Ziel, mehr und teure Waren abzusetzen“. In langen Tabellen zeigen die Autoren, wieviel Packungen jedes Mittels mit welchem Umsatz auf den Markt kommen. Die Zahlen, industrieinternen Verkaufsstatistiken entnommen, belegen: Das Geschäft mit der Gesundheit lohnt sich!

Rund 70.000 industriell hergestellte, verschieden benannte Arzneimittel sind in der BRD im Handel. Und dies, obwohl die Weltgesundheitsorganisation der UNO (WHO) nur etwas mehr als 200 Präparate für wesentlich hält.

Daniel Blum

„Die Gesamtschule hat sich bewährt“,

Bittere Wirklichkeit

Sehr geehrte Frau Wilhelmi,
Ihr gefälliger Artikel zur Gesamtschule hat leider mit der Wirklichkeit so gut wie nichts zu tun. Seit 4 Jahren gehen nun meine Kinder in die Gesamtschule, so daß ich nicht nur aus Erfahrung, sondern als leidgeprüfter Vater sprechen darf. Die frommen Sprüche, die Sie wieder mal aufwärmen, kenne ich — verzeihen Sie bitte — auch aus alten FDP-Broschüren, habe ich selbst mangels besseren Wissens früher propagiert. Ich bin nun geheilt. Resultat ist die Erkenntnis: Die Penne ist die alte geblieben.

Chancengleichheit: in der Gesamtschule schlechter, sie sortiert die Schwachen leichter aus. Man wird leichter abgestuft als im traditionellen System etwa einmal nicht versetzt. Durch die leichte Abstufung wird das System nach unten durchlässiger. Für eine Aufstufung benötigt man aber eine 2. Im alten System genügte für die Versetzung im Durchschnitt eine 4. Selbst wenn ein Schüler im Gymnasium alten Stils einmal ein schwaches Jahr hatte, was jedem mal passiert, so wurde er schlimmstenfalls nicht versetzt, es blieb ihm aber die Chance auf das Abitur. In der Gesamtschule rutscht man nur allzu leicht von A nach B, was nach altem System einer Degradierung in die Realschule gleichkommt. Einmal abgerutscht ist man chancenlos: In der Gesamtschule meiner Kinder beträgt die Zahl der Abstufungen etwa 10 mal mehr als die Zahl der Aufstufungen. Dies ist nachprüfbar Wirklichkeit.

Sie schreiben, die Entscheidung über den Schulabschluß würde in der Gesamtschule hinausgeschoben und damit den unterschiedlichen Begabungen mehr gerecht werden. Wer die Gesamtschule kennt, kann nur ob solcher Unkenntnis der Praxis in Verzweiflung geraten. Im Gegenteil wird diese Entscheidung vorverlegt in die 5. Klasse. Sobald die Einstufung in A-, B- oder C-Kurs, die im übrigen ohne Mitwirkung der Eltern willkürlich von der Schule vorgenommen wird, einmal erfolgt ist, gibt es nur noch wenig Chance auf Änderung. Dazu werden Aufstufungen zu schwer gemacht. Auch die Entscheidung über den Schulabschluß trifft die Schule ganz alleine und zwar in unserem Falle sogar ohne mit den Eltern

auch nur zu sprechen. Die Gesetze des in Punkto Gesamtschule führenden Landes Hessen lassen dies zu.

Arbeitslehre, Betriebspraktika? Dies sind keine gesamtschultypischen Maßnahmen. Sie finden, wenn überhaupt, außerhalb der Schule statt, werden als lästig empfunden und ändern an der Weltferne der Schule nichts. Elternmitarbeit? Früher gab es wenigstens noch ab und zu



Lehrerin, Schüler: Jeder kämpft gegen jeden"

Probleme, die eine Elternversammlung angingen, weil gemeinsame Interessen vorlagen. An der Gesamtschule kämpft jeder für sich. Einen Klassenverband gibt es weder für Schüler noch für Eltern. Denn jeder besucht ja eine andere Kurszusammenstellung, hat andere Lehrer und andere Einstufungen. Gemeinsame Interessen gibt es also nicht und folglich auch keine gemeinsamen Elterninteressen. Die Elternversammlungen werden denn auch nur noch von wenigen Verzweiferten oder Begriffsstutzigen besucht. Niemand will sich freiwillig zum Elternsprecher wählen lassen. Auch dies bittere Gesamtschulwirklichkeit.

Dies widerlegt auch bereits eine weitere unsinnige Feststellung in Ihrem Artikel: Das Konkurrenzdenken an der Gesamtschule ist nicht geringer, sondern extrem verstärkt. Hilfe zwischen starken und schwachen Schülern gibt es nicht, denn es gibt ja gar keinen Klassenverband. Wenn meine Tochter Hausarbeiten macht, muß sie nicht eine, sondern 3 — 4 verschiedene Mitschüler kontaktieren, was

natürlich am Telefon erfolgt. Denn es gibt keine Mitschüler, die das gleiche Programm lernen. Dies verhindert echte Zusammenarbeit.

Besonders verbittert mich Ihre Behauptung, die Gesamtschule würde das soziale Verantwortungsbewußtsein fördern. Wissen Sie nicht, daß sich an einer Gesamtschule keine Freundschaften unter den Schülern mehr ausbilden? Soweit sie bestehen, stammen sie ausschließlich von außerhalb des Schulbereichs. Ich habe dies sehr sorgfältig beobachtet.

Eine Schule von ca. 1.000 Schülern verlangt für Stundenplan und Verwaltung enorme organisatorische Fähigkeiten, die dem Lehrkörper abgehen. In der Hilflosigkeit gebärdet man sich autoritär. Bei den Schülern bastelt jeder für sich an seinen Kursen. Die Eltern blicken gar nicht mehr durch den Kurswirrwarr durch und werden stets vor neue vollendete Tatsachen gestellt. Da halten sie das Maul, um

den Kindern nicht zu schaden. Der geistige und soziale Verfall, der daraus resultiert, läßt sich schon äußerlich erkennen. Wie gesagt, eine Schule von 1.000 Schülern, aber kein Bild an der Wand, keine Blume auf dem Hof, die Möbel zerschunden, die Wände in eintönigem Toilettenbraun gestrichen, heruntergefallene Dekenteile werden jahrelang nicht repariert, es gibt keine Aula, kein Orchester (nur eine Rock-Gruppe aus Eigeninitiative von 5 Schülern), keinen Schulwandertag, kurz es gibt nichts, was Lernen angenehm machen würde. Ich würde das Ansinnen eines Arbeitgebers, in solcher Umgebung arbeiten zu sollen, brüsk zurückweisen. Unseren Kindern muten wir dies zu.

Übrigens: Reiche Eltern schicken ihre Kinder nicht auf Gesamtschulen. Die wissen warum, sollen ihre Kinder doch die künftige Elite bilden. Sollen die LD dabei helfen?

Helmut Hein 6483 Bad Soden-Salmünster

Anmerkung: Jede Schule kann nur so gut sein, wie ihre Lehrer es sind. U. Pedersen

„Mehr und mehr Sekretär“

Produktion von Strohhalmen

In Id 1/84 erschien ein Artikel über die Generalsekretäre und -innen, der glorifiziert, was so nicht zu glorifizieren ist.

Karl-Hermann Flach als erster Generalsekretär der FDP ist tatsächlich nicht unvergessen: Ich erinnere mich noch deutlich an seinen fanatischen Antikommunismus, mit dem er verbal und in Hintergrundgesprächen (man kann sie auch Intrigen nennen) schon in den '50er Jahren gegen die ersten Vorgänger, die sich aus den Reihen der FDP bzw. nahestehender Organisationen mit SED-Leuten oder FDJ-Delegationen an einen Tisch setzten.

Es sei auch erinnert an die unruhlichen Auseinandersetzungen zwischen den Vertretern des Liberalen Studentebundes und der Jungdemokraten um die Teilnahme bei den Weltfestspielen der Jugend in Wien 1959, wo Flach und ähnliche Ostblickstrategen ganz klar Kalten Krieg predigten und sich bei den DJD auch durchgesetzt haben (bloß waren dann wenige Jahre später andere besser im Kugeln und Organisieren innerhalb der DJD!).

Man sollte auch nicht immer die anti-kapitalistischen drei Zitate aus dem grünen Büchlein Flach zitieren bzw. — besser gesagt — aus dem Zusammenhang reißen. Flach wollte ganz klar das in der BRD bestehende Gesellschaftssystem erhalten. Er wollte — und dies ist typisch sozialdemokratisch, wie eben auch die Frankfurter Rundschau, bei der er dank Protektion gleich in eine Spitzenstellung rückte — die Ecken abschleifen oder polstern, an denen sich dieses Ausbeutungssystem Kapitalismus sonst systemnotwendigerweise selbst erdrosseln würde.

Flach hat — verdienstvollerweise — entscheidend dazu beigetragen, die FDP zeitweise freiheitlich und Neuem gegenüber aufgeschlossen erscheinen zu lassen, doch dies konnte er nur erfolgreich tun, weil andere in Auseinandersetzungen in und mit diesem Staat den Boden für eine Veränderung der politischen Landschaft 1969 vorbereitet hatten.

Und bei Martin Bangemann ist auch eine Legende auszuräumen, nämlich die des Anwalts linker Studenten und Apo-Anhänger in Tübingen. Er selbst hat zu dieser Legende immer nur dick gegrinst und sie erzählen lassen, in Wirklichkeit hatte er mit Linken nie was am Hut — es sei denn, sie konnten ihm zu einem Mandat verhelfen, wie z.B. die Jungdemokraten Baden-Württembergs im Bundestagswahlkampf bzw. im Kreisverband Mannheim der FDP/DVP, in den er (echt

schlau zu der Zeit!) aus seinem angestammten Wohnort Reutlingen 200 km „ausgewandert“ war. Sein Geld hat Bangemann mit Scheidungsprozessen und ähnlichem verdient, da fiel dann natürlich auch was für drei Studentenprozesse ab, klaro!

Wenn nun Günter Verheugen plötzlich als Genosse auftritt und links tut, dann ist auch bei ihm dran zu erinnern, wie er bei den DJD als Landesvorsitzender von NRW mit allen Tricks und Haken die eingesickerten Linken bekämpft hat. Als FDP-Generalsekretär ist er nicht etwa gescheitert, sondern nur Opfer der von ihm selbst über ein Jahrzehnt lang vertretenen Politik geworden und schließlich anderen Karrieristen zum Opfer gefallen, bei den DJD war es zunächst Ingrid Matthäus (-Maier) und ihr Gatte Robert, in der FDP waren es schließlich die profillosen glatten Macker wie Möllemann,

Hoffie, Gerhardt. Der Weg zur Reformchenpartei SPD ist folgerichtig, denn solche Reformchen konnte auch die FDP früher noch predigen und Verheugen in ihr. Bloß: Es kam schon in Verheugens „Generalszeit“ nicht mehr darauf an, flotte Sprüche zu klopfen und Anträge irgendwo zu stellen, sondern schon mindestens seit 1976/77 war der Aufbau von *aktivem* Widerstand gegen Rüstung, Überwachungs- und Atomstaat gefragt, gegen den Abbau sozialer Errungenschaften und von Grundrechten, d.h. *gegen* die Politik von SPD und FDP, gegen Schmidt und Genscher.

Legendenbildung mag zwar zur Rechtfertigung eigenen Verhaltens beitragen und zur psychischen Stabilität mancher nötig sein, man sollte sich aber fragen, ob sie an dieser Stelle lohnt. Dies schreibe ich auch gerade deshalb, weil ich selbst jahrzehntelang an dieser Produktion rettender Strohhalme innerhalb der FDP beigetragen habe, was in heutiger Sicht wohl ein Fehler war, da diese Partei nie eine Vertreterin von Bürgerinitiativen, Bürgerrechten und Selbstverantwortung war.

Dietmar W. Alt, 5600 Wuppertal

Personen & Parteien

Schlußstrich unter Bonner Tätigkeit

William Borm wird zum 30. Juni 1984, wenige Tage vor Vollendung seines 89. Lebensjahres, sein politisches Büro in Bonn schließen, das (ausschließlich aus privaten Mitteln finanziert) zu einer festen liberalen Institution geworden war. Der Ehrenvorsitzende der Liberalen Demokraten, der sich bereits im Herbst 1983 von den Aufgaben aktiver Parteilichkeit zurückgezogen hatte, zieht damit einen Schlußstrich unter seine fast 19jährige Arbeit in Bonn als Berliner Bundestagsabgeordneter, als fünfter Alterspräsi-

dent des Bundesparlaments und als Mitglied des Bundesvorstands der FDP. Für den verdienten, bestimmt nicht unpolitischen Ruhestand hat William Borm sich viele Ziele gesetzt. Der Nestor der Linksliberalen will zunächst die im Spätsommer letzten Jahres begonnene Niederschrift seiner Lebenserinnerungen vollenden. Außerdem beabsichtigt Borm gemeinsam mit seinem bisherigen Mitarbeiter, Michael Staack, der für die nächsten zwei Jahre nach Berlin gehen wird, um dort seine Doktor-Arbeit zu schreiben, eine außen- und sicherheitspolitische Grundsatzveröffentlichung. Arbeitstitel: „Entspannungspolitik der zweiten Phase“. Zudem plant William Borm, sich einige „dank Politik“ immer wieder verschobene Wünsche zu erfüllen, so verschiedene Urlaubsreisen. Im Sommer geht es erst einmal in skandinavische Gewässer.

Karriere

Günter Verheugen, 40, wurde mit dem zweithöchsten Stimmresultat in den Bezirksvorstand Franken der SPD gewählt. Ein Zeichen dafür, daß der prominente Quereinsteiger auch von der Basis seiner



Partei angenommen wird. Franken ist mit 60.000 Mitgliedern der zweitgrößte Bezirksverband der SPD.

Als Mitglied der Medienkommission beim Parteivorstand, die vor kurzem auch mit seiner Stimme die 180-Grad-Wende der SPD in Sachen Neue Medien vollzogen hat, wird sich Verheugen auf dem Bundesparteitag der SPD allerdings auch der massiven Kritik der Basis ausgesetzt gesehen haben. Zu Bundesparteitagsdelegierten waren er und seine liberale Genossin Ingrid Matthäus-Maier schon im letzten Jahr von der Fraktion der SPD gewählt worden.

In der Fraktionshierarchie hat der karrieregewohnte Politiker bereits nach einem knappen Jahr die zweithöchste Stufe erklommen; als Vorsitzender der Arbeitsgruppe Auswärtige Kulturpolitik (womit er gleichzeitig auch stellvertretender Vorsitzender des Bundestagsausschusses „Auswärtige Kulturpolitik“ wurde) ist Verheugen Mitglied der Obleuteversammlung der SPD, die direkt nach dem Fraktionsvorstand rangiert.

Die Zahlen seiner innerparteilichen Freunde, aber auch die seiner Feinde, wachsen, hat man den gewandten Neugewonnen wissen lassen. In der SPD wertet man dies als Zeichen der gelungenen Integration. Trotzdem fühle er sich in einem gewissen liberalen Umfeld nach wie vor recht wohl, gesteht Günter Verheugen nach seinen – in den letzten Monaten – recht zahlreichen Veranstaltungen in liberalen Zentren ein.

Wahlmann

Friedrich Hölscher kam erneut als Mitglied eines Verfassungsorgans nach Bonn. Die baden-württembergische SPD-Landtagsfraktion hatte den aus Protest gegen die Wende aus der FDP ausgetretenen ehemaligen Bundestagsabgeordneten in die Bundesversammlung zur Wahl des Bundespräsidenten am 23. Mai 1984 nach Bonn geschickt.

Die Bundesversammlung setzt sich zusammen aus den Mitgliedern des Deutschen Bundestages und einer gleichen Anzahl von durch die Landesparlamente gewählte Vertreter der Länder.

Wen man der Mitgliedschaft in diesem Verfassungsorgan für würdig hält, entscheiden die Landtagsfraktionen der Parteien. So haben für die bayerische CSU Otto Habsburg, für die nordrhein-westfälische CDU der ehemalige FDP-Innenminister Willy Weier den neuen Bundespräsidenten gewählt.

Mit Hölscher schickte die baden-württembergische SPD den ehemaligen Finanzminister Alex Möller, einige Gewerkschaftsvertreter, unter ihnen die ÖTV-Vorsitzende Wulff-Matthies, aber auch den Sprecher des BBU, Jo Leinen.

der – die – das letzte



Big Azubi is watching you

Es ist nicht Big Brother, der uns in den ersten Monaten des Orwell-Jahres von allen Litfaßsäulen und Plakatwänden ohne jeden Gefühlsausdruck anblickt. Es ist die herausfordernd-selbstsichere Frage der Verbandspräsidenten deutscher Tüchtigkeit und Investitionsfreude: Haben Sie schon einen Lehrling eingestellt? Die haben gut unterschreiben, können Sie doch in eigener Sache mit JA antworten.

Aber das Berichtsheft der nach sechs Monaten Probezeit vorsichtshalber auf vier Jahre Lehrzeit Verpflichteten spricht nicht für die Lehrherrn:

Oktober 1982, schon zu Beginn seiner Probezeit stolpert der Kabellegerlehrling Hans-Christian über die ersten selbstgespannten Kabel, aber er fällt nicht. Mitteilig wollen die Bundesbürger in den Telefonzellen Groschen für die teure AusBILDung sammeln.

November 1982, obwohl seit Jahren in der Ausbildung zum Reisekaufmann läßt Hans-Dietrich einen Wechsel platzen und erhält von seiner zusammengeschmolzenen Reisegruppe nur eine knappe Entlastung. Zum Abschluß der Probezeit im März 1983, verpaßt er samt Reisegruppe fast noch den Anschlußzug.

April 1983, der auszubildende Innenausstatter Friedrich will alle Zimmer mit Fragebögen tapezieren. Die Bewohner, für die er immer noch Bekleidungsanweisungen vorbereitet, beklagen sich erfolgreich. Juni 1983, Heiner, der gerne Erziehungsberater werden will, muß, nachdem bereits im Januar seine Versuchsobjekte streikten, eine weitere Verweigerungs-

kampagne hinnehmen.

Juli 1983, Schwörenöter Friedrich arbeitet an einer neuen Tapete, die, mit Plastik überzogen, nicht nur abwaschbar und verbrauchsfest, sondern auch videogerecht und gebrauchsfreundlich sein soll.

Oktober 1983, Manfred von der Wach- und Schießgesellschaft praktiziert eine neue Variante der Lehrmittelfreiheit, die nicht nur Freunde findet. Er läßt sein Handwerkszeug aus Übersee kommen. Dezember 1983, der Hauswirtschaftsanwärter Otto hat schwarz gearbeitet – auch während der Dienststunden. Jetzt müssen seine Kollegen gegen ihn ermitteln. Zum Glück stammt der Fehltritt noch aus der Zeit bei seinem letzten Lehrherrn, so daß er um seinen Ausbildungsplatz nicht bangen muß.

Januar 1984, Manfred hat Ärger mit einer Beziehungskiste. Ein alter Hausfreund aus Junggesellentagen soll fremdgegangen sein. Treue aber, sei es die eines Kameraden oder die ewige zum überseeischen Werkzeuglieferant, geht Manfred über alles. Anderen geht das nur über die Hut-schnur.

Februar 1984, Helmut, der sich endlich für höhere Führungsaufgaben qualifizieren darf, erhält – welch Lichtblick – erste Auszeichnungen von mehreren elfköpfigen Fachgremien.

März 1984, nach dem ersten Viertel Lehrzeit der Azubis aus dem überregionalen Bonner Ausbildungszentrum schwindet die Hoffnung vieler Jugendlicher, daß hier in Kürze Lehrstellen frei werden.

Und so gilt auch weiterhin: Big Azubi is watching you!

liberale drucksachen

Zeitschrift für freisinnige Politik

**Schluß mit
der Ausländerfeindlichkeit!**



Ich unterstütze die liberalen drucksachen mit einem Abonnement

.....
(Name)

Bitte einsenden an:

liberale drucksachen
Steinweg 5
3300 Braunschweig

.....
(Adresse)

Einzelpreis 5,- DM

- ☐ ich bitte um Werbeexemplare der liberalen drucksachen zu je 1,50 DM
- ☐ ich möchte eine Anzeige schalten und die Preisliste haben
- ☐ ich möchte mich finanziell am Verlag beteiligen

.....
(Name)

.....
(Adresse)

.....
(Unterschrift)

liberales bildungswerk nrw e. v.



Kieler Straße 25 – 27, 5600 Wuppertal
Tel.: 0202/455054

Liebe Freunde des LBW!

Wir möchten Ihnen aus dem pädagogisch-psychologischen Bereich einige Projekte dieses Jahres vorstellen. Im vergangenen Jahr hatten wir zu diesen Seminaren einen großen Zulauf. Manch eine(r) von Ihnen mußte zu Seminaren Absagen erhalten, weil die jeweilige Veranstaltung überlaufen war. Dies ist ein Grund, warum wir die Seminarreihe „pädagogische Psychologie“ erneut anbieten.

Ein zweiter Grund liegt in der Tatsache, daß uns zunehmend Teilnehmer(innen) gebeten haben, gerade sie interessierende Teile in unser Programm aufzunehmen. Wir hoffen, dadurch bedürfnisgerecht zu arbeiten.

Wie im vergangenen Jahr bieten wir wieder drei Einzelseminare im Baukasten-system an. Das heißt, Sie können sich herausuchen, an welchem Einzelseminar Sie teilnehmen wollen. Haben Sie an einem Seminar teilgenommen, können Sie zu den Folge-seminaren keine Absagen mehr bekommen.

Eine Änderung zu 1983 gibt es allerdings: Wir bieten zwar wieder ein einwöchiges Intensivseminar an (die Erfahrungen vom letzten Mal waren einfach zu gut!), aber an diesem Seminar können nur solche Freunde teilnehmen, die mindestens bei einem der drei Baukastenseminare mitgearbeitet haben.

Zu unserem 1984er Angebot

I. Reden und Auftreten – eine Geheimwissenschaft?

- Wie läuft meine Angst ab – wie erlebe ich sie und wie gehe ich mit ihr um?
- Körpersprache als bewußtes Mittel, wie wende ich es an, wie durchschaue ich es bei meinem Gegenüber?
- Rede- und Verhaltenstips für den Auftritt vor der Videoanlage
- Argumentationstraining: wie argumentiere ich selbst, wie durchschaue ich fremde Argumentationen?
- Anwendung von Entspannungs- und Atemtechniken zuhause als Neigungsgruppe

Termin: 1. bis 3. Juni 1984

Ort: Röttgershof, Marl

II. Interaktion – Kommunikation –

- Gruppenverhalten: die Gruppe und ich
- Einführung in die Kommunikationspsychologie
- Rollenverhalten in Gruppen
- Feed-back-Techniken
- Beispiele der Anwendung von Gruppendynamik
- Steuerung von Gruppenprozessen
- Übungen zu Entspannungs- und Atemtechniken als Neigungsgruppe

Termin: 24. bis 26. August 1984

Ort: Bildungsstätte Welper, Hattingen

III. Durchsetzen – Konflikte lösen – miteinander auskommen

- Umgang mit Störungen/Interventionstechniken und Übungen dazu
- mein Verhalten in meiner Beziehung
- Konfliktlösungsmodelle
- Argumentationstraining
- Übungen zu Entspannungs- und Massagetechniken als Neigungsgruppe

Termin: 26. bis 28. Oktober 1984

Ort: Haus Steineck, Lohmar

IV. Einwöchiges Intensivseminar Mein Gruppenverhalten in der Praxis – Aufbau eines gruppenspezifischen Laboratoriums

- Angstabbaustraining mit individuellem Programm für zuhause und intensiven Übungen vor der Videoanlage
- Argumentationsübungen vor dem Recorder
- Feed-back-Techniken in Gruppe und Beziehungen
- Interventionstechniken im Gruppenrahmen
- Techniken zur Gruppenleitung . . . und das Ganze im gruppenspezifischen Laboratorium
- dazu natürlich nonverbale Kommunikationsübungen, Einführung in das autogene Training
- Entspannungsübungen, Massageübungen für Paare als Neigungsgruppe

Termin: 20. bis 25. November 1984

Ort: Röttgershof, Marl

Der Teilnehmerbeitrag für die Seminare I – III beträgt 50,- DM. Enthalten sind Übernachtungen mit Vollpension und Seminar-materialien. Das Seminar IV kostet 100,- DM. Bei Anmeldung mit dem untenstehenden Coupon geht Ihnen das genaue Veranstaltungsprogramm mit organisatorischen Hinweisen zu.

COUPON

- ☐ Ich interessiere mich für die Seminarreihe „pädagogische Psychologie“
- ☐ Ich bin an Einladungen zu anderen Seminaren des LBW interessiert
- ☐ Ich möchte mich schon jetzt für Seminar(e) Nr. anmelden.

Name

Anschrift

.

.

Tel.: